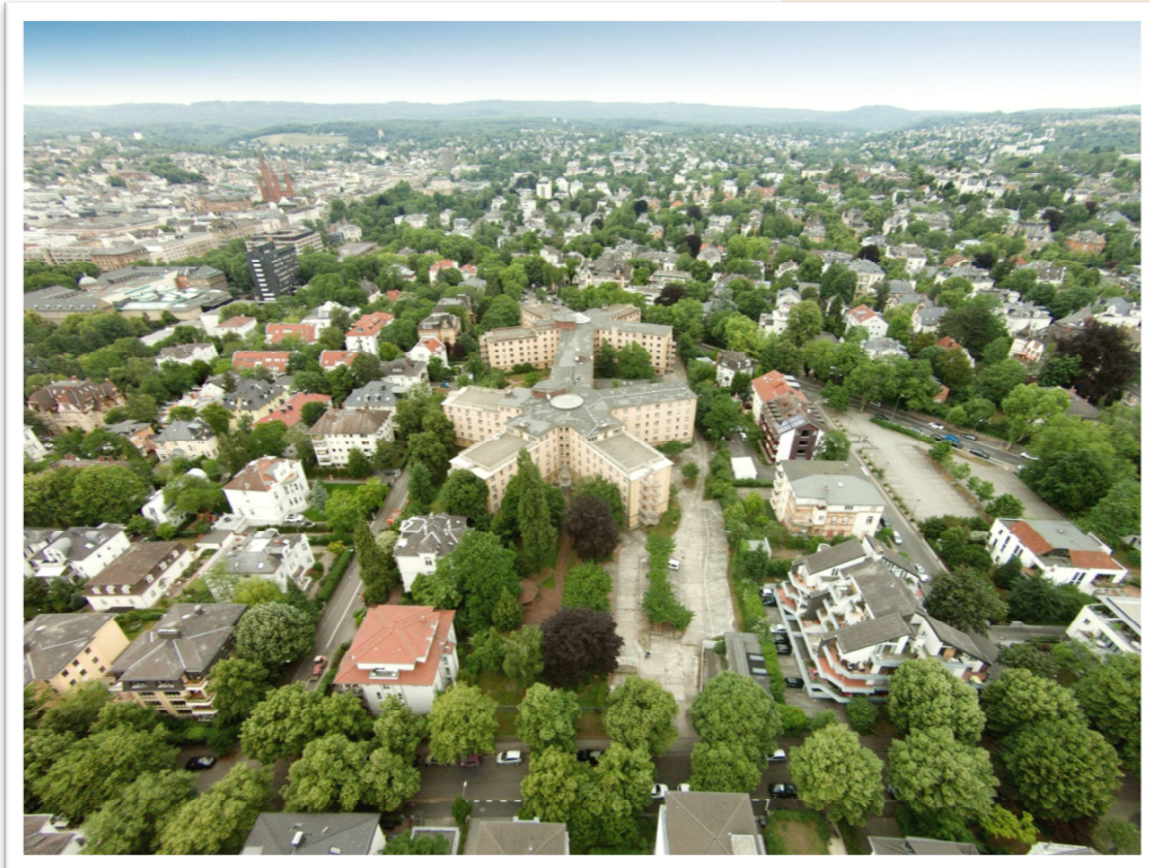


LANDESHAUPTSTADT



Jahresabschlussbericht



für das Geschäftsjahr 2015

www.wiesbaden.de

Jahresabschluss 2015

Jahresabschluss 2015

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Jahresabschluss	6
1.1 Vermögensrechnung	7
1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK	9
1.3 Finanzrechnung	10
2. Rechenschaftsbericht	11
2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen	11
2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen	13
2.3 Strategien und Ziele	14
2.4 Haushaltsplan 2015	16
2.5 Ergebnissituation	17
2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre	17
2.5.2 Die Ergebnislage der LH Wiesbaden im Plan-Ist Vergleich	26
2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte	27
2.6.1 Dezernat I	28
2.6.2 Dezernat II	31
2.6.3 Dezernat III	36
2.6.4 Dezernat IV	39
2.6.5 Dezernat V	43
2.6.6 Dezernat VI	45
2.6.7 Dezernat VII	48
2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft	51
2.7 Entwicklung der Finanzlage	52
2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen	56
2.9 Chancen	58
2.10 Risiken	59
2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2015 sowie Ausblick	65
2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen	67
3. Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss	68
3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung	68
3.2 Immaterielle Vermögensgegenstände	68
3.2.1 Sachanlagevermögen	70
3.2.2 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	75
3.2.3 Umlaufvermögen	78
3.2.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	81
3.2.5 Eigenkapital	82
3.2.6 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge	82
3.2.7 Rückstellungen	83
3.2.8 Verbindlichkeiten	85
3.2.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten	88
3.3 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	89
3.3.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung	89
3.3.2 Restmittel und Überleitungen	89
3.3.3 Ergebnisverwendung	89
3.4 Erläuterungen zur Finanzrechnung	90
3.4.1 Einleitung	90

Jahresabschluss 2015

3.4.2	Erläuterungen der erheblichen Unterschiede	90
3.5	Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen	92
3.5.1	Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen.....	93
3.5.2	Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen	93
3.6	Rechtliche Grundlagen.....	94
3.7	Organe und Vertretungsbefugnis.....	95
3.8	Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen	98
3.9	Haftungsverhältnisse.....	99
3.10	Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen.....	100
3.11	Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	102
4.	Tabellenteil	106
4.1	Anlagenspiegel (in Tsd. €).....	107
4.2	Forderungsspiegel	108
4.3	Verbindlichkeitspiegel	108
4.4	Eigenkapitalsspiegel	109
4.5	Rückstellungsspiegel	110
4.6	Übersicht über die fremden Finanzmittel	111
4.7	Teilergebnisrechnung Wiesbaden	112
4.8	Teilergebnisrechnung AKK.....	113
4.9	Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK	114
4.10	Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen	122

Jahresabschluss 2015

Vorwort

Die Landeshauptstadt Wiesbaden legt ihren Abschluss für das Jahr 2015 vor.

Im abgelaufenen Jahr konnte die Landeshauptstadt Wiesbaden einmal mehr von der guten Konjunktur profitieren. Sowohl die Erträge aus Steuern, als auch die Schlüsselzuweisungen entwickelten sich erfreulich.

Insgesamt konnte ein Überschuss von 18,5 Mio. € erzielt werden.

Um diesen Betrag steigen unsere Rücklagen wieder an. Überschüsse, über die wir in den künftigen Jahren sicherlich froh sein werden, um die Herausforderungen für die Stadtverwaltung auch in schwierigen Jahren zu meistern.

Im abgelaufenen Jahr kamen insgesamt 3.176 Flüchtlinge und Asylsuchende zu uns, was erneut eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Wir konnten allen Schutzsuchenden eine menschenwürdige Unterbringung bieten. Zugleich gelang es etwa durch die Reaktivierung leer stehender Gebäudeteile im Simeonhaus schnell neue Gemeinschaftsunterkünfte zu schaffen. Diese Aufgabe konnte nur unter der tatkräftigen Mithilfe vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger und dem weit über das Übliche hinausgehenden Einsatz der städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so reibungslos wie eben möglich bewältigt werden.

Nach wie vor bilden der Ausbau der Kinderbetreuung und die Schaffung bezahlbaren Wohnraums Schwerpunktthemen, insbesondere vor dem Hintergrund der vielen Zuzügler. In den nächsten Jahren, wenn der Schwerpunkt auf der Integration liegen wird, kommt es darauf an, genügend Wohnraum, Kinderbetreuung und Schulplätze zur Verfügung zu stellen. Bei den Rahmendbedingungen, die unser hochpreisiger und enger Wohnungsmarkt steckt, keine leichte Aufgabe. Dabei wirkt die ab 1. Juli 2016 erneut erhobene Fehlbelegungsabgabe zwar positiv, wird jedoch nur einen kleinen Beitrag leisten.

Erfreulicherweise sind wir - anders als viele Kommunen unter dem kommunalen Schutzschirm des Landes - noch in der Lage, hier Akzente setzen zu können. Allerdings stellen alle Leistungen der Landeshauptstadt Wiesbaden auch eine dauerhafte Haushaltsbelastung dar, die es langfristig zu finanzieren gilt, entweder durch Priorisierungen innerhalb des Haushalts oder durch die Erhöhung der städtischen Einnahmen.

Die bisherige positive Entwicklung ist keine Selbstverständlichkeit, wenn man bedenkt, dass die steuerlichen Hebesätze von Kommunen unter dem Schutzschirm des Landes Hessen teilweise um mehrere Hundert Prozent über denen der Landeshauptstadt Wiesbaden liegen.



Jahresabschluss 2015

Auf unserem sicher weiterhin erfolgreichen Kurs hilft die Erkenntnis, dass Wiesbaden eine gute wirtschaftliche Basis für die Zukunft hat. Allerdings dürfen wir den Blick für das Machbare nicht aus den Augen verlieren. Deshalb werden wir auch in Zukunft mit Augenmaß wirtschaften.

Axel Imholz

Kämmerer

Jahresabschluss 2015

1. Jahresabschluss

Gemäß § 112 der Hessischen Gemeindeordnung¹ besteht der Jahresabschluss aus:

- Vermögensrechnung,
- Ergebnisrechnung,
- Finanzrechnung.

Die Finanzrechnung wird bei der Landeshauptstadt Wiesbaden² indirekt entsprechend des vorgegebenen Musters dargestellt. Auf die direkte Darstellung wird verzichtet.

In der Ergebnisrechnung wurden Konten, die Zuschüsse betreffen, von der Zeile „Transferaufwendungen“ in die Zeile „Zuweisungen, Zuschüsse und besondere Finanzaufwendungen“ verschoben. Dies gilt auch für die Historie.

¹ Im Folgenden HGO.

² Im Folgenden LHW.

Jahresabschluss 2015

1.1 Vermögensrechnung

AKTIVA Position	31.12.2015		31.12.2014	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 ANLAGEVERMÖGEN				
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände				
1.1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.347.660,00		3.572.529,00	
1.1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	74.272.771,03		43.585.549,16	
		77.620.431,03		47.158.078,16
1.2 Sachanlagevermögen				
1.2.1 Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte	471.393.535,30		471.902.031,29	
1.2.2 Bauten einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	497.187.806,70		488.453.375,70	
1.2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	390.680.461,83		397.913.319,99	
1.2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	146.889,00		158.436,00	
1.2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	70.949.508,96		68.150.192,95	
1.2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	52.997.158,09		75.182.986,74	
		1.483.355.359,88		1.501.760.342,67
1.3 Finanzanlagevermögen				
1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	447.274.776,42		450.926.345,42	
1.3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.648.929,38		66.475.793,48	
1.3.3 Beteiligungen	183.629,00		183.629,00	
1.3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.009.083,68		17.243.919,90	
1.3.6 Sonstige Ausleihungen (sonstige Finanzanlagen)	75.974.599,50		78.346.829,01	
		607.091.017,98		613.176.516,81
1.4 Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000,00		173.640.000,00	
		173.640.000,00		173.640.000,00
		2.341.706.808,89		2.335.734.937,64
2 UMLAUFVERMÖGEN				
2.3 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
2.3.1 Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	38.902.849,07		46.227.109,23	
2.3.2 Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	37.281.051,39		18.318.832,06	
2.3.3 Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	832.578,66		632.904,68	
2.3.4 Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	40.114.908,72		28.578.705,12	
2.3.5 Sonstige Vermögensgegenstände	9.556.044,76		13.307.683,73	
		126.687.432,60		107.065.234,82
2.5. Flüssige Mittel		123.810.088,95		142.190.214,05
		250.497.521,55		249.255.448,87
3 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		27.913.620,98		27.983.892,36
		2.620.117.951,42		2.612.974.278,87

Jahresabschluss 2015

PASSIVA Position	31.12.2015		31.12.2014	
	EUR	EUR	EUR	EUR
1 EIGENKAPITAL				
1.1 Netto-Position		1.259.089.688,26		1.259.089.688,26
1.2 Rücklagen und Sonderrücklagen				
1.2.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	65.727.107,46		79.584.228,83	
1.2.2 Rücklagen aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses	8.674.324,60		11.224.491,41	
1.2.4.1 Stiftungskapital	1.883.960,87		1.883.960,87	
		76.285.392,93		92.692.681,11
1.3 Ergebnisverwendung				
1.3.2 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag				
1.3.2.1 Ordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	15.545.518,18		-13.857.121,37	
1.3.2.2 Außerordentlicher Jahresüberschuss/-fehlbetrag	2.999.902,97		-2.550.166,81	
		18.545.421,15		-16.407.288,18
		1.353.920.502,34		1.335.375.081,19
2 SONDERPOSTEN				
2.1 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge				
2.1.1 Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	236.083.463,71		236.974.561,12	
2.1.2 Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	8.798.134,73		8.610.429,73	
2.1.3 Investitionsbeiträge	31.469.441,00		33.868.883,00	
		276.351.039,44		279.453.873,85
2.2 Sonstige Sonderposten		139.782,00		163.130,00
		276.490.821,44		279.617.003,85
3 RÜCKSTELLUNGEN				
3.1 Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	484.215.981,00		481.114.550,00	
3.2 Rückstellungen für Finanzausgleich und Steuerschuldverhältnisse	525.355,00		422.046,12	
3.4 Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten	579.985,77		579.985,77	
3.5 Sonstige Rückstellungen	10.358.864,45		13.806.414,44	
		495.680.186,22		495.922.996,33
4 VERBINDLICHKEITEN				
4.2 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen				
4.2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	339.023.600,99		350.447.405,84	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 16.571.224,14				
4.2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	32.846.099,05		34.296.334,04	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 3.305.266,65				
4.2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten *)	1.247.764,85		1.302.541,72	
- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr EUR 586,76				
		373.117.464,89		386.046.281,60
4.3 Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen zur Liquiditätssicherung		5.000.000,00		0,00
4.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		0,00		46.109,34
4.5 Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen		7.654.006,93		2.687.779,32
4.6 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		9.712.953,80		10.383.969,36
4.7 Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben		3.395.786,26		3.487.715,24
4.8 Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen		14.309.028,65		23.093.440,60
4.9 Sonstige Verbindlichkeiten		44.182.078,88		40.029.281,07
		457.371.319,41		465.774.576,53
5 RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		36.655.122,01		36.284.620,97
		<u>2.620.117.951,42</u>		<u>2.612.974.278,87</u>

Jahresabschluss 2015

1.2 Ergebnisrechnung Wiesbaden und AKK

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.978.966	-16.834.390	-14.242.831	-2.591.559
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-40.208.708	-36.408.925	-43.880.719	7.471.794
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-18.830.718	-17.157.862	-23.157.357	5.999.495
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.203.786	-1.630.000	-975.672	-654.328
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-500.186.821	-519.465.750	-547.723.068	28.257.318
6	Erträge aus Transferleistungen	-163.759.246	-160.652.190	-170.117.007	9.464.817
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-194.705.623	-208.392.807	-224.947.321	16.554.514
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-15.940.435	-19.753.968	-14.192.438	-5.561.530
9	Sonstige ordentliche Erträge	-54.100.056	-25.702.541	-32.439.101	6.736.560
10	Summe der ordentlichen Erträge	-1.003.914.358	-1.005.998.432	-1.071.675.512	65.677.080
11	Personalaufwendungen	214.230.828	219.951.424	222.850.591	-2.899.167
12	Versorgungsaufwendungen	38.561.728	47.177.104	30.452.895	16.724.208
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	152.594.602	154.119.966	166.908.080	-12.788.113
14	Abschreibungen	66.883.384	60.130.440	67.071.153	-6.940.713
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	107.698.478	114.964.645	117.880.446	-2.915.801
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	106.073.819	110.042.710	112.093.295	-2.050.585
17	Transferaufwendungen	345.791.647	332.100.841	361.059.532	-28.958.691
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.312.308	3.416.340	522.010	2.894.330
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	1.034.146.794	1.041.903.470	1.078.838.002	-36.934.532
20	Verwaltungsergebnis	30.232.436	35.905.038	7.162.489	28.742.549
21	Finanzerträge	-37.912.175	-47.926.230	-41.871.387	-6.054.843
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.536.861	21.971.300	19.163.379	2.807.921
23	Finanzergebnis	-16.375.314	-25.954.930	-22.708.007	-3.246.923
24	Ordentliches Ergebnis	13.857.121	9.950.108	-15.545.518	25.495.626
25	Außerordentliche Erträge	-5.145.144	-45.782	-15.222.231	15.176.449
26	Außerordentliche Aufwendungen	7.695.311	5.880	12.222.328	-12.216.447
27	Außerordentliches Ergebnis	2.550.167	-39.902	-2.999.903	2.960.001
28	Jahresergebnis	16.407.288	9.910.206	-18.545.421	28.455.627

Jahresabschluss 2015

1.3 Finanzrechnung

Pos.	Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015
1	Jahresergebnis aus Gesamtergebnisrechnung	-16.407.288,18	24.207.000,00	18.545.421,15
2	+ / - Abschreibungen / Zuschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens	48.945.072,82	60.847.940,00	50.189.164,73
3	- Erträge aus der Auflösung von Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen/ -zuschüsse	-15.940.435,18	-19.753.967,00	-14.192.437,64
4	+ / - Zunahme/ Abnahme von Rückstellungen	1.806.801,92	nicht planungsrelevant	-242.810,11
5	- / + Erträge/ Aufwendungen a. d. Abgang v. Verm.ggst. d. Anlageverm.	-3.890.179,86	nicht planungsrelevant	-3.658.318,88
6	+ / - sonstige nicht zahlungswirksame Aufwendungen u. Erträge	-466.018,12	-	-3.905.385,68
7	- / + Zunahme/ Abnahme d. Vorräte, der Forderungen a. Lief./ Leist. sowie anderer Aktiva, d. nicht d. Invest./ - Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	12.628.276,67	nicht planungsrelevant	-21.082.770,70
8	+ / - Zunahme/ Abnahme d. Verbindl. a. Lief./ Leist. sowie anderer Passiva, die nicht der Invest./ Finanz.tätigkeit zuzuordnen sind	-3.656.037,19	nicht planungsrelevant	-103.939,37
9	Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit (Positionen 1 bis 8)	23.020.192,88	41.118.180,00	25.548.923,50
10	+ Einzahlungen a. Investitionszuweisungen/ -zuschüsse sowie aus Investitionsbeiträgen	15.434.476,74	26.272.000,00	11.066.255,23
11	+ Einzahlungen aus Abgängen von Vermögensgegenständen des Sachanlagevermögens u. d. immateriellen Anlagevermögens	7.835.045,72	25.536.000,00	10.458.913,86
12	- Auszahlungen für Investitionen i. d. Sachanlagevermögen und immaterielle Anlagevermögen	-120.549.379,51	-80.381.430,00	-61.078.854,82
13	+ Einzahlungen a. Abgängen von Vermögensgegenständen d. Finanzanlagevermögens	2.915.644,32	2.340.000,00	4.090.624,07
14	- Auszahlungen f. Investitionen i. d. Finanzanl.verm.	-2.382.175,21	-8.265.000,00	-1.715.863,56
15	Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit (Positionen 10 bis 14)	-96.746.387,94	-34.498.430,00	-37.178.925,22
16	Einzahlungen a.d. Aufnahme von Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	74.530.540,14	23.387.000,00	17.105.859,26
16a	Korrektur für Aufnahmen Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	0,00	nicht planungsrelevant	0,00
17	- Auszahlungen a.d. Tilgung v. Krediten und inneren Darlehen und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen	-36.002.904,43	-17.211.000,00	-30.386.826,94
17a	Korrektur für Tilgung Sonderkonjunkturprogramm, Landesanteile	1.530.844,30	nicht planungsrelevant	1.530.844,30
18	Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit (Position 16 + 17)	40.058.480,01	6.176.000,00	-11.750.123,38
19	Einzahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Aufnahme von Kassenkrediten, Rückzahlung von angelegten Kassenmitteln)	0,00	0,00	5.000.000,00
20	- Auszahlungen aus haushaltsunwirksamen Vorgängen (u.a. fremde Finanzmittel, Anlegung von Kassenmitteln, Rückzahlungen von Kassenkrediten)	0,00	0,00	0,00
21	Überschuss oder Bedarf aus haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgängen (Nr. 19 ./ . 20)	0,00	0,00	5.000.000,00
22	Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf (Nr. 9, 15, 18, 21)	-33.667.715,05	12.795.750,00	-18.380.125,10
23	Zahlungsmittelbestand zu Beginn des Haushaltsjahres	175.857.929,10	21.009.941,00	142.190.214,05
24	Veränderung des Zahlungsmittelbestandes im Haushaltsjahr (Nr. 22)	-33.667.715,05	12.795.750,00	-18.380.125,10
25	Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres (Nr. 23 und Nr. 24)	142.190.214,05	33.805.691,00	123.810.088,95

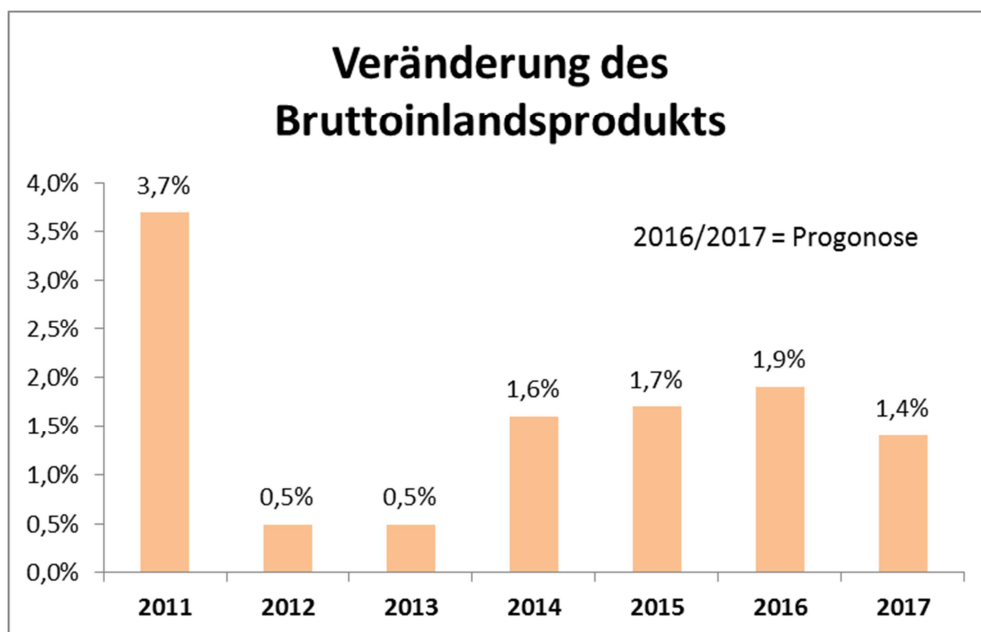
Jahresabschluss 2015

2. Rechenschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen

Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung erwartete für das Jahr 2015 eine jahresdurchschnittliche Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland von 1,8 %, nachdem im Jahresgutachten 2014/15 lediglich von einem Zuwachs von 1,0 % ausgegangen wurde. Die Anhebung um 0,8 Prozentpunkte im Vergleich zur Prognose im Jahresgutachten 2014/15 ist auf drei Gründe zurückzuführen: Erstens stellte sich aufgrund von Datenrevisionen durch das Statistische Bundesamt das konjunkturelle Bild der ersten Jahreshälfte 2014 etwas besser dar, als noch zum Zeitpunkt der Prognose im Oktober. Zweitens haben sich die Konjunkturindikatoren zum Jahresende deutlich aufgehellt, sodass die Wirtschaftsleistung im vierten Quartal 2014 kräftig stieg, während im Jahresgutachten aufgrund der vorlaufenden Indikatoren noch von einer Stagnation ausgegangen worden war. Diese beiden Faktoren führen dazu, dass der statistische Überhang um 0,5 Prozentpunkte höher ausfällt als zunächst prognostiziert. Drittens haben sich die konjunkturellen Rahmenbedingungen erheblich verbessert. So ist der Ölpreis deutlich gefallen. Zudem wirkt die Abwertung des Euro stimulierend.

Insgesamt stellt sich der konjunkturelle Ausblick für dieses Jahr deutlich besser dar, als im November des vergangenen Jahres. Die Risiken sind nach wie vor hoch, die mittelfristigen Risiken insbesondere für die Finanzstabilität sind infolge der ausgesprochen lockeren Geldpolitik der Europäischen Zentralbank³ gestiegen.



Quelle: Eurostat, Online-Datenbank, Wachstumsrate des realen BIP (Stand: 08/2016, Prognose: Destatis)

Hessens Unternehmen starten optimistisch in das neue Jahr und lassen den trüben Konjunkturerbst 2014 vorläufig hinter sich. "Der historisch niedrige Spritpreis und die rekordverdächtige Beschäftigungslage beflügeln die Konjunktur, der schwache Euro lässt die Ausfuhren sprudeln", sagte

³ Im Folgenden EZB.

Jahresabschluss 2015

Prof. Dr. Mathias Müller, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft hessischer Industrie- und Handelskammern (ARGE).

Das IHK-Geschäftsklima für Hessen stieg seit der Herbst-Umfrage (2014) um zwei Zähler und lag zum Jahresbeginn 2015 bei 118 Punkten (ein Wert von 100 Zählern bildet die Grenze zwischen positiver und negativer Grundstimmung). Der Anteil der Unternehmen, die von einer guten Geschäftslage berichten, ist um zwei Punkte auf 41 % gestiegen. Auch die Erwartungen hellen sich leicht auf: 85 % der Unternehmen erwarten in den kommenden Monaten bessere oder gleich gute Geschäfte, das ist ein Plus von einem Prozentpunkt.⁴ Das Bruttoinlandsprodukt stieg in Hessen um 1,7 % gegenüber dem Vorjahr.

Die Gewerbesteuererträge im Haushaltsjahr 2015 lagen mit 288.699 Tsd. € etwa 36.781 Tsd. € über denen des Vorjahres. Von dieser Verbesserung mussten jedoch aufgrund neuer Bescheide des Finanzamtes bereits rd. 11.700 Tsd. € wieder bereinigt werden, so dass das Plus aus der Gewerbesteuer eigentlich nur 25.081 Tsd. € beträgt.

Die Entwicklung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer konnte sich weiter auf 154.595 Tsd. € verbessern (+ 8.449 Tsd. €).

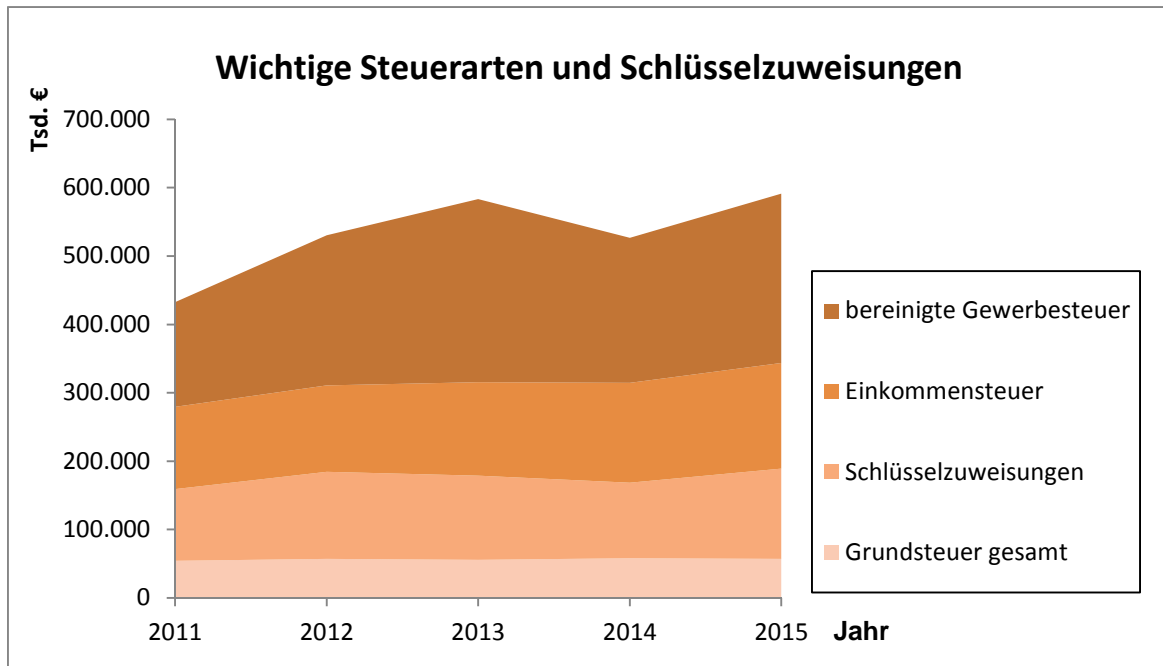
Die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hat sich um 1.168 auf 129.312 erhöht. Die Arbeitslosenquote fiel in Wiesbaden, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen, leicht von 7,6 % im Jahr 2014 auf 7,5 % im Jahr 2015. Im gleichen Zeitraum stieg die Einwohnerzahl auf 284.620 Einwohner (+ 2.307).

⁴ Konjunkturdaten der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, im Folgenden IHK.

Jahresabschluss 2015

2.2 Entwicklung der Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen

Im Jahr 2015 (siehe hierzu auch 2.1) stiegen die Gewerbesteuereinnahmen um insgesamt 36.781 Tsd. € (35.254 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage) auf 288.699 Tsd. € (247.440 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage). Die Spitze im Jahr 2013 beruht unter anderem auf einem Einmaleffekt in Höhe von 50.000 Tsd. €.



in Tsd. €	2011	2012	2013	2014	2015
Gewerbesteuer	188.941	255.324	318.620	251.918	288.699
Gewerbesteuerumlage	-35.815	-35.815	-50.510	-39.732	-41.259
Gewerbesteuer bereinigt ⁵	153.126	219.509	268.110	212.186	247.440
Einkommensteuer	120.515	126.555	136.583	146.146	154.595
Schlüsselzuweisungen	104.850	127.463	123.293	110.312	132.026
Grundsteuer gesamt ⁶	54.109	56.906	55.562	58.124	57.168

Jeweils mit der Steuerkraft korreliert auch die Schlüsselzuweisung. Bedingt durch die in 2014 gesunkene Gewerbesteuer stieg die Schlüsselzuweisung⁷ im Jahr 2015 um 21.714 Tsd. € auf 132.026 Tsd. €. Die gute Konjunkturlage zeigt sich nicht nur in Zuwächsen bei der Ge-

⁵ Die Gewerbesteuererträge stehen der Gemeinde nicht in vollem Umfang zur Verfügung. Sie sind um die Gewerbesteuerumlage, als den Teil der Gewerbesteuer, der an Bund und Länder abzuführen ist, zu bereinigen. Ab dem Jahresabschluss 2014 zeigt die Grafik die bereinigte Gewerbesteuer.

⁶ Auf den Ausweis interner Grundsteuern, die nach Ziff. 3 der Verwaltungsvorschriften zu § 4 der GemHVO-Doppik in der Ergebnisrechnung auszuweisen sind, wurde in dieser Darstellung verzichtet. Sie sind als rein interner Vorgang für die Finanzlage der LH Wiesbaden irrelevant.

⁷ Berechnungsgrundlage für die Schlüsselzuweisung 2015 sind die Daten des 2. Hj. 2013 und des 1. Hj. 2014.

Jahresabschluss 2015

werbsteuer sondern auch beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer durch die hohe Beschäftigungsquote und steigende Löhne und Gehälter aus Tarifabschlüssen.

2.3 Strategien und Ziele

Die Landeshauptstadt Wiesbaden ist eine weltoffene, grüne Stadt im Herzen des Rhein-Main-Gebietes, ein wirtschaftliches, kulturelles und soziales Zentrum.

Die kommunale Aufgabenwahrnehmung der LHW fokussiert sich auf eine moderne Stadtentwicklung, die Schaffung eines wirtschaftsfreundlichen Klimas, kulturelle Vielfalt, den Umwelt- und Naturschutz sowie die Gesundheitsförderung. Gleichmaßen kümmert sie sich um die Belange ihrer Bürgerinnen und Bürger, bietet gute Jobchancen und achtet auf ihr historisches Erbe.

Wiesbaden ist eine der wenigen Städte, für die entgegen dem Bundes- und Landestrend ein Bevölkerungswachstum in den kommenden Dekaden vorhergesagt wird. Im Hinblick auf diese und die allgemeine demografische Entwicklung, werden in den kommenden Jahren einige strategische Handlungsfelder zu bearbeiten sein. Hierzu zählen Kindergärten und Schulen, der Wohnungsbau, Nahverkehr und Energieversorgung, medizinische und soziale Einrichtungen, sowie die Schaffung von Bedingungen, die einen weiteren Zuwachs an Arbeitsplätzen gewährleisten.

Jahresabschluss 2015

Auch im zweiten Jahr des Doppelhaushalts 2014/2015 lag der Hauptschwerpunkt der kommunalen Aufgabenwahrnehmung auf der Absicherung des Leistungsspektrums für die Bürgerinnen und Bürger. Darüber hinaus lagen Schwerpunkte der Investitions- und Instandhaltungstätigkeit im Bereich Sport, Schulen und städtischer Infrastruktur sowie der weitere Ausbau der Kinderbetreuungsplätze in den Bereichen Krippe, Kindertagesstätte und Schulkindbetreuung.

Eine weitere große Herausforderung des Jahres bestand darin, eine stark anwachsende Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen und adäquat unterzubringen. Insgesamt 3146 Personen mussten in einer Erstaufnahmeeinrichtung, einer Notunterkunft und als zugewiesene Flüchtlinge und Asylsuchende nach dem Landesaufnahmegesetz untergebracht und versorgt werden. Eine gewaltige Herausforderung für die Stadtverwaltung, auch abseits zu klärender Finanzierungsfragen, die aufgrund des großen Engagements der Mitarbeiter und Helfer gut gemeistert wurde. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Ämter haben in diesem Zusammenhang auch weiterhin zusätzliche Anstrengungen zu schultern. Zugleich setzen sich viele Menschen ehrenamtlich mit Zeit, Engagement, Einfallsreichtum, Sachspenden und Herz in der Flüchtlingshilfe ein. Zukünftig wird sich der Fokus sich von der Erstversorgung hin zur Integration wenden, was gewaltiger Anstrengungen im Schulsektor und bei der Wohnraumversorgung auf dem ohnehin knappen Wohnungsmarkt bedarf. Über die Erstattung dieser Kosten durch Bund und Land wird derzeit noch verhandelt.

Ferner zählte die Sicherung bezahlbaren Wohnraums bei gleichzeitig steigenden energetischen Standards zu den strategischen Themen der Landeshauptstadt Wiesbaden im Bereich Beteiligungen. Sie unterstützt Ihre Unternehmen hierbei durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse. Durch die Zinsstrategie des billigen Geldes der EZB mit den entsprechend günstigen Finanzierungsmöglichkeiten, bilden vergünstigte Darlehen im Wohnungsbau allein nicht mehr genügend Anreize für Bauherren zur Schaffung gebundenen Wohnraums. Darüber hinaus versucht die Landeshauptstadt Wiesbaden über die Bebauungspläne, bzw. beim Abschluss von städtebaulichen Verträgen, einen entsprechenden Anteil an Sozialwohnungen zu verankern.

Im strategischen Handlungsfeld „Gesundheitsstadt Wiesbaden“ nahm der Erhalt der Dr. Horst Schmidt Kliniken als städtisches Krankenhaus der Maximalversorgung weiterhin einen bedeutenden Stellenwert ein. Geplant ist, im Jahr 2016 mit dem Neubau der Klinik zu beginnen, der dann eine moderne medizinische Maximalversorgung mit optimierten Prozessen ermöglicht.

Aufgrund der bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2014/2015 bekannten gesamtwirtschaftlichen Eckdaten wurde ein Fehlbetrag im Gesamtergebnis erwartet. Das Jahresergebnis fiel mit einem Überschuss von 18.545 Tsd. € gegenüber der fortgeschriebenen Planung (9.910 Tsd. € Fehlbetrag) deutlich besser aus.

Jahresabschluss 2015

2.4 Haushaltsplan 2015

Der Doppelhaushalt 2014/2015 wurde am 19.12.2013 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und am 13.02.2014 noch einmal korrigiert. Am 05.05.2014 erteilte die Aufsichtsbehörde die Haushaltsgenehmigung unter Auflagen. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2015 ging - unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken - von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 12.886 Tsd. € aus (Ansatz gemäß Haushaltssatzung, ohne Veränderungen).

An Auszahlungen für Investitionstätigkeit wurden 108.658 Tsd. € (Sachanlagen, Investitionszuschüsse und Finanzanlagen) geplant. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 25.060 Tsd. € festgesetzt.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Plan / Ansatz 2015	Vor- trag 2014 auf 2015	apl/üpl 2015	Sperre 2015	Plan fortg. ⁸ 2015	Vortrag 2015 auf 2016	Plan fortg. bereinigt ⁹ 2015
10 ordentliche Erträge	-1.005.163		-37.505	-36.670	-1.005.998		-1.005.998
19 ordentlicher Aufwand	1.042.905	33.001	39.213	40.214	1.074.905	32.086	1.042.819
20 Verwaltungsergebnis	37.741	33.001	1.708	3.544	68.906	32.086	36.821
21 Finanzerträge	-46.826		-926	174	-47.926		-47.926
22 Zinsen und sonstige Finanz- aufw.	21.971				21.971		21.971
23 Finanzergebnis	-24.855		-926	174	-25.955		-25.955
24 ordentliches Ergebnis	12.886	33.001	782	3.718	42.951	32.086	10.865
25 außerordentliche Erträge				46	-46		-46
26 außerordentliche Aufwendungen			6		6		6
27 außerordentliches Ergebnis	0	0	6	46	-40		-40
28 Jahresergebnis	12.886	33.001	788	3.764	42.911	32.086	10.825

Stand: 02.08.2016

Die im fortgeschriebenen Plan enthaltenen Werte sind um die nach 2016 übertragenen Ansätze (Vortrag) zu bereinigen, da diese Mittel dem Haushalt 2015 durch die Übertragung nach 2015 wieder entzogen werden. Die Plandaten wurden mit Datenstand vom 02.08.2016 ausgewertet. Es ist nicht auszuschließen, dass nach diesem Termin noch Budgetumsetzungen erfolgten.

⁸ = Haushaltsansatz 2015 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2014 nach 2015 (Vorträge) + außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre).

⁹ = Haushaltsansatz 2015 (gem. Satzung) + Budgetüberleitungen 2014 nach 2015 (Vorträge) + außer- / überplanmäßige Plananpassungen (apl/üpl) - Haushaltssperren (Sperre) - Budgetüberleitungen 2015 nach 2016 (Vorträge).

Jahresabschluss 2015

2.5 Ergebnissituation

2.5.1 Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre

Position/ Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ist 2011	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Ist 2015
Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.351	-13.995	-14.568	-14.979	-14.243
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-33.303	-36.247	-37.400	-40.209	-43.881
Kostenerstattungen und -erstattungen	-16.935	-17.445	-17.386	-18.831	-23.157
Bestandsveränder. /andere aktivierte Eigenleist.	-1.688	-1.269	-1.192	-1.204	-976
Steuern und steuerähnliche Erträge	-403.307	-480.989	-554.951	-500.187	-547.723
Erträge aus Transferleistungen	-164.873	-163.468	-161.890	-163.759	-170.117
Erträge aus Zuweisungen / Zuschüssen	-157.420	-188.479	-201.708	-194.706	-224.947
Erträge aus der Auflösung von SoPos	-12.526	-14.522	-16.166	-15.940	-14.192
sonstige ordentliche Erträge	-35.001	-32.925	-33.907	-54.100	-32.439
ordentliche Erträge	-839.405	-949.338	-1.039.169	-1.003.914	-1.071.676
Personalaufwendungen	190.970	195.466	204.369	214.231	222.851
Versorgungsaufwendungen	29.470	28.535	45.821	38.562	30.453
Aufwendungen f. Sach- und Dienstleistg.	135.225	138.650	144.128	152.595	166.908
Abschreibungen	56.057	66.100	62.311	66.883	67.071
Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben	99.195	102.061	108.922	107.698	117.880
Steueraufw. u. Aufw. gesetzl. Umlageverp	93.921	98.062	115.202	106.074	112.093
Transferaufwendungen	310.133	317.722	332.620	345.792	361.060
sonstige ordentliche Aufwendungen	699	1.961	3.468	2.312	522
ordentliche Aufwendungen	915.672	948.557	1.016.839	1.034.147	1.078.838
Verwaltungsergebnis	76.266	-781	-22.329	30.232	7.162
Finanzerträge	-42.439	-40.613	-35.841	-37.912	-41.871
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	22.207	20.442	18.321	21.537	19.163
Finanzergebnis	-20.232	-20.172	-17.521	-16.375	-22.708
ordentliches Ergebnis	56.035	-20.953	-39.850	13.857	-15.546
außerordentliche Erträge	-12.287	-6.310	-18.343	-5.145	-15.222
außerordentliche Aufwendungen	5.600	8.115	30.626	7.695	12.222
außerordentliches Ergebnis	-6.687	1.806	12.283	2.550	-3.000
Jahresergebnis	49.348	-19.147	-27.567	16.407	-18.545

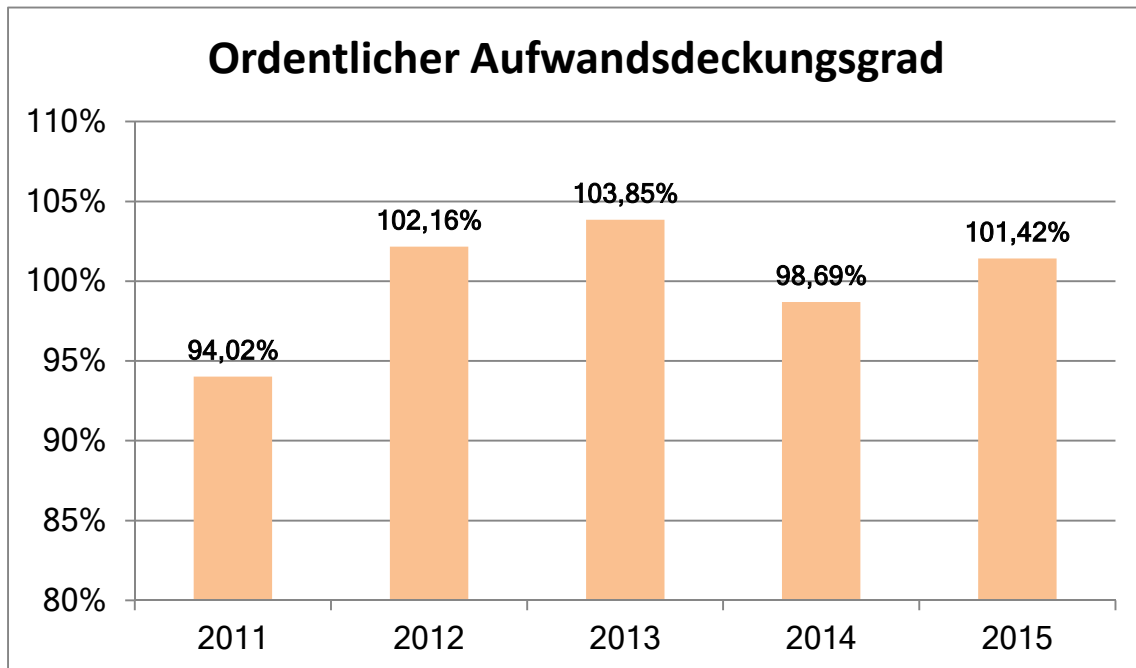
Jahresergebnis:

Das Jahresergebnis liegt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 18.545 Tsd. € nach einem negativen Jahr wieder im positivem Bereich. Dies bedeutet eine Verbesserung gegenüber dem Vorjahr von 34.953 Tsd. €.

Jahresabschluss 2015

Ordentliches Ergebnis / Verwaltungsergebnis:

Der Haushaltsausgleich kann mit einem Überschuss im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 15.546 Tsd. € erreicht werden. Kostensteigerungen durch eine anwachsende Anzahl zu betreuender Flüchtlinge, der Ausbau der Kinderbetreuung, sowie der Sachaufwendungen wirken einem nachhaltigen Haushaltsausgleich entgegen. Diesen Effekt befördern auch steigende Instandhaltungsaufwendungen.



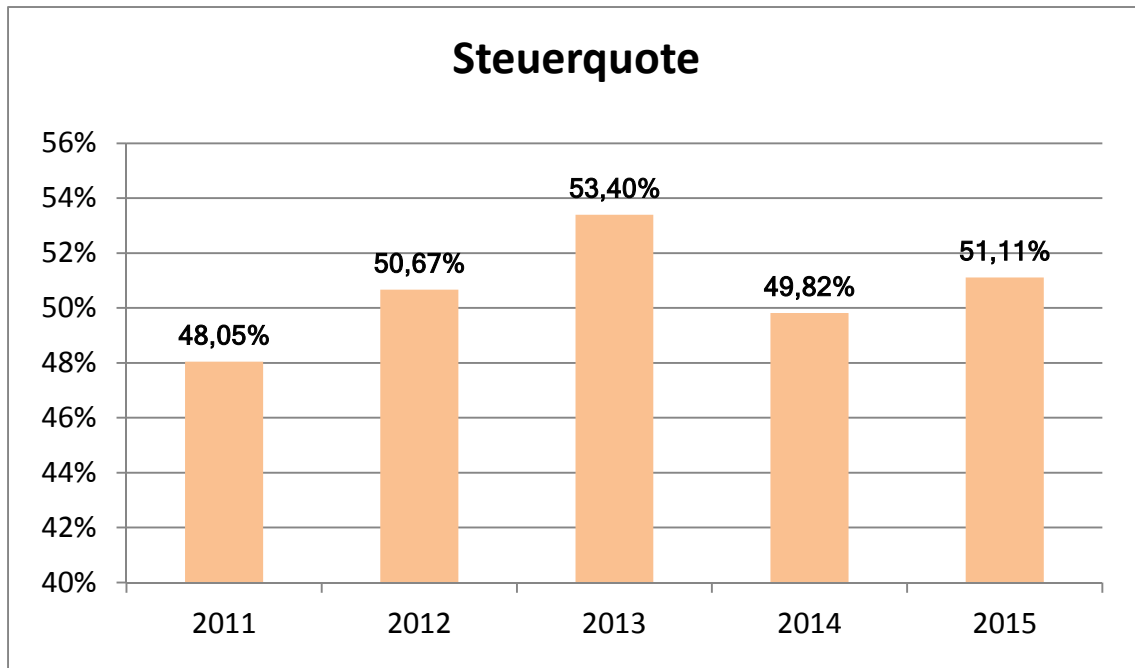
In einigen Vorjahren seit 2008 war es möglich, Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen wie außerordentlichen Ergebnisses zu bilden, welche die entstandenen Jahresfehlbeträge ausgleichen konnten bzw. können. Während die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses durch eine Entnahme für den Ausgleich des Ergebnisses 2014 um 13.857 Tsd. € sank, füllt der Überschuss des Jahres 2015 die Rücklage um den oben genannten Betrag auf.

Jahresabschluss 2015

Ordentliche Erträge:

In der Entwicklung der Ertragssituation spielen die Schwankungen der **Gewerbesteuererträge** eine bedeutende Rolle. Die Steuererträge des Jahres 2015 wurden aufgrund von Wertberichtigungen in Höhe von 19.122 Tsd. € (inklusive vergangener Jahre) korrigiert.

Die Schwankungen in der Entwicklung der Steuerquote im Zeitvergleich:



Die Steuerquote ist im Verhältnis zu den übrigen Ertragsarten zu sehen. Da auch die Mittelzuweisung aus dem kommunalen Finanzausgleich zeitverzögert steigt bzw. fällt, schwankt die Kennzahl nicht so stark, wie vielleicht erwartet.

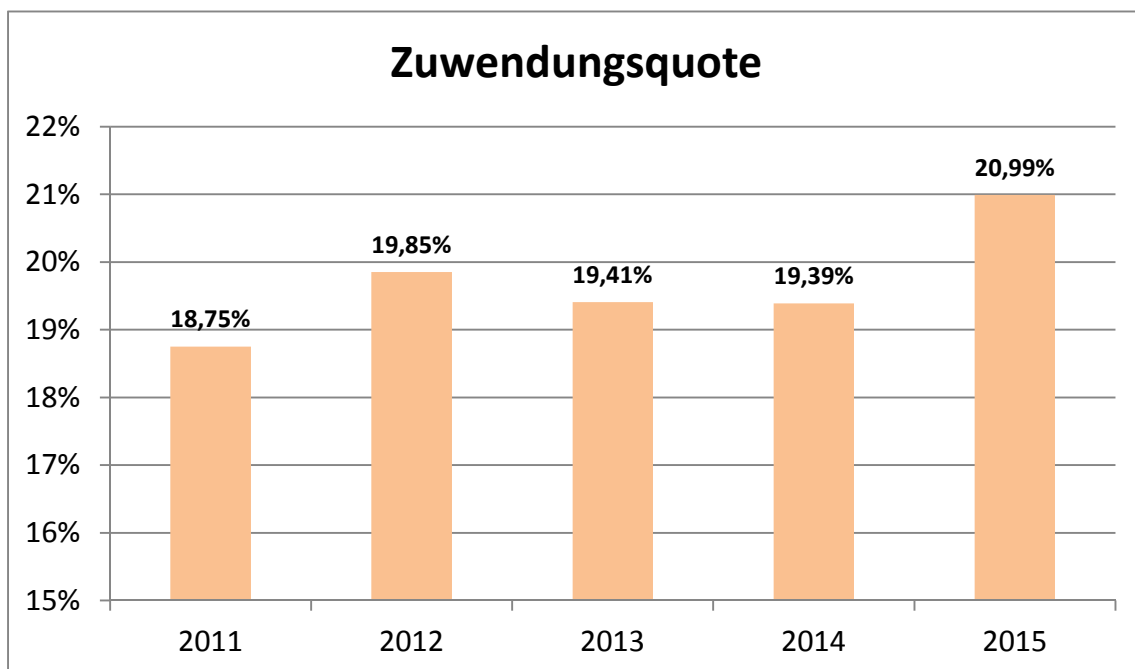
Die **Erträge aus Transferleistungen** erhöhten sich im Vergleich zu 2014 um 6.357 Tsd. €. Dabei verzeichneten hier die „Leistungsbeteiligung für Unterkunft und Heizung für Arbeitssuchende“ (+4.093 Tsd. €) und die „Leistungsbeteiligungen am Arbeitslosengeld II ohne Unterkunft und Heizung § 19 ff.“ (+2.553 Tsd. €) die größten Anstiege. Hierbei handelt es sich um Kostenbeteiligung des Bundes, die gleichzeitig mit entsprechenden höheren Ausgaben verbunden ist. Größere Rückgänge waren bei der „Erstattung Bildung und Teilhabe Leistungen“ (-1.511 Tsd. €) und „Leistungen von Sozialträgern i. E.“ (-1.373 Tsd. €) zu verzeichnen.

Im Bereich **Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen** zeigen sich die Schwankungen aus den **Schlüsselzuweisungen**, die mit der Steuerkraft der Kommunen korrelieren. Bei der Schlüsselzuweisung konnte für dieses Jahr ein Mehrertrag in Höhe von 21.713 Tsd. € verzeichnet werden, da die Steuererträge (eine der Bemessungsgrundlagen) im Jahr 2014 niedriger als im Jahr 2013 ausfielen. Mit sinkender Steuerkraft, steigen - nach dem bis einschließlich 2015 gültigen Finanzausgleichsgesetz - in der Folge auch die Schlüsselzuweisungen. Die vom Land überlassenen Verwaltungskosten für Leistungen nach dem Sozialge-

Jahresabschluss 2015

setzungsbuch zwölftes Buch¹⁰ stiegen um 3.479 Tsd. € gegenüber 2014. In den Bereichen „51 SGB XII Kapitel 4 Grundsicherungsgesetz¹¹“ (+2.618 Tsd. €) und „51 SGB XII Kapitel 3 Hilfe zum Lebensunterhalt¹²“ (+888 Tsd. €) sind die größten Zuwächse im Vergleich zum Vorjahr zu verzeichnen. Dem stehen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüber, da der Bund die Aufwendungen aus der Grundsicherung in voller Höhe ersetzt.

Bezogen auf alle Kommunen des Landes Hessen kürzte das Hessische Ministerium der Finanzen die Zuweisungen an die kommunale Familie ab dem Jahr 2011 um insgesamt 358.600 Tsd. € pro Jahr. Der Betrag setzt sich zusammen aus Streichungen des Anteils der Grunderwerbsteuer (ca. -160.000 Tsd. €), der Ersatzleistungen des Bundes für Kraftfahrzeugsteuer (KFZ-Steuer) (ca. -159.000 Tsd. €) und der Gewerbesteuerumlage (ca. -39.600 Tsd. €). Ab dem Jahr 2016 gilt eine Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes¹³.



Aufgrund dessen steigt die Zuwendungsquote 2015 wieder an. Im Vorjahr sank sie leicht gegenüber 2013 aufgrund der geringeren Schlüsselzuweisungen.

Die Kennzahl wird auch durch die schwankenden Schlüsselzuweisungen beeinflusst (siehe hierzu auch 2.2)

Im Vergleich zum Jahr 2014 ergibt sich bei den **sonstigen ordentlichen Erträgen** ein Rückgang von 21.661 Tsd. €.

¹⁰ Im Folgenden SGB XII.

¹¹ Im Folgenden GSIG.

¹² Im Folgenden HLU.

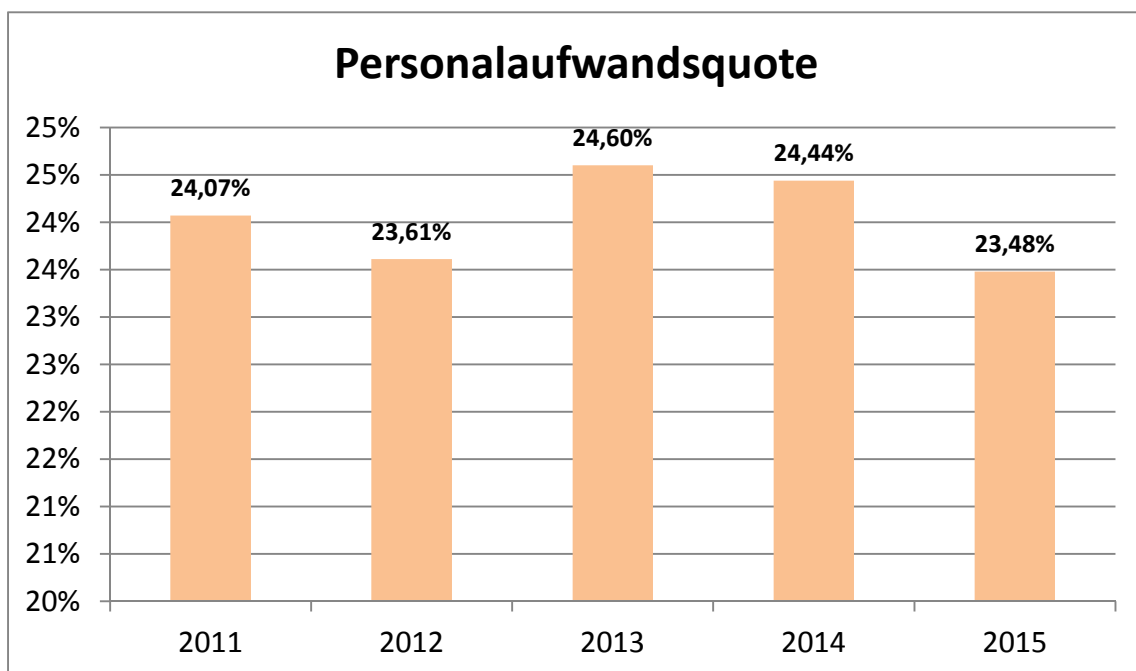
¹³ Im Folgenden FAG.

Jahresabschluss 2015

Dies ist damit zu erklären, dass in 2015, im Gegensatz zu 2014, keine besonderen Vorkommnisse (z. B. die Auflösung der sonstigen Verbindlichkeit gegenüber dem Land Hessen für die Aufwertung des Gerichtsviertels im Rahmen der Ansiedlung einer Fakultät der European Business School i. H. v. 10.000 Tsd. € aufgrund des Wegfalls der Geschäftsgrundlage) zu verzeichnen waren, die sich wesentlich auf die sonstigen ordentlichen Erträge ausgewirkt haben.

Ordentliche Aufwendungen:

Mit einem Anteil von knapp einem Viertel der ordentlichen Aufwendungen und der Finanzaufwendungen fallen die Personalaufwendungen entsprechend der personalintensiven Arbeit eines Dienstleisters deutlich ins Gewicht. Die Personalaufwandsquote bewegt sich auf dem Niveau vergleichbarer Kommunen. Allerdings entstehen Seitwärtsbewegungen der Kennzahl auch bei gleichzeitig proportionaler Entwicklung der übrigen Aufwendungen. 2015 stiegen die Personalaufwendungen (inklusive Versorgungsaufwendungen) aufgrund einer geringeren Zuführung zu den Pensionsrückstellungen lediglich um 0,2 %, während die Gesamtaufwendungen, auch wegen des Flüchtlingsaufkommens um 4,32 % stiegen, was die verminderte Quote erklärt.



Jahresabschluss 2015

Die Entwicklung der Vollzeitäquivalente¹⁴ stellt sich wie folgt dar:

	VZÄ	davon Kinder- betreuung	Schulsozial- arbeit	Sozialdienst	SGB II	Sonstige
Stand 31.12.2014	3.753,18	650,63	104,13	142,11	292,28	2.564,03
Stand 31.12.2015	3.815,77	678,51	108,40	137,73	294,07	2.597,06
Differenz	62,59	27,88	4,27	-4,38	1,79	33,03

Der Ausbau der Kinderbetreuung führt zu einem Zuwachs von 27,88 VZÄ. Zur Kinderbetreuung zählen im weiteren Sinn die Schulsozialarbeit (Ausbau Nachmittagsbetreuung) und der Sozialdienst (Verhinderung Kindeswohlgefährdung). Für den Bereich Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch zweites Buch¹⁵ ist die Teilrefinanzierung sichergestellt (Optionskommune).

In den Bereich „Sonstige“ (+ 33,03 VZÄ) fallen teilweise refinanzierte Stellen (z. B. im Bereich Baugenehmigungen) sowie Wiederbesetzungen nach oft langen Vakanzen. Auch feststellbar sind Differenzen, die durch die Stichtagsbetrachtung entstehen.

Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Personalaufwendungen um 8.619 Tsd. €, begründet hauptsächlich durch die Steigerung der VZÄ.

Zu berücksichtigen ist im Rahmen eines Gemeindevergleichs auch der Grad der Auslagerung von kommunalen Aufgaben auf städtische Gesellschaften sowie private Träger. Eine Eigenwahrnehmung der sehr personalintensiven Kinderbetreuung im Gegensatz zu den bezuschussten Kindertagesstätten in freier Trägerschaft würde eine höhere Personalaufwandsquote bedingen, ohne in der Regel das Leistungsgefüge gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern zu verändern. So standen z. B. zum 01.03.2015 stadtweit 3.064 Krippenplätze zur Verfügung. Davon wurden 689 Plätze in städtischer Trägerschaft vorgehalten. Der größere Teil entfiel auf freie Träger (1.828) und Tagespflege (547).

Relativ starke Schwankungen sind im Bereich **Versorgungsaufwendungen** zu erkennen. Die Ursache liegt hauptsächlich in der sich jährlich ändernden Datenbasis zur Bildung der Pensionsrückstellungen. Zu den Gründen zählen beispielsweise Änderungen der Besoldung, Ein- und Austritte sowie Änderungen am Pensionseintrittsalter.

Im Jahr 2015 fielen die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen um 8.819 Tsd. €. Die Hauptursachen waren die unterbliebene Anpassung der Beamtenbezüge (Nullrunde), sowie im Unterschied zum Vorjahr, eine Auflösung von Beihilfeverpflichtungen.

Für die LHW ist zudem zu beachten, dass die kommunale Arbeitsvermittlung SGB II im Optionsmodell mit eigenem Personal erfolgt und somit auf die Kennzahl einwirkt. Die mit der Übernahme der Aufgabe der kommunalen Arbeitsvermittlung verbundenen Personalkosten werden weitgehend durch Kostenerstattungen des Bundes (Transfererträge) gedeckt.

¹⁴ Im Folgenden VZÄ.

¹⁵ Im Folgenden SGB II.

Jahresabschluss 2015

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen stiegen ebenfalls gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 14.313 Tsd. €. Mit verantwortlich sind die Positionen „Instandhaltung Gebäude und Außenanlagen Bauunterhaltung“ (+5.041 Tsd. €), „Wartungskosten Tiefbau“ (+1.671 Tsd. €), „Fremdreinigung“ (+1.396 Tsd. €) sowie die in dieser Berichtszeile gezeigten sonstigen Aufwendungen „Inanspruchnahme von Diensten“ (+2.254 Tsd. €). Festzustellen ist auch, dass sich die Sachkosten im langjährigen Mittel proportional zu den Personalkosten entwickeln. Eine Ausweitung des Personalstamms führt immer auch zu einer Ausweitung der Sachkosten.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind stark beeinflusst durch die Instandhaltungsaufwendungen. Zum einen wurde ab 2009 das Verfahren zur Buchung der Instandhaltungsaufwendungen auf eine kontenscharfe Abrechnung umgestellt. Dies führt zu einer Verteilung der Instandhaltungsaufwendungen über mehrere Positionen. Zum anderen erfuhr der Prozess zur Bildung von Instandhaltungsrückstellungen mit dem Jahr 2009 zwei Änderungen. Die Instandhaltungsrückstellungen wurden von 2010 bis 2012 nicht mehr pauschal durch Budgetreste, sondern über ein differenziertes Meldeverfahren der bauausführenden Ämter ermittelt. Dies führte in der Summe zu deutlich geringeren Instandhaltungsrückstellungen. Aus Gründen der Praktikabilität wurde das Verfahren ab dem Jahresabschluss 2013 erneut geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen als Grundlage für die Bildung der Instandhaltungsrückstellung festgelegt.

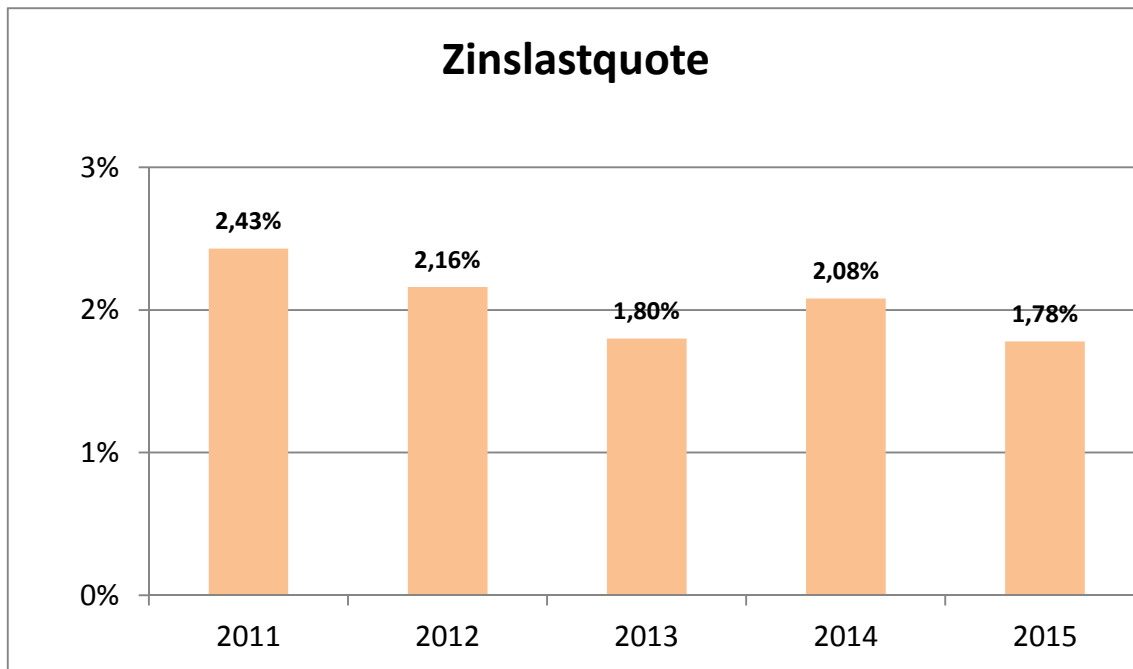
Bei den (planmäßigen)¹⁶ Abschreibungen ist für das Jahr 2015 im Vergleich zum Jahr 2014 ein Anstieg um 188 Tsd. € zu verzeichnen. Wesentlich hierfür ist der Anstieg der „Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände“ um 1.099 Tsd. €. Ein Rückgang war bei den Positionen „Abschreibungen auf Sachanlagen“ (-605 Tsd. €) und „Abschreibungen auf Forderungen und sonst. Vermögensgegenstände (-307 Tsd. €) zu verzeichnen.

Die Position „**Zuweisungen, Zuschüsse, bes. Finanzausgaben**“ stieg gegenüber dem Vorjahr um 10.182 Tsd. €. Den größten Anstieg verzeichnete hier die Position Zuschüsse / Zuweisungen Leistungsentgelte mit 10.470 Tsd. €, ursächlich durch den Ausbau der Kinderbetreuung (Zuschüsse an freie Träger). Die Zuschüsse für laufende Zwecke an übrige Bereiche wiesen einen größeren Rückgang um 3.985 Tsd. € aus. Hier liegt der Grund in einem Einmaleffekt (Restzahlungen an freie Träger) im Jahr 2014.

Den größten Aufwandsposten mit 361.060 Tsd. € bilden in 2015 weiterhin die **Transferaufwendungen**. Sie haben sich im Vergleich zu 2014 um 15.268 Tsd. € gesteigert. Ein Teil erklärt sich aus Fallzahlensteigerungen in den Bereichen SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), die im Falle der Grundsicherung durch den Bund voll gegenfinanziert sind.

Die gesunkenen Aufwendungen gegenüber früheren Jahren im Bereich **Sonstige Aufwendungen** ergeben sich hauptsächlich aus Steuererstattungen (- 1.790 Tsd. € gegenüber 2014).

¹⁶ Ein vollständiges Bild der Abschreibungen ergibt sich unter Hinzuziehung der außerplanmäßigen Abschreibungen im Außerordentlichen Ergebnis.



Finanzergebnis:

Das Finanzergebnis weist einen Überschuss in Höhe von 22.708 Tsd. € (+ 6.333 Tsd. € gegenüber 2014) auf. Hauptursache für die Steigerung sind höhere Zinserträge (Nachzahlungszinsen + 3.704 Tsd. €) und niedrigere Zinsaufwendungen (Erstattungszinsen Gewerbesteuer + 2.426 Tsd. €).

Die relativ hohen Werte in den Finanzerträgen beruhen hauptsächlich auf den Gewinnabführungen verbundener Unternehmen, Bürgschaftsprovisionen und Zinsen aus Betriebsmittelkrediten an verbundene Unternehmen. Aufgrund der aktuellen Niedrigzinsphase fielen die Zinserträge in der Mehrjahresbetrachtung. So sanken die Zinsen auf Wertpapiere von 2011 (6.228 Tsd. €) nach 2012 (2.149 Tsd. €) um 4.079 Tsd. €. Der Grund liegt im Wegfall zweier Papiere zum Ende 2011 wegen Fälligkeit und Kündigung. Auf diesem Wert (2.149 Tsd. €) verharren die Zinsen auf Wertpapiere auch im Jahr 2015 aufgrund der Fristigkeit der Anlage. Die vormals gute Verzinsung kann ohne deutlich höheres Verlustrisiko derzeit nicht erreicht werden.

Durch den im Bundesvergleich niedrigen Schuldenstand (mit und ohne Sonderkonjunkturprogramm) und die derzeit günstigen Bedingungen zur Refinanzierung fällt das Verhältnis von Zinsaufwendungen zu den ordentlichen und Finanzaufwendungen (Zinslastquote) günstig aus. Der Zeitreihenvergleich zeigt ein leichtes Ansteigen. Auch die schwankenden Erstattungszinsen (-2.426 Tsd. € gegenüber 2014) wirken sich verzerrend auf die Kennzahl aus, während die Entwicklung der Bankzinsen keine Auffälligkeit zeigt.

Insgesamt stellt die Höhe der Zinslastquote derzeit keine relevante Größe als Risikoindikator dar.

Jahresabschluss 2015

Außerordentliches Ergebnis:

Das außerordentliche Ergebnis lag mit einem Überschuss von 3.000 Tsd. € um 5.550 Tsd. € über dem Ergebnis 2014. Dabei stiegen sowohl die außerordentlichen Erträge (+10.077 Tsd. €), als auch die außerordentlichen Aufwendungen (+4.527 Tsd. €).

Die Verbesserung der Erträge resultiert zum Großteil aus den positiven Abweichungen der „Erträge aus der Veräußerung von Grundstücken“ von 3.563 Tsd. € und den „periodenfremden Erträgen“ von 3.415 Tsd. €. Unter anderem war bei dieser Position eine Rückzahlung des Bundes im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes¹⁷ für das Jahr 2012 in Höhe von 1.918 Tsd. € zu verzeichnen. Weiter war ein Anstieg der „sonstigen außerordentlichen Erträge aus Grundstücksumlegungen und -tausch“ in Höhe von 3.277 Tsd. € zu registrieren. Der größte Anteil dieses Betrags geht auf vereinfachte Baulandumlegungen zurück. Dem stehen außerordentliche Aufwendungen in ähnlicher Höhe gegenüber.

Im Berichtsjahr ist im Bereich der außerordentlichen Aufwendungen ein Anwachsen in Höhe von 4.527 Tsd. € festzustellen. Dieser ergibt sich aus höheren „außerplanmäßigen Abschreibungen auf Sachanlagen“ (+1.445 Tsd. €), sowie gestiegenen „Verlusten aus dem Abgang von Vermögensgegenständen“ (+3.854 Tsd. €, siehe Ausführungen zu „sonstige außerordentliche Erträge aus Grundstücksumlegungen und -tausch“).

Bei den außerordentlichen Erträgen und Aufwendungen wirken sich zu einem bedeutenden Teil die Buchgewinne und Verluste aus Anlagenbewegungen (z. B. Grundstücksgeschäfte) aus. Daher weist diese Position naturgemäß stärkere Schwankungen auf.

¹⁷ Im Folgenden BuT.

Jahresabschluss 2015

2.5.2 Die Ergebnislage der LH Wiesbaden im Plan¹⁸-Ist Vergleich

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	2015			2014		
	akt. Plan	Ist	Differenz	akt. Plan	Ist	Differenz
10 ordentliche Erträge	-1.005.998	-1.071.676	65.677	-977.229	-1.003.914	26.685
19 ordentlicher Aufwand	1.041.903	1.078.838	-36.935	1.017.312	1.034.147	-16.835
20 Verwaltungsergebnis	35.905	7.162	28.743	40.082	30.232	9.850
21 Finanzerträge	-47.926	-41.871	-6.055	-47.927	-37.912	-10.015
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	21.971	19.163	2.808	21.721	21.537	184
23 Finanzergebnis	-25.955	-22.708	-3.247	-26.206	-16.375	-9.831
24 ordentliches Ergebnis	9.950	-15.546	25.496	13.876	13.857	19
25 außerordentliche Erträge	-46	-15.222	15.176	-18	-5.145	5.127
26 außerordentliche Aufwendungen	6	12.222	-12.216	4	7.695	-7.691
27 außerordentliches Ergebnis	-40	-3.000	2.960	-14	2.550	-2.564
28 Jahresergebnis	9.910	-18.545	28.456	13.862	16.407	-2.545

Das Haushaltsjahr 2015 schloss mit einem Überschuss von 18.545 Tsd. € ab.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Haushaltsplan von 2015, der einen Jahresfehlbedarf in Höhe von 9.910 Tsd. € vorsah, ergab sich eine Verbesserung in Höhe von 28.456 Tsd. €.

Die positive Abweichung des Jahresergebnisses gegenüber dem Wert des Haushaltsplanes (ohne übertragene Budgetreste, 28.456 Tsd. €) basiert insbesondere auf Mehrerträgen aus der Gewerbesteuer und einer höheren Schlüsselzuweisung, sowie höheren Erträgen aus Transferleistungen (zu einem großen Teil Leistungsbeteiligungen des Bundes an den SGB II-Leistungen).

Insgesamt ist für die ordentlichen Aufwendungen eine Überschreitung gegenüber dem Plan in Höhe von 36.935 Tsd. € festzustellen.

Der Personalaufwand inklusive Versorgung unterschritt den Planansatz um 13.825 Tsd. €, wobei die Personalaufwendungen ohne Versorgung eine Überschreitung von 2.899 Tsd. € aufweisen.

Im Bereich Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ist eine Steigerung um 12.788 Tsd. € zu verzeichnen.

Die Abschreibungen weisen eine negative Abweichung in Höhe von 6.941 Tsd. € aus, zu einem bedeutsamen Teil (10.630 Tsd. €) verursacht durch ungeplante pauschale Einzelwertberichtigungen und unbefristete Niederschlagungen. Dabei blieben die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und die Abschreibungen auf Sachanlagen um 3.689 Tsd. € unter den Planwerten.

¹⁸ Zum aktualisierten Planwert zählen der Ansatz, über- und außerplanmäßige Zusetzungen sowie Sperrungen.

Jahresabschluss 2015

Bei der Position „Zuweisungen, Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen“ ist Steigerung gegenüber dem Plan in Höhe von 2.916 Tsd. € feststellbar. Auf einigen Kostenarten sind Steigerungen, z. B. Aufgrund des Ausbaus der Kinderbetreuung, erkennbar. Andere weisen positive Abweichungen aus, auch weil die Beschäftigungsförderungsmaßnahmen zwar aus Vereinfachungsgründen auf einer Kostenart geplant, im Ist aber auf andere Sachkonten konzentriert werden.

Die Transferaufwendungen weichen um 28.959 Tsd. € vom Plan ab, hauptsächlich resultierend aus den Kosten der Unterkunft (+ 5.636 Tsd. €), Arbeitslosengeld II nach § 19 SGB II (+ 3.264 Tsd. €), Kassenbeiträgen (+ 1.732 Tsd. €), laufenden Leistungen für Asylbewerber und Bürgerkriegsflüchtlinge (+ 7.067 Tsd. €), sowie Mehrbedarfen nach § 21 SGB II (Grundversicherung für Arbeitssuchende, + 1.790 Tsd. €).

Die gegenüber der Planung niedrigeren Finanzerträge in Höhe von 6.055 Tsd. € ergeben sich aus einer Vielzahl von positiven und negativen Positionen, insbesondere Nachzahlungszinsen (- 3.582 Tsd. €) und Zinsen festverzinslicher Wertpapiere (- 1.776 Tsd. €).

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen werden aufgrund ihres Charakters nicht geplant. Weitere Ausführungen zum außerordentlichen Ergebnis sind dem Kapitel Entwicklung der Ergebnisrechnung über fünf Jahre zu entnehmen.

2.6 Erläuterung der Plan-Ist-Abweichungen in den Dezernaten einschließlich bedeutsamer Investitionen und Aufgabenschwerpunkte

Im Folgenden werden die Plan-Ist-Abweichungen bezogen auf die Teilergebnishaushalte der Dezernate im Haushaltsjahr erläutert. Hierbei ist zu beachten, dass die Planzahlen die fortgeschriebenen Haushaltsansätze betreffen (Datenstand: April 2016).

Im Jahr 2015 wurden keine nennenswerten organisatorischen Änderungen durchgeführt. Bereits in 2014 wurden die Abteilungen Protokoll und kommunale Auslandsbeziehungen sowie das Magistratsbüro vom Hauptamt zum Büro des Dezernates I (Oberbürgermeister) umgliedert. Hier erfolgte die Umstellung im Rechnungswesen aus Gründen der Datenkonsistenz zum 01.01.2015.

Die Tabellen für die wichtigen Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen wurden aus dem Investitionscontrolling der LHW (Datenstand: 4. Quartal 2015) generiert¹⁹ und auf den Stand nach Buchungsende aktualisiert.

Die Dezernate I bis VII weisen Abweichungen im Bereich „Erträge aus der Auflösung von Sonderposten“ aus. Gemäß Ziff. 3 zu § 38 der Hinweise zur Gemeindehaushaltsverordnung²⁰ sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Geplant wurde die Auflösung der Sonderposten noch in den Fachbereichen.

¹⁹ Die Auswahl der Maßnahmen erfolgte durch Benennung durch die Dezernate im Rahmen des Investitionscontrollings zu Jahresbeginn.

²⁰ Im Folgenden GemHVO.

Jahresabschluss 2015

2.6.1 Dezernat I

Hauptamt (10), Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik (12), Revisionsamt (14), Amt der Stadtverordnetenversammlung (16), Feuerwehr (37), Sportamt (52)

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2015

Zu den Handlungsfeldern des Dezernates zählen:

- der Betrieb von Bürgerhäusern
- die Sicherstellung von Dienstleistungen in den Ortsverwaltungen
- die Durchführung von protokollarisch wichtigen Veranstaltungen der LH Wiesbaden
- die Sportförderung in Form von Bezuschussung von sportlichen Veranstaltungen sowie
- die Gewährung von Zuschüssen für vereinseigene Sportanlagen, Betrieb von Sporthallen und Sportanlagen und die Gewährleistung eines funktionierenden Feuerwehrwesens.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2015?

Die Hauptzielbereiche lagen in der kontinuierlichen Verbesserung der Bausubstanz im Bereich der Bürgerhäuser und Sportanlagen, sowie die gleichbleibend hohe Förderung im Sportbereich.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Die Sportförderung konnte auf hohem Niveau beibehalten werden. Einige wichtige große Bauprojekte im Bereich Sport und Bürgerhäuser konnten gestartet bzw. sogar erfolgreich zu Ende gebracht werden. Hierzu zählen unter anderem die Sanierung/ Erweiterung des Bürgerhauses Naurod, der Neubau des Haus der Vereine in Dotzheim, der Neubau eines Funktionsgebäudes auf dem Sportplatz Rheinhöhe sowie der Neubau eines Funktionsgebäudes auf dem Sportplatz Sonnenberg.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2015

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-5.010	-5.274	-9.702
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	64.603	66.474	73.286
20 Verwaltungsergebnis	59.593	61.200	63.584
21 Finanzerträge	0	0	-10
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	2
23 Finanzergebnis	0	0	-8
24 Ordentliches Ergebnis	59.593	61.200	63.577
25 Außerordentliche Erträge	-34	-14	-1.006
26 Außerordentliche Aufwendungen	34	1	446
27 Außerordentliches Ergebnis	0	-13	-560
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	59.593	61.187	63.017
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-12.472	-9.884	-12.078
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	47.121	51.303	50.939

Jahresabschluss 2015

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Für die Mehrerträge in Höhe von 4.428 Tsd. € ist hauptsächlich die nicht geplante Kostenerstattung des Landes für den Betrieb der Notunterkünfte für Flüchtlinge verantwortlich. Alle übrigen Erträge bewegen sich auf Planniveau. Ca. 890 Tsd. € sind eigentlich noch 2015 zuzurechnen, wurden aber erst Anfang 2016 dem Land Hessen in Rechnung gestellt.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Der ordentliche Aufwand fiel um 6.812 Tsd. € höher aus als der aktualisierte Planansatz. Zum einen entstanden Mehraufwendungen durch den Betrieb der Notunterkünfte (+ 4.920 Tsd. €). Zum anderen konnten nicht alle geplanten Instandhaltungen zum Abschluss gebracht werden, hier beläuft sich der Minderaufwand auf 613 Tsd. €. Weitere Einsparungen im Vergleich zum aktualisierten Planansatz haben sich quer durch alle Ämter bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen ergeben.

Im Bereich des Sportamtes fielen die ordentlichen Aufwendungen um ca. 1.000 Tsd. € höher aus als geplant. Die größten Überschreitungen sind hier mit 566 Tsd. € bei den „Instandhaltungen für Gebäude“ und mit 324 Tsd. € bei den „Wartungskosten Hochbau“ zu verzeichnen.

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Das außerordentliche Ergebnis weicht um 547 Tsd. € aufgrund von Mehrerträgen ab.

Verantwortlich hierfür sind eine Umsatzsteuererstattung beim Sportamt in Höhe von 176 Tsd. € sowie die Verschiebungen im Rahmen des vereinfachten Umlegungsverfahrens für den Neubau des Bürgerhauses Wiesbaden-Medenbach.

Analyse Jahresergebnis/ Fazit

Insgesamt fällt das Ergebnis vor direkter Leistungsverrechnung des Dezernats I um 1.830 Tsd. € höher als der fortgeschriebene Planansatz aus.

Jahresabschluss 2015

Wichtige Investitionsmaßnahmen des Dezernats I (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²¹	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015
I.03499	10 BGH Naurod General- sanierung/Erweiterung	1.969	1.011	856	103
Die Generalsanierung wurde in 2015 weitestgehend abgeschlossen.					
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neubau	5.205	237	1.276	733
Mit dem Neubau Haus der Vereine Dotzheim konnte in 2015 endlich begonnen werden. Die Fertigstellung ist für Ende 2016 geplant.					
I.03692	52 SP - Rheinhöhe, Neubau Funktionsge- bäude	916	191	512	212
Der Neubau wurde in 2015 fertiggestellt.					
I.03998	52 SP - Sonnenberg, Neubau Funktionsge- bäude	690	132	487	71
Der Neubau wurde in 2015 fertiggestellt.					

²¹ = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

Jahresabschluss 2015

2.6.2 Dezernat II

Rechtsamt (30), Umweltamt (36), Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge (50) und Amt für Soziale Arbeit (51)

Handlungsfelder

Das Rechtsamt ist die interne Rechtsabteilung der LH Wiesbaden und erbringt Serviceleistungen für die städtischen Gremien, Dezernate, Fachämter und Eigenbetriebe in allen Rechtsfragen.

Bedeutende Handlungsfelder des Umweltamtes waren die Fertigstellung des Klimaschutzkonzeptes unter Beteiligung der Bürgerschaft, Fortführung des Projekts „Bäche ans Licht“ mit den Teilprojekten Abtrennung -/ Inbetriebnahme Spülleitung des Kesselbachs und Offenlegung des Bachabschnitts auf dem neuen Quartiersplatz am Platz der Deutschen Einheit; die Fertigstellung des 2. Bauabschnitts²² für den Hochwasserschutz in Sonnenberg, den Luftreinhalteplan, den Lärmaktionsplan; Vertretung der LHW in der Fluglärmkommission und der Initiative Zukunft Rhein-Main (ZRM Aktion gegen Flughafenausbau), Fluglärmmonitoring, Beteiligungsverfahren bei der Fortschreibung des Landschaftsplans, die Vorbereitung für den 2. BA der Renaturierung am Wellritzbach.

Ausbau Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige:

Das strategische Ziel, den gesetzlichen Anspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder vom vollendeten ersten bis zum vollendeten dritten Lebensjahr zu erfüllen und bis Ende 2016 eine Platzangebotsquote von 48 % der anspruchsberechtigten Kinder zu erreichen, wird weiterhin verfolgt. Allerdings hat sich der Ausbau in 2015 den finanziellen Rahmenbedingungen entsprechend verlangsamt, gleichzeitig wurde das Kindertagespflegeplatzangebot statistisch bereinigt und die max. 95 vorübergehend (bis Dezember 2015) angebotenen Dringlichkeitsplätze durch ein neues Verfahren der „Pufferplätze“ zur unterjährigen Belegung ersetzt:

Im Saldo wurden so zwischen Dezember 2014 und Dezember 2015 die Kindertagespflegeplätze von 630 auf 547 angepasst und 110 neue Krippenplätze in 2015 geschaffen.

Ebenso sinkt die Platzangebotsquote im Elementarbereich aufgrund steigender Kinderzahlen und trotz des Ausbaus um 105 Elementarplätze Ende 2015.

Leistungen zur Grundsicherung und Integration für Arbeitsuchende - SGB II

Das SGB II hat zwei wesentliche gesetzliche Aufgaben:

1) Erwerbsfähigen Leistungsberechtigten und ihren Angehörigen durch die Grundsicherungsleistungen zu „...ermöglichen, ein Leben zu führen, das der Würde des Menschen entspricht“ (SGB II § 1 Abs. 1).

2) Erwerbsfähige Leistungsberechtigte durch gezielte Dienst- und Sachleistungen bei der Aufnahme, Ausweitung oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit zu unterstützen.

²² Im Folgenden BA.

Jahresabschluss 2015

Das kommunale Jobcenter im Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge hat im Monat Dezember 2015:

- 20.797 erwerbsfähige Leistungsberechtigte
- 30.825 Leistungsberechtigte - darunter
- 10.025 Sozialgeldbeziehende
- in 15.197 Bedarfsgemeinschaften

gefördert. Die Fallzahlen entsprechen weitgehend den Zahlen des Jahres 2014.

Das Leistungsgeschehen der kommunalen Jobcenter wird u. a. über Zielvereinbarungen mit dem Land Hessen und bundesweit geltenden Kennzahlen erfasst.

Im Jahr 2015 konnten 5.436 Personen in eine sozialversicherungspflichtige Arbeit, berufliche Ausbildung oder in Selbständigkeit integriert werden. Die Integrationsquote liegt zum Jahresende bei 25,4 % - über dem vereinbarten Zielwert von 24,7 %. Die Nachhaltigkeit dieser Integrationen erreicht im Vergleich zu den Rhein-Main-Städten mit 65,4 % aller Integrationen (Stand: September 2015) einen Spitzenwert. Der Bestand an Langzeitleistungsbeziehenden (> 24 Monate) ist in Wiesbaden im Jahr 2015 um durchschnittlich 1 % gestiegen.

Flüchtlinge und Asylsuchende

Im Jahr 2015 sind 1.884 Flüchtlinge (darunter 1.152 nach dem Landesaufnahmegesetz) durch das Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge in Wiesbaden aufgenommen worden. Die Zahl der Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ist für Regelleistungen von 825 im Dezember 2014 auf 1.736 in Dezember 2015 gestiegen, zusätzlich erhielten 159 Personen ausschließlich besondere Leistungen (insbesondere Krankenhilfe).

Jahresabschluss 2015

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2015

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-243.889	-239.456	-259.880
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	525.497	513.479	557.993
20 Verwaltungsergebnis	281.608	274.023	298.113
21 Finanzerträge	-10	-7	-7
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	315	0	367
23 Finanzergebnis	305	-7	360
24 Ordentliches Ergebnis	281.914	274.023	298.473
25 Außerordentliche Erträge	-321	-9	-3.019
26 Außerordentliche Aufwendungen	436	1	1.003
27 Außerordentliches Ergebnis	114	-8	-2.016
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	282.028	274.009	296.458
31 Ergebnis aus internen Leistungen	27.080	21.646	23.936
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	309.108	295.654	320.394

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die Gesamtabweichung beträgt 20.424 Tsd. €. Davon entfallen auf das Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge und das Amt für Soziale Arbeit 20.268 Tsd. €. Dabei ergeben sich die Hauptgründe der Abweichung aus zwei Aspekten:

Zum einen werden in den Bereichen SGB II und Asyl Mehrerträge in Höhe von ca. 25.000 Tsd. € ausgewiesen, die aus Bundes- oder Landeserstattungen resultieren. Allerdings stehen diesen Erträgen entsprechende Mehrkosten gegenüber.

Zum anderen wurden im Bereich der „Hilfe zur Pflege“ Mindererträge in Höhe von ca. 5.000 Tsd. € erzielt. Dies resultiert aus einer Umstellung der Finanzierung vom Brutto- auf das Nettoprinzip. Diesen Mindererträgen stehen analog ebenfalls Minderaufwendungen gegenüber.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Die Gesamtüberschreitung beläuft sich auf 44.514 Tsd. €. Davon entfallen auf das Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge und das Amt für soziale Arbeit 45.685 Tsd. €.

Der Großteil der Abweichungen erklärt sich durch steigende Fallzahlen und -kosten in den Bereichen SGB XII (incl. Krankenhilfe und Hilfe zur Pflege), SGB II und Asyl (insgesamt 28.800 Tsd. €).

Darüber hinaus fielen Mehrkosten im Bereich Personal (4.181 Tsd. €) an, die sich durch nicht in dieser Höhe geplante Tarifsteigerungen und Ausweitung von Personal z. B. im Bereich Asyl erklären.

Ein weiterer Effekt ist in der Steigerung der Instandhaltungsaufwendungen infolge des Krippenausbauprogramms (3.122 Tsd. €) festzustellen.

Jahresabschluss 2015

Ebenfalls als Aufwandsverschlechterung wird ein Betrag i. H. v. ca. 9.422 Tsd. € ausgewiesen. Gedanklich sind an dieser Stelle jedoch Budgetüberleitungen in Höhe von 10.628 Tsd. € hinzuaddieren, sodass sich hier eine kleine positive Abweichung ergibt. Allerdings ist noch ein Konsolidierungsbeitrag in Höhe von 1.905 Tsd. € in Abzug zu bringen.

Abweichungen beim Finanzergebnis

Aus einer Rückstellung (gebildet im Jahresabschluss 2014) wurden zur Begleichung von Zinsverpflichtungen im Rahmen der Projekte Soziale Stadt Biebrich und Inneres Westend. im Jahr 2015 Zahlungen in Höhe von 312 Tsd. € geleistet.

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Die Gesamtabweichung des Dezernats II im außerordentlichen Ergebnis beträgt 2.008 Tsd. €. Davon entfallen auf das Amt für Grundsicherung und Flüchtlinge und das Amt für soziale Arbeit 1.683 Tsd. €

Der Betrag erklärt sich durch eine Rückzahlung des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration im Zusammenhang mit der Revision des BUT für das Jahr 2012.

Bei der Umsetzung von Projekten der Sozialen Stadt Biebrich Südost wurden Anlagenabgänge für die Grundstücke Rheingaustraße 196, Pfälzer Straße 11+15 und -17-21 in Höhe von 192 Tsd. € gebucht.

Abweichungen im Ergebnis vor Leistungsverrechnung

Die Abweichung im Ergebnis vor Leistungsverrechnung beträgt 22.449 Tsd. € über dem Planwert.

Jahresabschluss 2015

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats II (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²³	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015
I.03086	51 Ersatzneubau Kita Geschwister-Stock-Platz	5.531	4.392	1.139	0
Maßnahme abgeschlossen. Inbetriebnahme Januar 2015. Neubau mit 3 Elementar- und 3 Krippengruppen.					
I.00596	36 Sanierungsabschluss Walkmühle/Lackfabrik	1.830	821	58	951
Walkmühle: Bodenluftsanierung 04/2014 - 04/2015 und Durchführung Grundwasserpumpversuch 01/2015. Lackfabrik: Nachuntersuchung - Abschluss 2015; Grundwasser-Monitoring erforderlich. Die Vergabe ist in 08/2014 erfolgt. Abschließende Rückmeldung des RP zum Sanierungsabschluss steht noch aus.					
I.01455	36 HWL Hofgartenplatz 2.BA	2.449	1.685	763	0
Die Baumaßnahme war schneller vorangeschritten als geplant. Mittelvorgriff auf 2015 ist erfolgt. Gegenseitige Deckungsfähigkeit mit I.00599 Hochwasserschutz Sonnenberg 1. BA. Schlussabrechnung für 2016 vorgesehen.					
I.02627	36 Kessel-/Wellritzbach Abtrennung Umsetzung	5.580	2.811	601	2.169
Für den Kesselbach ist die Abtrennung erfolgt und die Spülleitung wurde in Betrieb genommen. Die Offenlegung am Quartiersplatz/Platz der Deutschen Einheit ist erfolgt. Bauabschnitt 2 (Spülleitung Wellritzbach) ist auf 2016 verschoben. Weitere offene Bauabschnitte werden anschließend fortlaufend geplant bis 2020.					
I.03540	36 Lärmschutzwand Schiersteiner Brücke BAB 643	1.094	0	0	694
Baubeginn geplant in 2016.					

²³ = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

Jahresabschluss 2015

2.6.3 Dezernat III

Personal- und Organisationsamt (11), EB²⁴ Personalräte, Amt für Wirtschaft und Liegenschaften (80)

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2015

Das Dezernat für Wirtschaft und Personal unterstützt und steuert die Ämter und den Eigenbetrieb TriWiCon bei ihrer Aufgabenerfüllung. Im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten erfüllen die Fachbereiche die Tagesgeschäfte optimal und wenn möglich, schaffen sie Freiraum für Projekte und zusätzliche Aufgaben.

Neben dem Tagesgeschäft bildet im Dezernat das für die Stadt bedeutende Projekt Neubau des RheinMain CongressCenters den Schwerpunkt.

Das Personal- und Organisationsamt setzte die Ergebnisse der Mitarbeitendenbefragung sowie die Weiterführung des Integrierten Gesundheitsmanagements um.

Das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften bearbeitet das städtische Grundvermögen, vom Grundstücksverkehr über die Flächen- und Projektentwicklung (insb. Wohnbauflächenentwicklung) bis zur Vermietung, Verpachtung und Rechte an Grundstücken sowie die Vergabe und Verwaltung von Erbbaurechten an städtischen Flächen. Zu den weiteren Aufgaben zählen das kommunale Beschaffungs- und Vergabewesen und die Aufgaben um die Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2015?

Beim Neubau des RheinMain CongressCenters Wiesbaden ist die Einhaltung des Terminplanes sowie der geplanten Kosten zu überwachen.

Das Personal- und Organisationsamt setzt die Ergebnisse der Mitarbeiterbefragung um und ist im Gesundheitsmanagement aktiv. Der Corporate Health Award ist die führende Qualitätsinitiative für Gesundheits-Management im deutschsprachigen Raum. Eine unabhängige Expertenjury erkannte der LHW den ersten Preis des Corporate Health Award 2015 in der Kategorie Öffentliche Verwaltung zu.

Die wesentlichen Ziele im Bereich der Liegenschaften beinhalten schwerpunktmäßig die Realisierung laufender Projekte wie z. B. Begleitung des Neubaus Parkhaus Coulinstraße, Vermarktung von Gewerbeflächen im Zusammenhang mit Unternehmensansiedlungen und Unternehmensumsiedlungen sowie mit besonderem Schwerpunkt die Wohnbauflächenentwicklung (komplettes Spektrum von Flächenbevorratung / Flächenbeschaffung zur Verfügbarkeit in konkreten Gebieten zur Umsetzung / Schaffung von Planungsrecht und Realisierung der Erschließung insbesondere in Verbindung mit der Stadtentwicklungsgesellschaft²⁵). Des Weiteren liegt das Augenmerk auch auf der möglichst wirtschaftliche Vermietung und Verpachtung von Grundstücken.

²⁴ Einzelbudget (Budgets, die zwar von einem verwaltenden Amt geführt, aber außerhalb dessen Budgetverantwortung liegen).

²⁵ Im Folgenden SEG.

Jahresabschluss 2015

Im Bereich der Vergabe und Beschaffung lagen die Ziele für das Jahr 2015 im Wesentlichen auf der Beobachtung und Analyse der von der Bundesregierung beabsichtigten Umsetzung des EU-Vergaberechts sowie in der Anwendung des mit Wirkung vom 01.03.2015 in Kraft getretenen Hessischen Vergabe- und Tariftrueugesetz.

Die Wirtschaftsförderung als zentrale Anlaufstelle bei der Stadtverwaltung für Unternehmen pflegt enge Kontakte zur Wiesbadener Wirtschaft (sog. Bestandspflege), begleitet die Neu- oder Umsiedlung von Unternehmen innerhalb des Stadtgebietes und organisiert Netzwerkveranstaltungen.

Bei der Beschäftigungsförderung werden Projekte zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser in den ersten Arbeitsmarkt initiiert und durchgeführt. Jugendliche erhalten Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf.

Für Existenzgründer und Start-ups gibt es durch das Amt für Wirtschaft und Liegenschaften initiierte und (teil-)finanzierte Angebote zur Beratung und Netzwerkarbeit.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-13.815	-12.757	-13.720
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	34.471	33.124	35.552
20 Verwaltungsergebnis	20.656	20.366	21.832
21 Finanzerträge	-5	0	-31
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38	6	11
23 Finanzergebnis	33	6	20
24 Ordentliches Ergebnis	20.689	20.373	21.812
25 Außerordentliche Erträge	-3.855	0	-7.382
26 Außerordentliche Aufwendungen	1.513	0	3.466
27 Außerordentliches Ergebnis	2.342	0	3.916
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	18.347	20.373	17.896
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-14.798	-15.827	-15.159
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	3.548	4.546	2.737

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Mehrerträge ergaben sich beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften durch Steigerungen bei den Verpachtungen sowie durch Erstattungen in Form von Eingliederungszuschüssen bei Beschäftigungsförderungsprojekten.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Beim Personal- und Organisationsamt verzögerten sich die Maßnahmen zur Umsetzung der Mitarbeitendenbefragung. Durch unvorhergesehene personelle Veränderungen, die zum Zeitpunkt der Haushaltsplanaufstellungen 2014/2015 nicht bekannt waren, sind Einsparungen bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen in Höhe von 331 Tsd. € festzustellen.

Gegenüber dem fortgeschriebenen Planwert ergibt sich eine Überschreitung in Höhe von 2.428 Tsd. €. Diese Überschreitung resultiert aus einer Plan- und Abrechnungsproblematik bei den Beschäftigungsprogrammen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften. Diese Programme erstrecken sich über mehrere Jahre, die Mittel für diese Programme werden jedoch in einem Haushaltsjahr geplant und die Restmittel der einzelnen Haushaltsjahre auf die

Jahresabschluss 2015

folgenden Haushaltsjahre übertragen. Durch diese Vorgehensweise kommt es zu Abweichungen der Plan/ Ist Zahlen in den einzelnen Haushaltsjahren.

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Durch die Veräußerung von Flächen bzw. Grundstücken konnten Erträge in Höhe von 7.382 Tsd. € erzielt werden. Dies führt insgesamt zu einem Außerordentlichen Ergebnis in Höhe von - 3.916 Tsd. €.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats III (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ²⁶	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015 ²⁷
I.03414	Investitionszuschuss Neubau RMCC ²⁸	22.127	7.928	14.199	0
Der Rückbau ist abgeschlossen, es begannen Erdarbeiten und Fundamentierung des Rohbaus.					
I.00129	11 Investive Beschaffungen	448	228	92	102
Beschaffung des P & I LOGA (Personalwirtschaftssystem) Moduls org.manager, ein Sepa-Konverter zur Umstellung der Bankkonten auf IBAN, Büromöbel.					
I.04253	Generalsanierung Schläferskopf	695	83	430	182
Generalsanierung Schläferskopf, Grundlegende Sanierung des Turmes im Zeitraum 04/2015 bis 12/2015; Restarbeiten bis 04/2016.					

²⁶ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die in SAP verfügbaren Mittel, evt. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

= Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

²⁷ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze im den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

²⁸ RheinMain CongressCenter.

Jahresabschluss 2015

2.6.4 Dezernat IV

Stadtplanungsamt (61), Bauaufsichtsamt (63), Hochbauamt (64), Tiefbau- und Vermessungsamt (66)

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder

Neben den klassischen Tätigkeiten im Hoch- und Tiefbau mit direktem Einfluss auf das Vermögen der LHW, erstrecken sich die Handlungsfelder vielfach auf Planungen und Rahmenseetzungen im Bauplanungs- und Bauordnungsbereich, die generell das Leben in der Gemeinde in vielfältiger Weise gestalten und beeinflussen.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2015

Hierzu gehörten im Geschäftsjahr:

- die Entwicklung von Wohnbauland,
- die Erstellung des Wisek (Wiesbadener integriertes Stadtentwicklungskonzept mit Flächennutzungs- und Verkehrsentwicklungsplan),
- die Durchführung von Bauleit- und Baugenehmigungsverfahren für große und bedeutende Vorhaben,
- die Gewährleistung wohnortnaher Versorgung in den Stadtteilen,
- die Implementierung der sozialen Bodenordnung,
- die Aufrechterhaltung der Mobilität und Gewährleistung der Verkehrssicherheit,
- Neubau, Sanierung, Bauunterhaltung, Wartung und Reinigung der städtischen Gebäude,
- die Entlastung des innerstädtischen Verkehrs,
- der Radverkehrsplan und das Radverkehrsforum,
- die Stärkung des Öffentlichen Personennahverkehrs,
- die Schaffung von Baurecht für den Neubau der Rhein-Main-Hallen,
- der Erwerb der Grundstücke und die Schaffung von Baurecht für den 4-spurigen Ausbau der Boelckestraße,
- die Einführung eines IT-Verfahrens für den Gebäudebetrieb (Auftragsvergabe/ CAFM²⁹),
- die Implementierung eines effizienten Energiemanagements und die Umsetzung erster Maßnahmen,
- die Fortführung des Entwicklungs- und Handlungskonzepts für den Stadtumbau Mainz-Kastel/Kostheim,
- die Bereitstellung von zusätzlichen Mitteln für die Gewährung der Verkehrssicherheit,
- die Einführung eines Straßeninformationssystems (STRIS),
- die Vorbereitung des Konzeptes für den Bau der zentralen Straßenmeisterei des Tiefbau- und Vermessungsamts.

²⁹ Computer Aided Facility Management.

Jahresabschluss 2015

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2015

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-11.713	-20.338	-14.594
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	69.789	69.983	67.148
20 Verwaltungsergebnis	53.076	49.646	52.554
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70	0	1
23 Finanzergebnis	70	0	1
24 Ordentliches Ergebnis	53.146	49.646	52.555
25 Außerordentliche Erträge	-661	-7	-496
26 Außerordentliche Aufwendungen	302	2	1.359
27 Außerordentliches Ergebnis	-359	-5	863
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	52.786	49.641	53.418
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-989	-2	-1.117
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	51.798	49.639	52.301

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Die Summe der ordentlichen Erträge liegt mit 5.744 Tsd. € unter dem fortgeschriebenen Plan.

Die Abweichung ergibt sich aus den folgenden Sachverhalten:

- 5.588 Tsd. € resultieren aus fehlenden Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten; hier ist der Planwert noch in den Produktbereich „allgemeine Finanzwirtschaft“ umzubuchen, da die Erträge diesem Produktbereich zuzuordnen sind (siehe Ziff. 2.6). Ab dem Haushaltsjahr 2016 sind die Planwerte dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zugeordnet.
- - 2.398 Tsd. € aus dem Planansatz für den Wertausgleich Umlegungsverfahren, der insgesamt budgetneutral (Erträge und Aufwand) veranschlagt wird (vgl. auch die Ausführungen zum ordentlichen Aufwand in diesem Dezernat).

Nach Bereinigung um diese Planansätze, denen keine tatsächlichen Erträge gegenüberstehen, verbleiben +2.184 Tsd. € Mehrerträge aus Baugenehmigungsgebühren insbesondere aus Gebühren für Sonderbauten.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Der ordentliche Aufwand liegt mit 2.835 Tsd. € unter dem fortgeschriebenen Plan. Die Abweichung ergibt sich im Wesentlichen aus einem um 2.314 Tsd. € geringeren Planansatz für den Wertausgleich Baulandumlegungsverfahren³⁰, der insgesamt budgetneutral (Erträge und Aufwand) veranschlagt wird (vgl. auch ordentlicher Aufwand).

³⁰ Im Folgenden BUM.

Jahresabschluss 2015

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats IV (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³¹	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015
I.00619	Straßenmeisterei der LHW - Investition	4.125	25	0	0
Errichtung einer zentralen Straßenmeisterei der LHW auf dem Grundstück Berliner Str. 112. Die Plausibilitätsprüfung ist beauftragt. Im Anschluss wird die Sitzungsvorlage in den Geschäftsgang gegeben.					
I.01488	KP ³² Äppelallee-Friedrich-Bergius-Straße - Investition	1.100	45	757	298
Umbau des Knotenpunktes Äppelallee/Friedrich-Bergius-Straße gemäß einer Verkehrsuntersuchung zur Strukturplanung Gewerbe Biebrich/Schierstein. Baubeginn war im April 2015. Die Inbetriebnahme erfolgte am 06.10.2015.					
I.01521	Söhnleinstraße Investition	1.566	867	667	33
Zur Sicherung des Wassergewinnungsgebietes Schierstein/Niederwalluf baut das Land Hessen (Abschnitt 1) die Söhnleinstraße (K 638 und K 648) auf einer Länge von insgesamt 1.660 m um. In diesem Zusammenhang wird auch der „INTRA-Knoten“ (Einmündung K 638 / K 648) zu einem Kreisverkehrsplatz umgestaltet und ein Geh- und Radweg zwischen Niederwalluf und Schierstein angelegt. Die vom Land Hessen durchzuführende Baumaßnahme endet unmittelbar an der Ortsdurchfahrtsgrenze. Zur Fortführung einer durchgehenden Radwegeverbindung von Walluf bis Schierstein wird deshalb ein kombinierter Geh- und Radweg von der Ortsdurchfahrtsgrenze bis zur Kleinaustraße ausgebaut (Abschnitt 2). Der 1. BA wurde im September 2014 abgeschlossen, der 2. BA im Dezember 2015.					
I.01845	Glarusstraße WI Investition	8.582	4.266	1.541	2.775
Die Stadt Wiesbaden beabsichtigt zur innerstädtischen Verkehrsentslastung des Stadtteils Biebrich die vorhandene Glarusstraße, die derzeit auf der Höhe der Straße „Am Rheinbahnhof“ endet, bis zur Breslauer Straße fortzuführen. Mit dem Bau der Glarusstraße entsteht eine wirkungsvolle Entlastung der Hauptverkehrsstraßen „Straße der Republik, Rathausstraße und Stettiner Straße“ in Biebrich. Weiterhin erhalten die Gewerbegebiete in Biebrich-Ost bzw. Amöneburg eine direkte Anbindung über den Amöneburger Kreisel an die A 671. Als Trennung zwischen der gewerblichen Nutzung und dem Wohnen entsteht ein breiter Grünzug auf den Flächen von InfraServ, der auch öffentlich nutzbar sein soll. Sowohl die Verfügbarkeit der Flächen von InfraServ, als auch die Herstellung des Grünzuges durch InfraServ sind gewährleistet. Diese Trennung wird wesentlich auch durch die Glarusstraße definiert. Die Umsetzung erfolgt in drei Bauabschnitten im Zusammenhang mit der Förderung durch das Land Hessen. Alle drei Bauabschnitte sind baulich abgeschlossen, der letzte im April 2016.					
I.01902	Goerdeler Straße - Bestand Investition	1.016	21	2	993
Umgestaltung der bestehenden Goerdeler Straße zwischen Graf-von-Galen-Straße und Anne-Frank-Straße in Wiesbaden-Klarenthal. Der erste Abschnitt – Kreisel und Bushaltestelle am Knotenpunkt Anne-Frank-Straße – wurde im April 2016 fertig gestellt. Der Baubeginn für den zweiten Abschnitt – Kreisel am Knotenpunkt Otto-Wels-Straße und mehrere Fußgängerüberwege zur Verbesserung der Fußgängersicherheit zwischen Otto-Wels-Straße und Graf-von-Galen-Straße – ist geplant für Spätsommer/Herbst 2016.					

³¹ = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

³² Knotenpunkt.

Jahresabschluss 2015

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³³	Ausgaben bis 2014	Istaussgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015
I.02296	Helenstraße Investition	917	7	0	910
Grundinstandsetzung der Helenenstraße im Ortsbezirk Wiesbaden Westend/Bleichstraße. Die Ausführung erfolgt zusammen mit Kanalarbeiten der Entsorgungsbetriebe der LHW ³⁴ . Baubeginn war im April 2016. Voraussichtlich wird die Maßnahme noch in 2016 abgeschlossen.					
I.02388	HWS Sonnenberg 2. BA Investition	2.727	1.611	1.116	0
Ausgehend von der Notwendigkeit der Verbesserung der Hochwassersituation in Sonnenberg bestand die einmalige Chance, neben der Lösung für die Gewässerentwicklung und den Hochwasserschutz auch eine seit langem erwünschte und notwendige Neugestaltung des zentralen Sonnenberger Platzes umzusetzen. Die Umgestaltung und Aufweitung des Hofgartenplatzes ist eine große Verbesserung der Stadtgestaltung, der Sicherheit und Aufenthaltsqualität in diesem Bereich. Es wird ein Platzbereich geschaffen, der durch das offen verlaufende Gerinne des Rambach geprägt wird. Die zurzeit ungeordnete Stellplatzsituation wird durch eine geordnete, gestaltete Stellplatzanlage ersetzt. Die Ausführung der Gesamtmaßnahme Hochwasserschutz Sonnenberg 2. BA begann Anfang 2014 und endete mit der Abnahme am 26.11.2015.					
I.00216 / I.03760	Straßenbeleuchtung, Energiesparlampen Investition		1.632	445	910
Die LH Wiesbaden betreibt insgesamt etwa 25.250 Leuchten im gesamten Stadtgebiet, davon sind noch 6.740 HQL-Leuchten (Quecksilberdampfleuchten). Der Austausch durch Natriumdampf – und LED-Leuchten (in Anwohnerstraßen) bedeutet eine Energieeinsparung von ca. 1.100.000 kWh, was einer monetären Einsparung von etwa 170.000 € pro Jahr entspricht. Die Emissionseinsparung beträgt ca. 720.000 kg/CO2 pro Jahr. Damit handelt es sich um eine hoch rentierliche Maßnahme, die den steigenden Energiekosten wirksam gegensteuert. Die Beauftragung erfolgt Zug um Zug entsprechend den Förderzusagen des ESWE Innovations- und Klimaschutzfonds. Ausstehend sind noch in Wiesbaden LOS 11 und AKK.					
I.03964	Mühlwiesenstraße Investition	1.013	19	751	242
Neubau der Mühlwiesenstraße zwischen den Knotenpunkten 55 und 56, einschließlich Gehweg. Baubeginn war April 2015. Bauende September 2015.					
I.03977	Susannastraße Investition	1.635	0	3	1.632
Verkehrsgerechter und tragfähiger Ausbau der L 3039 (Susannastraße) in Wiesbaden-Igstadt zwischen dem Ortseingang aus Richtung Bierstadt und der Einmündung Hinterbergstraße. Die Maßnahme wird vom Land Hessen gefördert. Nach Schaffung des Baurechts, voraussichtlich im September 2016, wird der Förderbescheid für Ende 2016 erwartet. Im März 2016 wurde die Plausibilitätsprüfung in Auftrag gegeben. Baubeginn wird in 2017 sein.					
I.04189	Ahornstraße Investition	520	0	66	454
Grundhafte Erneuerung der bestehenden Ahornstraße im Zusammenhang mit dem Restausbau der Ahornstraße zur Erschließung des Baugebietes „Östlich der Ahornstraße“. Die Maßnahme wurde im Dezember 2015 baulich fertig gestellt.					

³³ = Ausgaben bis 2014 + Istaussgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

³⁴ Im Folgenden ELW.

Jahresabschluss 2015

2.6.5 Dezernat V

Das Dezernat V umfasst das Amt für Zuwanderung und Integration (33), das Schulamt (40) und das Kulturamt (41).

Handlungsfelder / Ziele

Die wichtigsten Handlungsfelder des Dezernates gliedern sich wie folgt:

- Fortsetzung des Wiesbadener Weges im Bereich der Integration,
- Bewältigung der erhöhten Fallzahlen aus der Aufnahme von Flüchtlingen,
- Sicherstellung eines geordneten Schulbetriebes, d. h. ausreichende Energiekosten, ausreichende Mittel für Instandhaltung und Sicherheit der Schulen und ausreichende Personalausstattung in den Schulen und der Kernverwaltung,
- Ausbau der Schulkinderbetreuung inkl. Übernahme der Hortplätze vom Amt für Soziale Arbeit,
- Sanierung der Schulgebäude,
- Bereitstellung von ausreichendem Schulraum für die vorhandenen und die zukünftigen Bedarfe (neue Siedlungsgebiete, Zuzüge, Flüchtlinge etc.),
- Sicherstellung des kulturellen Angebotes und der kulturellen Vielfalt in Wiesbaden,
- Weiterentwicklung der Inklusion.

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2015

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-16.584	-20.004	-17.052
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	103.394	101.244	104.795
20 Verwaltungsergebnis	86.810	81.240	87.743
21 Finanzerträge	0	0	0
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	6
23 Finanzergebnis	0	0	6
24 Ordentliches Ergebnis	86.810	81.240	87.748
25 Außerordentliche Erträge	-4	0	-1.678
26 Außerordentliche Aufwendungen	418	0	175
27 Außerordentliches Ergebnis	413	0	-1.503
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	87.223	81.240	86.246
31 Ergebnis aus internen Leistungen	6.453	5.776	6.941
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	93.676	87.016	93.187

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Das Ergebnis 2015 bewegt sich auf dem Niveau von 2014, wobei die negative Abweichung in Höhe von - 2.952 Tsd. € durch das geänderte Verfahren zur Abrechnung der Sonderposten aus Investitionszuweisungen zu erklären ist. Ein großer Teil der Auflösungen wurde im Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht, der Planwert jedoch noch auf den Fachprodukten erfasst.

Jahresabschluss 2015

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Die Abweichungen ergeben sich wie folgt:

Betreffend des Schulamts durch

- die Abschreibungen mit einer Verringerung in Höhe von 452 Tsd. €,
- die Transferaufwendungen durch den Ausbau der Kinderbetreuung an den Grundschulen mit einem Zunahme in Höhe von 658 Tsd. €,
- den Mehraufwand für Energie und die Mieten für Container wegen erhöhter Schülerzahlen (+3.184 Tsd. €, Aufwendungen für bezogene Leistungen).

Abweichungen beim außerordentlichen Ergebnis

Die Abweichungen ergeben sich im Wesentlichen aus Grundstücksverkaufserträgen, die im Jahre 2015 realisiert werden konnten. Hierdurch konnte ein positives Ergebnis in Höhe von 1.503 Tsd. € erzielt werden.

Insgesamt liegt das ordentliche Ergebnis um 6.503 Tsd. € über dem fortgeschriebenen Planwert.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats V (in Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³⁵	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015
I.03440	Fliedner-Schule Ausbau Vollgymnasium	15.432	883	42	5.331
<i>Ausführungsvorlage im Oktober 2015, geplanter Baubeginn 06/2016, geplante Fertigstellung 10/2018.</i>					
I.04031	Blücherschule Erweiterung	5.114	233	1.762	3.119
<i>Teilfertigstellung 11/2015, Abschluss der Maßnahme in 2016.</i>					
I.04144	Adalbert-Stifter-Schule Erweiterung	3.258	412	2.480	367
<i>Nutzung seit Schuljahresbeginn 2015/16.</i>					
I.04226	Brückenschule Sanierung	4.290	598	3.407	284
<i>Nutzung seit Schuljahresbeginn 2015/16.</i>					

³⁵ = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

Jahresabschluss 2015

2.6.6 Dezernat VI

Kämmerei (20), Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz (39), Gesundheitsamt (53)

Handlungsfelder

Die **Kämmerei** ist Dienstleister für Entscheider in Gremien, Ämtern und Beteiligungen bei der Erfüllung der Aufgaben im kommunalen Unternehmensverbund „LH Wiesbaden“. Zu den Schwerpunkten der Kämmerei zählen die Aufstellung des städtischen Haushalts, sowie des Jahres- und Gesamtabschlusses. Darüber hinaus fallen das zentrale Finanzcontrolling und das Teilnehmendenmanagement in die Zuständigkeit der Kämmerei. Daneben sind das IT-Management und der Betrieb des SAP-Kompetenzzentrums als Fachabteilung für Informationsmanagement und IT-Service (SAP) mit den Projekten E-Akte und WinKoSi/PIWi angegliedert.

Neben der Lebensmittelüberwachung und Verbraucherschutz, der Tierseuchen- und Fleischhygiene gehört auch der Tierschutz in den Zuständigkeitsbereich des **Amtes für Veterinärwesen und Verbraucherschutz**.

Das **Gesundheitsamt** nimmt die Aufgaben nach dem hessischen Gesetz über den Gesundheitsdienst in der Verhütung und Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, der Prävention und Gesundheitsförderung insbesondere im schulärztlichen Bereich der hygienischen Überwachung von Einrichtungen und der Überwachung der Hausanschlüsse und Aufbereitungsanlagen für Warmwasser nach der Trinkwasserverordnung wahr und führt eine Reihe öffentlichkeitswirksamer Veranstaltungen durch, wie u. a. die Hess. Gesundheitstage, Patiententage Wiesbaden und die Reihe „Verständliche Medizin“ im Rathaus.

Welche Ziele verfolgte das Dezernat im Jahr 2015?

Im Haushaltsjahr 2015 standen die Haushaltsberatungen 2016/2017 im Mittelpunkt. Die Herausforderung bestand darin, unter der angespannten Finanzlage, einen ausgeglichenen und genehmigungsfähigen Haushaltsplanentwurf für 2016/2017 zu erstellen.

Inwieweit wurden diese Ziele erreicht?

Die Stadtverordnetenversammlung verabschiedete am 17.12.2015 die Haushaltssatzung 2016/2017 und übermittelte diese der Aufsichtsbehörde.

Jahresabschluss 2015

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2015

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-19.034	-17.954	-18.575
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	29.890	28.059	29.072
20 Verwaltungsergebnis	10.857	10.105	10.497
21 Finanzerträge	-3.702	-3.355	-3.941
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	2
23 Finanzergebnis	-3.701	-3.355	-3.939
24 Ordentliches Ergebnis	7.156	6.750	6.558
25 Außerordentliche Erträge	-127	0	-39
26 Außerordentliche Aufwendungen	4.880	0	3.712
27 Außerordentliches Ergebnis	4.754	0	3.673
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	11.909	6.750	10.231
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-3.838	-761	-1.477
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	8.071	5.989	8.754

Ordentlicher Aufwand

Durch Zuschüsse im Rahmen des Ball des Sports, TriWiCon und Mattiaqua ergaben sich Abweichungen von 1.013 Tsd. €, diese konnten jedoch im Rahmen der Überleitungen kompensiert werden.

Finanzergebnis

Die Abweichung beim Finanzergebnis lässt sich auf die Finanzerträge in Bezug auf Beteiligungen und Nachlässe zurückführen.

Außerordentliches Ergebnis

Die Abweichung des außerordentlichen Ergebnisses ist begründet durch die höheren außerordentlichen Erträge in 2015, sowie die Höhe der außerordentlichen Aufwendungen in 2015, durch die Abschreibungen auf den Firmenwert der Eigenbetriebe Mattiaqua und TriWiCon im Rahmen der Phasengleichen Abwertung.

Jahresabschluss 2015

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats VI (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³⁶	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015 ³⁷
I.03333	20 IT-M Produktivgang eAkten	3.810	2.043	643	233
Diese Restmittel sind insbesondere notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen auf Basis der getroffenen Beschlüsse der politischen Gremien zum Ausbau der eAkten fortzusetzen bzw. umzusetzen, sowie bestehende vertragliche Verpflichtungen erfüllen zu können.					
I.03935	20 PIWi investive Beschaffungen	450	240	50	160
WinKoSi/PIWi werden derzeit u. a. auf ein aktuelles technisches Niveau gehoben. Die Restmittel sind insbesondere notwendig, um die beschlossenen Maßnahmen auf Basis der getroffenen Beschlüsse der politischen Gremien zum Ausbau des Ratsinformationssystems umzusetzen, sowie bestehende vertragliche Verpflichtungen erfüllen zu können.					
I.03403	20 ITM Ausstattung Technikräume	304	0	0	304
Die verbliebenen Mittel werden nicht für investive Telekommunikationsstrukturen benötigt und sollen auf das Projekt I.03935 WinKoSi/PIWi umgewidmet werden.					
I.03217	20 Instandhaltung Technikräume	400	134	98	69
Die Sanierung von zentralen Technikräumen wurde in 2015 mit 2 weiteren Technikräumen fortgeführt. Die Restmittel werden für das Projekt benötigt und ab 2016 sukzessive abgebaut.					

³⁶ Die Darstellung der Gesamtmaßnahme bezieht sich auf die lt. Budget verfügbaren Mittel, evtl. weitergehende Beschlussfassungen bleiben hier unberücksichtigt.

= Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

³⁷ Die Angabe bezieht sich ausschließlich auf die Restmittel 2014. Ansätze in den Folgejahren sind nicht berücksichtigt.

Jahresabschluss 2015

2.6.7 Dezernat VII

Kassen- und Steueramt (21), Ordnungsamt (31), Bürgeramt (34), Grünflächenamt (67)

Umorganisationen im Jahr 2015

Das Forderungsmanagement wurde von der Kämmerei zum Kassen- und Steueramt verlagert.

Beschreibung der bedeutenden Handlungsfelder in 2015

Kassen- und Steueramt

Zu den wichtigsten Vorhaben des Jahresarbeitsprogramms mit Bezug auf den Jahresabschluss zählten:

- Die Begleitung der Betriebsprüfung der LHW.

Die Folgenden Projekte wurden in Hinblick auf die Jahre 2016 ff. durchgeführt:

- Die Einführung der Zweitwohnungsteuer,
- Die Umsetzung der Steuererhöhungen bei der Gewerbesteuer, der Grundsteuer und der Hundesteuer, die sich aus dem Beschluss der Haushaltssatzung 2016/2017 ergeben.

Ordnungsamt

- Neben den vielfältigen Aufgaben des Ordnungsamtes wurden insbesondere im Jahr 2015 durch die Verwarn- und Bußgeldstelle folgende Ordnungswidrigkeitsverfahren bearbeitet:
 - ruhender Verkehr: 220.795 Fälle,
 - fließender Verkehr: 118.756 Fälle,
 - übrige Rechtsgebiete: 2.437 Fälle.
- Um die diversen Veranstaltungen im Kurpark sicher durchführen zu können, wurde in den letzten Jahren ein Sicherheitskonzept erarbeitet, aufgrund dessen alle Veranstaltungen des Jahres 2015 im Kurpark ohne Zwischenfälle abliefen.

Bürgeramt

- Die Vorbereitungen für das E-Government wurden erledigt. Dies dient als erste Grundlage zur optimierten Nacherfassung (Urkundendigitalisierung) papierloser Geburtenanzeigen sowie digitaler Urkundenversand über elektr. Gerichts- und Verwaltungspostfach (eGVP).

Grünflächenamt

- In der Abteilung Grünflächen und Friedhofswesen lag der Handlungsschwerpunkt in 2015 unter anderem auf der Erneuerung der Lesselallee, in der insgesamt 72 neue Bäume gepflanzt wurden.
- Die Begleitung des Baus der Mountainbikestrecke am Schläferskopf band ebenfalls erhebliche Arbeitskapazitäten.
- Einen Schwerpunkt der Projekte der Fasanerie bildeten der Bau der Greifvogelvolieren (1. BA) und die Fuchs-Dachs-Anlage.

Jahresabschluss 2015

Plan-Ist-Abweichungsanalyse 2015

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014	Fortgeschriebener Plan 2015	Ergebnis 2015
10 Summe der ordentlichen Erträge	-25.393	-22.569	-24.540
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.040	61.458	64.633
20 Verwaltungsergebnis	37.647	38.890	40.093
21 Finanzerträge	-2.310	-3.343	-2.450
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1
23 Finanzergebnis	-2.310	-3.343	-2.449
24 Ordentliches Ergebnis	35.337	35.547	37.644
25 Außerordentliche Erträge	-143	-17	-1.583
26 Außerordentliche Aufwendungen	114	2	1.654
27 Außerordentliches Ergebnis	-30	-14	71
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	35.307	35.533	37.715
31 Ergebnis aus internen Leistungen	-2.639	-2.724	-2.021
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	32.668	32.809	35.694

Abweichungen beim ordentlichen Ertrag

Im Bereich der ordentlichen Erträge konnten Mehrerträge in Höhe von 2.031 Tsd. € erwirtschaftet werden. Diese resultieren aus öffentlich rechtlichen Leistungsentgelten des Bürgeramts in Höhe von 1.068 Tsd. €. Beim Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten konnten im Bereich der Privatrechtlichen Leistungsentgelte Mehrerträge in Höhe von 295 Tsd. € und im Bereich der Öffentlich Rechtlichen Leistungsentgelte in Höhe von 351 Tsd. € erzielt werden. 320 Tsd. € Mehrerträge konnten beim Kassen- und Steueramt durch Auflösung von Wertberichtigungen/Niederschlagungen erwirtschaftet werden. Diesen Mehrerträgen stehen jedoch Aufwendung in gleicher Höhe gegenüber.

Abweichungen beim ordentlichen Aufwand

Der Ordentliche Aufwand wurde um 3.175 Tsd. € gegenüber dem fortgeschriebenen Plan überschritten. Hierunter fallen u. a. Mehraufwendungen im Amt für Grünflächen Landwirtschaft und Forsten bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 635 Tsd. €, auf die Grünpflege entfallen hiervon 324 Tsd. €. Beim Kassen- und Steueramt sind um 380 Tsd. € höhere Abschreibungen auf Forderungen angefallen als geplant. Ebenfalls höhere Abschreibungen auf Forderungen wurden in Höhe von 144 Tsd. € beim Bürgeramt verzeichnet.

Für den Stadtanteil an der Straßenreinigung sind Mehraufwendungen in Höhe von 1.170 Tsd. € angefallen. Dadurch kam es zu einem Defizit in Höhe von 1.000 Tsd. € zwischen Mehrerträgen und Mehraufwendungen. Grund hierfür ist eine Vorauszahlung der Spitzabrechnung der Straßenreinigungskosten für das Jahr 2015, die bereits zu Lasten des Haushaltsjahres 2015 anfielen. In den vergangenen Jahren erfolgte die Spitzabrechnung der Stadtanteile erst zu Lasten des nachfolgenden Haushaltsjahres. Dies führte zu einer Doppelbelastung im Haushaltsjahr 2015.

Abweichungen beim Finanzergebnis

Im Finanzergebnis wurden 900 Tsd. € weniger Erträge durch fehlende Zinserträge beim Kassen- und Steueramt verzeichnet.

Wichtige Investitions- und Instandhaltungsmaßnahmen des Dezernats VII (Tsd. €)

Projekt	Projektbezeichnung	Gesamtkosten der Maßnahme ³⁸	Ausgaben bis 2014	Istausgaben 2015	Noch verfügbar / Rest 2015
I.03264	67 Neukonzeption Kulturpark	1.892	381	780	681
Die Umsetzung der Maßnahme ist in vollem Gange und kann hoffentlich fristgerecht abgeschlossen werden.					
I.03472	67 G Quartiersplatz Platz dt. Einheit	1.500	246	1.113	141
Die Maßnahme konnte in 2015 erfolgreich umgesetzt und beendet werden.					

³⁸ = Ausgaben bis 2014 + Istausgaben 2015 + Noch verfügbar / Rest 2015 + Haushaltsansatz 2016 (gem. Satzung).

Jahresabschluss 2015

2.6.8 Allgemeine Finanzwirtschaft

Die im Bereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ ausgewiesenen Mittel werden außerhalb der Dezernatsbudgets zentral durch die Kämmerei als fiktives Dezernat bewirtschaftet. In diesem Bereich werden hauptsächlich die allgemeinen Deckungsmittel wie Steuern und Zuweisungen sowie Zinserträge und -aufwendungen für die gesamte LHW verwaltet.

Position / Bezeichnung Beträge in Tsd. €	Ergebnis 2014 EUR	Fortgeschriebener Plan 2015 EUR	Ergebnis 2015 EUR
10 Summe der ordentlichen Erträge	-667.271	-667.647	-712.638
19 Summe der ordentlichen Aufwendungen	148.461	168.081	146.360
20 Verwaltungsergebnis	-518.810	-499.566	-566.277
21 Finanzerträge	-31.885	-41.221	-35.433
22 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.113	21.965	18.773
23 Finanzergebnis	-10.773	-19.256	-16.660
24 Ordentliches Ergebnis	-529.582	-518.822	-582.937
25 Außerordentliche Erträge	0	0	-19
26 Außerordentliche Aufwendungen	0	0	406
27 Außerordentliches Ergebnis	0	0	387
28 Jahresergebnis vor dir. Leistungsverrechnung	-529.582	-518.822	-582.550
31 Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0
32 Jahresergebnis nach dir. Leistungsverrechnung	-529.582	-518.822	-582.550

Insgesamt wurde der fortgeschriebene Planwert im ordentlichen Ergebnis um 64.115 Tsd. € überschritten.

Höhere ordentliche Erträge (+ 44.991 Tsd. €) begründen sich mehrheitlich durch gestiegene Steuererträge (+ 28.086 Tsd. €, davon + 24.529 Tsd. € bei der Gewerbesteuer) sowie höheren Schlüsselzuweisungen (+ 7.026 Tsd. €) und sonstige betriebliche Erträge (+ 6.416 Tsd. €, davon Auflösung von Rückstellungen + 1.910 Tsd. €, Auflösung von Wertberichtigungen 4.017 Tsd. €).

Geringere ordentliche Aufwendungen (- 21.721 Tsd. €) sorgten ebenfalls für die Verbesserung des Teilergebnisses gegenüber dem fortgeschriebenen Plan. Die Zuführung zur Pensionsrückstellung sank gegenüber dem Planwert um 15.489 Tsd. €. Der Grund dafür liegt hauptsächlich in der „Nullrunde“ für die Beamten. Die Abschreibungen auf Forderungen lagen über dem Plan-Wert (+ 8.373 Tsd. €), entsprechen allerdings dem Vorjahreswert (Ist). Bei der Position „Zuweisungen, Zuschüsse, besondere Finanzaufwendungen“ sind Abweichungen in Höhe von 8.300 Tsd. € festzustellen. Die Ursache liegt in den darin enthaltenen zentralen Planpositionen. Gemäß Ziffer 3 der Hinweise zu § 38 der GemHVO sind die Auflösungen der Sonderposten, deren Zuschusszweck ausschließlich dazu bestimmt war, die Auszahlungen zu decken, die von der Gemeinde selbst zu tragen sind, dem Produktbereich „Allgemeine Finanzwirtschaft“ zuzuordnen. Dementsprechend wird ab dem Jahresabschluss 2012 verfahren. Da diese Vorschrift zum Zeitpunkt der Planung nicht berücksichtigt werden konnte, wurde die Planung dieses Postens in den Fachbereichen vorgenommen. Ab dem Haushaltsjahr 2016 findet dieser Aspekt auch Eingang in die Planung.

Jahresabschluss 2015

2.7 Entwicklung der Finanzlage

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.020	41.118	25.548
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-96.746	-34.498	-37.179
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	40.058	6.176	-11.750
Überschuss / Bedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0	0	5.000
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf d. Haushaltsjahres	-33.668	12.796	-18.380
Zahlungsmittelbestand am Anfang des Haushaltsjahres	175.858	21.010	142.190
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	142.190	33.806	123.810

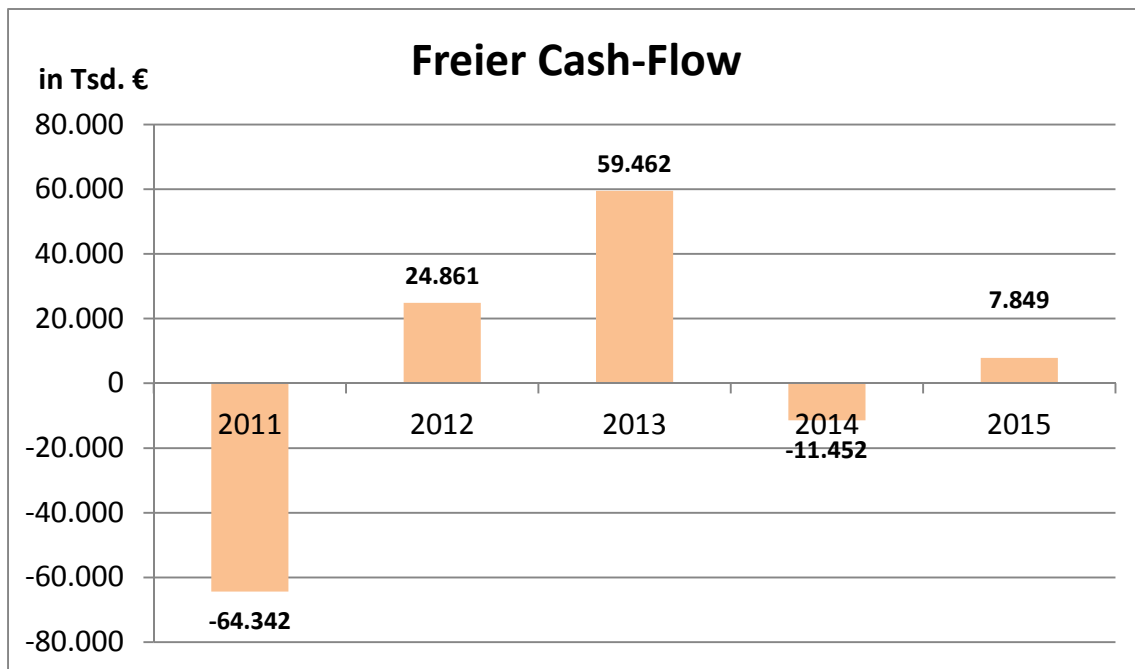
Ausführungen hierzu sind dem Kapitel 3.4 Erläuterungen zur Finanzrechnung zu entnehmen.

Die Finanzierungsfähigkeit und -tätigkeit, in der Abhängigkeit von Steuern und Zuweisungen, wird durch die folgenden Kennzahlen anschaulich:

Jahresabschluss 2015

Selbstfinanzierungsgrad / Freier Cash-Flow³⁹

Die Kennzahl zeigt die Finanzierungskraft aus dem Zahlungsmittelfluss aus allgemeiner Verwaltungstätigkeit, die nach Abzug der ordentlichen Tilgung, bereinigt um die Tilgung aus Umschuldungen und die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms zur Innenfinanzierung zur Verfügung steht.

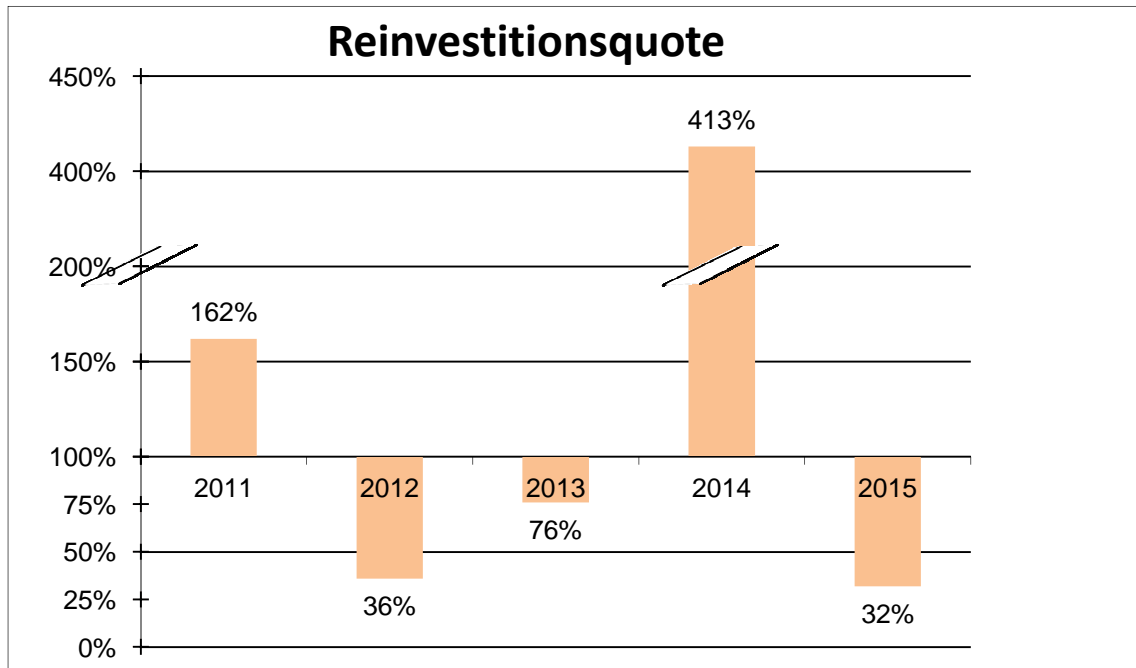


Aufgrund des Zahlungsmittelbestandes konnten auch in Jahren mit negativer Kennzahl Investitionen aus der Liquidität getätigt werden. Durch die hohen Steuererträge entstanden in den Jahren 2012 und 2013 positive Werte. Im Haushaltsjahr 2014 setzte sich der Trend leider nicht fort. Dagegen konnte im laufenden Haushalt eine Verbesserung erzielt werden. Nach wie vor verfügte die LH Wiesbaden zum Stichtag 31.12.2015 noch über einen hinreichenden Liquiditätsbestand von 123.810 Tsd. €.

³⁹ Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit - ordentliche Tilgung (=Tilgung-Tilgung aus Umschuldung) + Korrektur für die Tilgung der Landesanteile des Sonderkonjunkturprogramms.

Jahresabschluss 2015

Reinvestitionsquote



Eine Reinvestitionsquote unter 100 % bedeutet, dass die Nettoinvestitionen auf Sachanlagen unter den entsprechenden Abschreibungen liegen. Verfestigt sich hierin ein Trend, ist ein schleichender Vermögensverzehr die Folge. Im Jahr 2015 liegt der Wert bei 32 % der Abschreibungen auf Sachanlagen. Über die vergangenen fünf Jahre betrachtet, liegt der Mittelwert bei 144 %. Dies ist jedoch zwei Sondereffekten geschuldet. Zum einen wirkt im Jahr 2011 noch das Sonderkonjunkturprogramm auf die Kennzahl. Zum anderen wurde im Jahr 2014 die kombinierte Sporthalle mit Geschäftshaus am Platz der Deutschen Einheit in Betrieb genommen. Tendenziell, d.h. ohne die Beachtung der Sondereffekte liegen die Investitionen in Sachanlagen unter dem Wert der Abschreibungen.

Jahresabschluss 2015

Neben dem Sonderkonjunkturprogramm mit Effekten auf die Jahre 2010 und 2011, sind jedoch auch die folgenden größeren Anlagenabgänge mit ihren Auswirkungen in den Jahren 2011 bis 2015 zu beachten.

Jahr	Beträge in Tsd. €	Vorgang (Abgänge)
2011	4.252	Grundstücke Mainzer Str. 87, Bierstadt, Delkenheim, Biebrich
2012	2.536	Grundstücke Berta-Kramer-Ring, Murnaustraße, Kastel, Hasengartenstraße 8-10
2013	3.752	Walkmühle
	808	Grundstück Mainzer Straße 97
	702	Teilfläche Adalbert Stifter Schule
	722	Grundstück Dotzheim an HSK-Pflege
2014	739	Grundstück der Integrativen KT der IFB ⁴⁰ Welfenstraße 5b
	457	Flächen zum Bau einer Moschee
	224	Flächen zum Bau einer privaten KT
	634	verschiedene Baugrundstücke
	323	Grundstück Welfenstraße 5
2015	1.343	Teilfläche der Comeniuschule
	854	Grundstück Schwalbacher 10 Umbau/Neubau Geschäftshaus
	2.607	Flurstücke Hainerberg/Verkauf des Straßennetzes in der US-Siedlung Hainerberg

⁴⁰ Inklusion durch Förderung und Betreuung e.V.

Jahresabschluss 2015

2.8 Entwicklung der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Entwicklung der Schulden gemäß der amtlichen Schuldenstatistik:

in Tsd. €	2012	2013	2014	2015
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen⁴¹ gem. Schuldenstatistik	357.172	347.788*	386.315	373.047
Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gem. Vermögensrechnung	358.608	347.193	386.046	378.117
davon Sonderkonjunkturprogramm	52.984	51.043	49.101	47.159
davon Tagesgeld	0	0	0	5.000
Schuldendienst gesamt	108.141	30.595	49.588	44.030
davon Zinsen ⁴²	14.169	13.388	13.585	13.676
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>2.050</i>	<i>1.971</i>	<i>1.899</i>	<i>1.826</i>
<i>davon Zinsen Tagesgeld</i>	<i>37</i>	<i>2</i>	<i>12</i>	<i>22</i>
davon Tilgung	93.972	17.207	36.003	30.354
<i>davon Sonderkonjunkturprogramm</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>	<i>1.942</i>

Die Schulden (im Sinne der Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen) des Jahres 2015 enthalten auch den Bestand an Schulden für das Sonderkonjunkturprogramm. Gemäß Hessischer Vorgaben sind diese Schulden trotz fremder Tilgungsanteile (Landesprogramm 83,33 %, Bundesprogramm 87,5 %) vollständig bei den Kommunen zu bilanzieren. Im Ergebnis führt dies zu einer Verschlankung der Schuldenstatistiken bei Land und Bund zu Lasten der kommunalen Schuldenstatistik. Als Gegenposition findet sich der Tilgungsanteil des Landes in entsprechender Höhe im Forderungsbestand.

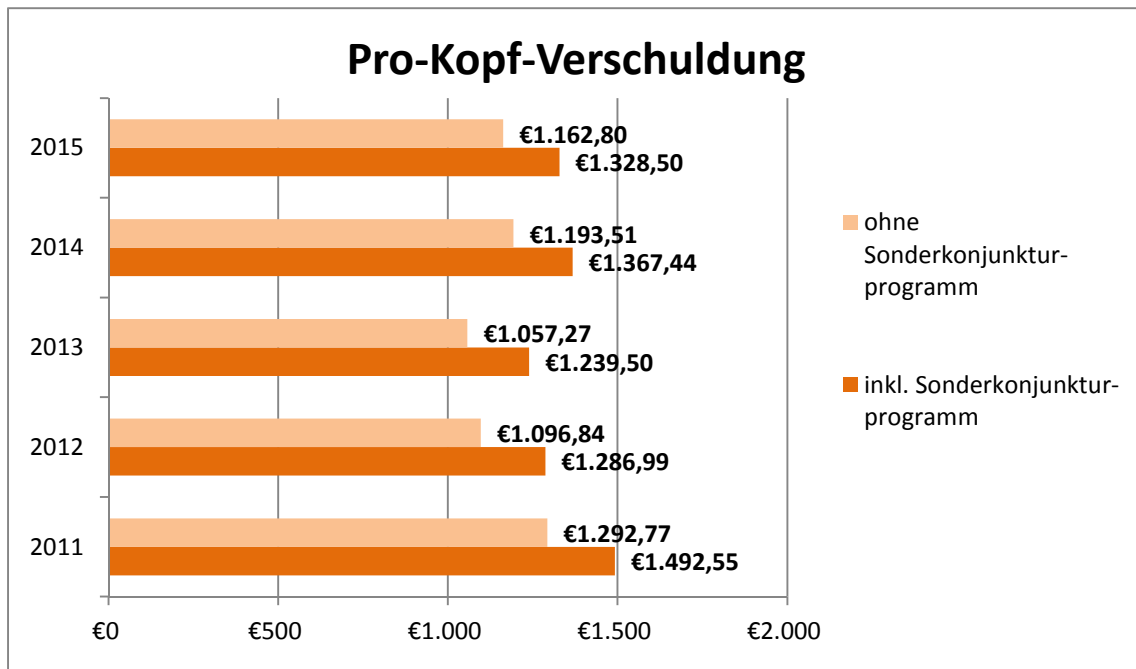
Die Tilgung in 2012 (93.971 Tsd. €) setzt sich zusammen aus der Rückführung von Tagesgeldern in Höhe von 42.000 Tsd. € aus dem Jahr 2011, sowie aus der Umschuldung von Krediten (mit neutraler Wirkung i. H. v. 34.435 Tsd. €) und planmäßiger Tilgung i. H. v. 17.536 Tsd. €. Die Tilgung 2014 enthält Umschuldungen i. H. v. 17.669 Tsd. € und die Tilgung 2015 i. H. v. 11.156 Tsd. €.

Insgesamt verringerte sich die Summe der Kreditverbindlichkeiten im Vergleich zu 2014 um 7.929 Tsd. €.

⁴¹ Die Darstellung enthält gegenüber dem an das Land Hessen gemeldeten Schuldenstand jeweils die Verbindlichkeiten aus Anspar- und Sonderbeiträgen für Landesdarlehen des Investitionsfonds B und Tagesgeld (falls aufgenommen), allerdings ab 2013 keine Landesanteile Altlasten.

⁴² Die genannten Zinswerte sind der jeweiligen Ergebnisrechnung (d.h. inklusive Abgrenzung) entnommen.

Jahresabschluss 2015



Die Kennzahl drückt die Schulden durch Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen je Einwohner aus. Auffallend ist der höhere Wert im Jahr 2011, der aus dem Sonderkonjunkturprogramm und von der Aufnahme von Tagesgeldern über den Jahreswechsel (ca. 42.000 Tsd. €) herrührt. Der gesunkene Wert in 2012 erklärt sich aus der Tilgung von Schulden. Durch die Aufnahme eines Kredites in Höhe von 50.000 Tsd. € für das Projekt „Platz der deutschen Einheit“ (Sporthalle und Gewerbekomplex) stieg die Kennzahl im Jahr 2014 wieder an. Im Jahr 2015 konnte die Verschuldung aufgrund von Tilgungen wieder leicht zurückgeführt werden.

2.9 Chancen

1. Demographische Entwicklung

Die LHW zählt nach neueren Analysen⁴³ zu den Wanderungsgewinnern bis 2030. Da die Bevölkerungszahl zu den Verteilungsfaktoren des kommunalen Finanzausgleichs zählt, garantiert dies weiterhin die stetige Teilhabe an den Mitteln zur Kommunalfinanzierung. Während andere Kommunen vor der Frage des Rückbaus von Wohngebäuden und Infrastruktur stehen, zeigt die Prognose für die LHW die Chance auf, eine stetige wirtschaftlich positive Entwicklung als leistungsstarke Kommune zu nehmen.

2. Neubau des RheinMain CongressCenters

Durch den Neubau des RheinMain CongressCenters (geplante Inbetriebnahme Anfang 2018) erhält die LHW wieder einen konkurrenzfähigen Messebau an der alten Stelle. Einerseits bieten sich bei guter Auslastung Chancen für die Entwicklung der Gewerbesteuer durch die Umsätze, welche die Messebesucher in Wiesbaden tätigen. Andererseits kann eine positive Geschäfts- zu einer ebenfalls guten Ergebnisentwicklung und damit zu geringeren Betriebskostenzuschüssen führen.

3. Niedriges Zinsniveau

Das weiterhin niedrige Zinsniveau bewirkt eine beträchtliche Haushaltsentlastung, wobei die Liquiditätswirkung mit dazu beiträgt, dass die LHW lediglich zum Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen Tagesgeld / Kassenkredite aufnimmt. Die LHW sichert das Zinsniveau über Forward-Kredite.

4. Investitionen in Wohnungsbau

Durch die Anziehungskraft des Rhein-Main-Gebietes als Ballungsraum und der hohen Attraktivität Wiesbadens als Wohn- und Arbeitsort besteht ein hoher Bedarf an Wohnraum. Die LHW und ihre Wohnungsbaugesellschaften arbeiten derzeit an einem ambitionierten Wohnungsbauprogramm, damit Wohnen in Wiesbaden auch in Zukunft für breite Bevölkerungsschichten attraktiv und bezahlbar bleibt und sichern somit die Zukunftsfähigkeit Wiesbadens in diesem Sektor. Die LHW unterstützt ihre Wohnungsbauunternehmen hierbei mit zinsgünstigen Darlehen und Zuschüssen.

⁴³ Wiesbadener Stadtanalysen Nr. 47, Wiesbaden, 2012.

Jahresabschluss 2015

2.10 Risiken

Aus der kommunalen Aufgabenwahrnehmung der Stadt erwachsen naturgemäß eine Reihe von Risiken. Als Risikobereiche sind insbesondere zu nennen:

1. Steuerentwicklung

Die ordentlichen Erträge belaufen sich im Jahr 2015 auf 1.071.676 Tsd. €. Auf die Position „Steuern und ähnliche Erträge“ entfallen 547.723 Tsd. €. Darin enthalten sind 443.294 Tsd. € aus den Steuerarten Gewerbesteuer und Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (402.035 Tsd. €, bereinigt um die Gewerbesteuerumlage in Höhe von 41.259 Tsd. €). Demnach ist das Ertragsaufkommen der LHW wesentlich von der Entwicklung dieser beiden Steuerarten abhängig. Das Risiko der Stadt besteht insbesondere darin, dass diese beiden Steuerarten stark von der allgemeinen wirtschaftlichen Lage und dem Konjunkturverlauf, bzw. dem Erfolg einzelner großer Unternehmen bestimmt werden.

2. Bundes- und Landesgesetzgebung

Finanzielle Risiken können durch die Verlagerung von Aufgaben von Bund und Ländern an die Kommunen erwachsen, aber auch durch Leistungsgesetze, deren Finanzierung zu großen Teilen den Kommunen obliegt. Als Beispiel ist der Ausbau der Kinderbetreuung zu nennen, der ab der Endausbaustufe 2017 zusätzliche Ergebnisbelastungen in Höhe von ca. 70.000 Tsd. € (Basisjahr 2010) auf ca. 118.000 Tsd. € (prognostiziert) steigern, die durch Steuern, Gebühren oder Einsparungen an anderer Stelle zu erwirtschaften sind.

Zusätzliche Risiken erwachsen auch aus den Jahressteuergesetzen, die regelmäßig Auswirkungen auf die Gewerbesteuer und den Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer haben.

Darüber hinaus ergeben sich Risiken durch die höchstrichterliche Rechtsprechung zur Umsatzsteuer (EuGH⁴⁴ und BFH⁴⁵), welche die Umsatzsteuerpflicht der öffentlichen Hand erheblich ausweitet. Die Auswirkungen auf die LHW sind derzeit noch nicht absehbar.

Die LHW wirkt diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

3. Anstieg der Fallzahlen im Bereich Flüchtlinge und Asyl

Die Zahl der betreuten Flüchtlinge und Asylbewerber stieg in 2015 deutlich an. Hierdurch entstehen Risiken für den Haushalt in Bereichen Zuwanderung und Integration, sowie Grundsicherung und Flüchtlinge durch steigende Kosten für das Personal und die Leistungen an Hilfeempfänger. Das Risiko besteht vor allem in einer nur teilweisen Erstattung der Kosten durch den Bund und das Land, insbesondere die Integrationskosten betreffend. Auch in diesem Fall wirkt die LHW diesen Risiken über ihre aktive Mitgliedschaft in kommunalen Spitzenverbänden, die Teilnahme an Anhörungen zu Gesetzesvorhaben und durch direkten Kontakt zu staatlichen Stellen entgegen.

⁴⁴Im Folgenden Europäischer Gerichtshof.

⁴⁵Im Folgenden Bundesfinanzhof.

Jahresabschluss 2015

4. Beteiligungen

Im Rahmen des Beteiligungscontrollings überwacht das Beteiligungsmanagement die unternehmerische Planung der Gesellschaften. Darüber hinaus stellt das Beteiligungsmanagement sicher, dass die vorgegebenen Kontrollmechanismen beachtet werden. Es koordiniert den Informationsaustausch mit den Unternehmen und ggf. den Fachdezernaten. Das Beteiligungscontrolling dient insbesondere dazu, Budgetabweichungen frühzeitig, u. a. mittels der Quartalsberichterstattung wesentlicher städtischer Gesellschaften, festzustellen und an den Magistrat sowie an die Gremien zu berichten. Im Bedarfsfall werden gleichzeitig Gegensteuerungsmaßnahmen bei den Geschäftsführungen und Betriebsleitungen eingefordert. Steuerungsrelevante Informationen über Einzelgesellschaften und Unternehmensbereiche werden von dem Beteiligungsmanagement als Teil des Finanzdezernats generiert. Ziel der Systematisierung ist es, zeitnah zuverlässige Aussagen über die wirtschaftliche Entwicklung und die Risiken der einzelnen Gesellschaften, der Unternehmensbereiche sowie letztendlich des städtischen Beteiligungsportfolios treffen zu können.

Das Beteiligungsmanagement prüft ferner die Jahresabschlüsse der Beteiligungsgesellschaften mit Blick auf den Fragenkatalog zur Prüfung nach § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz⁴⁶ (nach dem Institut der Wirtschaftsprüfer⁴⁷ PS 720). Zu beachten ist dort vor allem der Fragenkreis 4 „Risikofrüherkennungssystem“. Bei keiner Mehrheitsgesellschaft der LHW sind im Jahr 2015 Beanstandungen zu diesem Fragenkreis festzustellen. Die Geschäftsführungen der städtischen Gesellschaften haben in ihren Gesellschaften Maßnahmen ergriffen und Frühwarnsignale definiert, mit denen bestandsgefährdende Risiken rechtzeitig erkannt werden können.

Das Prüfungsfeld im Rahmen der Jahresabschlussprüfung der städtischen Gesellschaften wurde um das EU-Beihilfenrecht erweitert. Die IDW Richtlinie beinhaltet auch das in Kraft getretene Legislativpaket der EU-Kommission (Almunia-Paket). Das Paket verschärft die Definition der Daseinsvorsorge und beeinflusst den neuen Prüfungsstandard des Abschlussprüfers. Dieser beinhaltet die Überprüfung beihilfenrechtlicher Sachverhalte nach Artikel 107 Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union⁴⁸ insb. zugunsten öffentlicher Unternehmen (IDW EPS 700). Das Beteiligungsmanagement hat sich des Sachverhalts angenommen und ein Projekt zur Verifizierung des Beihilfetatbestandes in den städtischen Beteiligungen initiiert.

Für **Kapitalgesellschaften**, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LHW befindet, hält die LHW Ausfallbürgschaften in Höhe von 603.415 Tsd. €. Dem Risiko des Eintritts wird ebenfalls im Rahmen der oben genannten Maßnahmen des Beteiligungsmanagements entgegengewirkt.

⁴⁶ Im Folgenden HGrG.

⁴⁷ Im Folgenden IDW.

⁴⁸ Im Folgenden AEUV.

Jahresabschluss 2015

Feierabendheim Simeonhaus GmbH

Bis zum 30.09.2014 bestand die Tätigkeit der Feierabendheim Simeonhaus GmbH aus dem Betrieb des „Wohnen mit Service“ mit 45 Bungalows und 26 Apartments. Seit Veräußerung der Betriebsgrundstücke an die GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH⁴⁹, Wiesbaden, zum 01.10.2014 beschränkt sich die Tätigkeit der Gesellschaft auf das Erbringen von Serviceleistungen für die Bewohner.

Mit Datum zum 17.07.2014 wurde der Grundstückskaufvertrag notariell beurkundet. Die vollständige Kaufpreiszahlung erfolgte zum 01.10.2014.

Mit Wirkung zum 01.10.2014 wurde zwischen dem Simeonhaus und der GWW ein Servicevertrag geschlossen, wonach die Gesellschaft unterschiedliche Serviceleistungen erbringt. Der Vertrag läuft bis 31.03.2017. Für die Serviceleistungen erhält die Gesellschaft eine monatliche Vergütung sowie ein Veranstaltungsbudget pro Jahr.

Die Gesellschaft geht davon aus, dass die Erlöse aus Serviceleistungen die anfallenden Kosten zukünftig decken werden und sie somit ausgeglichene Ergebnisse erwirtschaftet.

Altenhilfe Wiesbaden GmbH

Zur nachhaltigen Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit hat die Stadtverordnetenversammlung in der Sitzung am 01.10.2015 beschlossen, eine tragfähige Perspektive für die Altenpflege in städtischer Trägerschaft unter dem Dach der Altenhilfe Wiesbaden GmbH⁵⁰ zu entwickeln. Auf Basis der aktuellen Ausgangslage sind durch die AHW als Arbeitsgrundlage die vorhandenen und absehbaren Herausforderungen an die kommunalen Altenpflegeeinrichtungen in Wiesbaden zu erarbeiten.

Der Magistrat (Dez. VI/AHW) wurde beauftragt, mittels einer Machbarkeitsstudie die Sanierungsfähigkeit des Moritz-Lang-Hauses (auch in der Variante „bei laufendem Betrieb“) untersuchen zu lassen.

Im Kontext der seitens der Gesellschafterin LHW zum 01.10.2015 beauftragten Machbarkeitsstudie als Alternative zu einem Ersatzneubau wird die dann verbesserte Bausubstanz eine Restnutzungsdauer von 30 Jahre erreichen können. Eine Wertberichtigung der bisherigen Bausubstanz müsste jedoch erfolgen.

Die Gesellschaft nahm im Jahresabschluss 2015 eine Wertkorrektur, berechnet auf eine Gesamtnutzungsdauer von 50 Jahren, vor. Die in diesem Zusammenhang gebuchte außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von 1.591 Tsd. €, führte zu einem Jahresfehlbetrag in Höhe von -1.567 Tsd. €. Dieser Betrag mindert die Finanzanlage. Unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelmethode muss eine Wertberichtigung der Finanzanlage im Gesamtjahresabschluss 2016 durchgeführt werden.

⁴⁹ Im Folgenden GWW.

⁵⁰ Im Folgenden AHW.

Jahresabschluss 2015

Die Planungen für das Neubauvorhaben der Dr. Horst Schmidt Kliniken⁵¹ Pflege GmbH am Standort der HSK Kliniken gemäß der beschlossenen Konzeption (StVV-Beschluss 0671 vom 20.12.2012) sind eingestellt.

mattiaqua

Beim Eigenbetrieb mattiaqua traten Verluste ein, die nicht durch einen Betriebskostenzuschuss ausgeglichen wurden. Aus diesem Grund besteht ein weiterer Korrekturbedarf in Höhe des den Betriebskostenzuschuss übersteigenden Jahresverlustes. Dieser Betrag mindert die Finanzanlagen.

Im Jahresabschluss 2015 wird - unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode - eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 1.308 Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar. Es musste eine Zuschreibung in Höhe von 39 Tsd. € vorgenommen werden, da der tatsächliche Verlust im Jahr 2014 geringer war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

TriWiCon

Da bei der TriWiCon Verluste eingetreten sind, die nicht durch Betriebskostenzuschüsse ausgeglichen wurden, besteht ein weiterer Korrekturbedarf im Sinne einer Wertminderung der Finanzanlagen.

Es wird im Jahresabschluss 2015 unter Anwendung der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode eine phasengleiche Abwertung i. H. v. 2.128. Tsd. € der Finanzanlage vorgenommen. Die Abwertung stellt außerordentlichen Aufwand dar. Zudem musste eine nachträgliche phasengleiche Abwertung in Höhe von 255 Tsd. € vorgenommen werden, da der tatsächliche Verlust in 2014 höher war als die vorgenommene Abwertung, die auf Basis der Hochrechnung erfolgte.

EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH)

Nach der Teilprivatisierung der HSK und der damit verbundenen Entflechtung der Unternehmen der HSK Gruppe wurde eine Neuausrichtung der HSK Rhein-Main GmbH erforderlich. Im Rahmen der daraus resultierenden Anpassung des Gesellschaftsvertrages wurde neben dem Namen auch der Gegenstand des Unternehmens geändert. Der Schwerpunkt der Gesellschaft liegt nun in der Profilierung und Stärkung der LHW als Gesundheitsstadt sowie der Förderung des öffentlichen Gesundheits- und Sozialwesens.

ESWE Verkehrsgesellschaft mbH

Die Risiken in diesem Sektor wirken sich mittelbar über die Gewinnabführungen der WVV Wiesbaden Holding GmbH⁵² aus. So können steigende Energie- und Personalkosten nicht voll über den Fahrpreis erwirtschaftet werden. Die anhaltende Personalfuktuation und eine

⁵¹ Im Folgenden HSK.

⁵² Im Folgenden WVV.

Jahresabschluss 2015

zeitweise hohe Krankenquote sind ursächlich für einen zusätzlichen Personalbedarf im Fahrdienst. Die Einführung eines Gesundheitsmanagements und Gespräche mit Arbeitnehmervertretern zu weiteren Maßnahmen sollen eine Verbesserung der anhaltenden Situation herbeiführen. Besondere Risiken bestehen im Hinblick auf die Konzessionsvergabe im Jahr 2017. Hierzu wurden bereits in den Vorjahren erste Vorbereitungen seitens der Geschäftsführung der ESWE Verkehr in Zusammenarbeit mit der Tochtergesellschaft und der WVV Wiesbaden Holding GmbH eingeleitet.

Die ESWE Verkehr wurde rückwirkend zum 01.01.2015 mit der EVS und der ESWE Fahrbetrieb fusioniert. Das Eigenkapital bleibt von der Transaktion jedoch unberührt, sodass keine Neubewertung des Unternehmens durchzuführen ist.

WVV Wiesbaden Holding GmbH

Die WVV umfasst den Bereich Verkehr, Versorgung und Immobilien. Risiken im Bereich Verkehr sind bereits im vorhergehenden Absatz beschrieben. Die ESWE Versorgungs AG trägt mit ihrem Ergebnis wesentlich zur Quersubventionierung des Verkehrs bei. Aus der Wirtschaftsplanung der WVV wird ersichtlich, dass künftig sinkende Gewinne der Versorgung, steigenden Verlusten des Verkehrs gegenüber stehen. Die Holding weist deshalb ein geringes Ergebnis gegenüber dem Vorjahr aus - die Ausschüttungsfähigkeit an die LH Wiesbaden aus dem Periodenergebnis wird verringert. Im Immobiliensektor sind vor allem die projektorientierten Gesellschaften, SEG und die Wibau GmbH mit Risiken behaftet, während die GWW Wiesbadener Wohnungsbaugesellschaft durch den Nachfrageüberhang auf dem Wohnungsmarkt ein solides Ergebnis erwirtschaftet und damit über eine stabile Ertragskraft verfügt.

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

5. Investition und Instandhaltung

Die LHW verfügt über umfangreiches Gebäude- und Infrastrukturvermögen. Hieraus ergeben sich ständig Investitions- und Instandhaltungsrisiken. Soweit diese vorhersehbar sind, werden sie im Rahmen der Haushaltsplanung erfasst und entsprechende Maßnahmen geplant. Die Durchführung der Maßnahmen und die technische Entwicklung der Anlagen unterliegen der dauernden Überwachung durch die Bauämter.

Jahresabschluss 2015

6. Allgemeine Organisationsrisiken

Aufgrund der Aufgaben und der Leistungsstruktur der LHW existieren eine Reihe von allgemeinen Organisationsrisiken. Als solche sind beispielsweise zu nennen: Korruption, Veruntreuung, Entscheidung zugunsten unwirtschaftlicher Handlungsalternativen, Vermögens- oder Personenschäden aufgrund fahrlässiger Handlungen, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Vertragsgestaltung, Vermögensschäden aufgrund mangelhafter Leistungserbringung Dritter. Zur Reduzierung dieser Risiken hat die LHW eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und das Verwaltungshandeln durch interne Vorschriften geregelt. Hierzu gehören:

- die Schaffung der Stelle eines Korruptionsbeauftragten,
- der Erlass städtischer Vergaberichtlinien,
- der Erlass von Dienstanweisungen,
- die permanente Kontrolle von beauftragten Unternehmen,
- die Vertragskontrolle durch das Rechtsamt.

7. Liquiditätsrisiko

Der Finanzmittelbestand am Ende des Jahres betrug 123.810 Tsd. €, ausgehend von 212.925 Tsd. € im Jahr 2008. Mehrere Jahre mit sinkenden Gewerbesteuerereinnahmen verbunden mit gleichbleibenden oder steigenden Ausgaben würden zu einem Liquiditätsrisiko führen, wenn die hinreichende Aufnahme von Liquiditätskrediten, etwa durch eine verhaltene Vergabebereitschaft der kommunalfinanzierenden Banken, erschwert wäre. Solche Tendenzen sind für die LHW derzeit nicht erkennbar

8. Zinsrisiken

Aus der Finanzierungstätigkeit einer Kommune heraus erwachsen Zinsrisiken. Zur Reduzierung dieses Risikos hat die Stadtverordnetenversammlung der LHW mit Beschluss Nr. 0071 vom 12.02.2004 die Einführung eines Zinsrisikomanagements beschlossen. Die Kämmerei berichtet den Körperschaften hierüber regelmäßig halbjährlich.

9. Betriebsprüfungen

Die LHW wird regelmäßig Betriebsprüfungen durch das Finanzamt Wiesbaden unterzogen. Hierbei bestehen Risiken, wenn die Prüfung das Erfordernis von Steuernachzahlungen ergibt. Derzeit ist das Risiko jedoch nicht bezifferbar.

Jahresabschluss 2015

2.11 Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Haushaltsjahres 2015 sowie Ausblick

Erstattungen für Flüchtlinge

Im Jahr 2015 betrieb die LHW eine Erstaufnahmeeinrichtung und eine Notunterkunft für Flüchtlinge und Asylsuchende. Daneben wurden der Stadt zahlreiche Flüchtlinge nach § 2 des Landesaufnahmegesetzes zugewiesen. Berücksichtigung finden diese Tatsachen allerdings erst im Kommunalen Finanzausgleich 2017. Daher gewährte der Innenminister der LHW (Erlass vom 02.03.2016) zur Kompensation eine Zuweisung in Höhe von 1.112 Tsd. € aus dem Landesausgleichsstock.

Haushalt

Die Haushaltssatzung 2016/2017 wurde am 17.12.2015 durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen. Von der Aufsichtsbehörde wurde sie am 23.05.2016 mit Hinweisen zur Haushaltsführung genehmigt. Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2016 geht, unter der Berücksichtigung der bekannten Risiken, von einem Gesamtjahresfehlbetrag in Höhe von 8.633 Tsd. € aus.

Die geplante Auszahlungen für Investitionen (immaterielle und Sachanlagen, sowie Finanzanlagen) belaufen sich auf 64.620 Tsd. €. Der Gesamtbetrag der Kredite zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wurde auf 30.566 Tsd. € und der Höchstbetrag der Kassenkredite auf 200.000 Tsd. €⁵³ festgesetzt.

Die nachfolgende Übersicht stellt die wesentlichen Plangrößen des Haushalts 2016 mit den Plan- und Ist-Zahlen des Haushaltsjahres 2015 gegenüber.

Position / Bezeichnung in Tsd. €	HH Ansatz 2016	Ist 2015	Plan akt. ⁵⁴ 2015	HH Ansatz 2015
10 ordentliche Erträge	-1.078.873	-1.071.676	-1.005.998	-1.005.163
19 ordentlicher Aufwand	1.098.687	1.078.838	1.041.903	1.042.905
20 Verwaltungsergebnis	19.814	7.162	35.905	37.741
21 Finanzerträge	-30.598	-41.871	-47.926	-46.826
22 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	19.417	19.163	21.971	21.971
23 Finanzergebnis	-11.181	-22.708	-25.955	-24.855
24 ordentliches Ergebnis	8.633	-15.546	9.950	12.886
25 außerordentliche Erträge	0	-15.222	-46	0
26 außerordentliche Aufwendungen	0	12.222	6	0
27 außerordentliches Ergebnis	0	-3.000	-40	0
28 Jahresergebnis	8.633	-18.545	9.910	12.886

Das weiterhin günstige wirtschaftliche Umfeld zeigt sich in einer Sollstellung der Gewerbesteuer in Höhe von 279.812 Tsd. € (Datenstand: 08/2016).

⁵³ Das Ministerium des Innen und für Sport hat mit Genehmigungserlass vom 05.05.2014 einen Höchstbetrag der Kassenkredite von 200.000 Tsd. € jährlich genehmigt.

⁵⁴ Fortgeschriebener Ansatz ohne übertragene Ermächtigungen (früher: Haushaltsreste).

Die vorläufige Festsetzung der Schlüsselzuweisungen (23. Februar 2016) für das Jahr 2016 beträgt 183.974 Tsd. €.

Im Endergebnis 2016 prognostiziert die Hochrechnung des Haushaltsmanagementsystems (Datenstand: 30.06.2016) einen Fehlbetrag in Höhe von 14.410 Tsd. €.

Bei zutreffender Prognose kann der Haushaltsausgleich durch Rücklagenentnahmen erreicht werden.

Wiesbaden, den 26. September 2016



Imholz

Stadtkämmerer

Jahresabschluss 2015

2.12 Erklärung zu den verwendeten Kennzahlen

Vermögenslage	Reinvestitionsquote	$\frac{\text{Nettoinvestitionen in Sachanlagen}^{55}}{\text{Abschreibungen auf Sachanlagen}} \times 100$
	Pro- Kopf-Verschuldung	$\frac{\text{Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen}}{\text{Einwohnerzahl}^{56}}$
Finanzlage	Freier Cash-Flow	Zahlungsmittelsaldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit ./ Auszahlungen a. d. ordentl. Tilgung v. Krediten und Anleihen
Ertrags- und Aufwandslage	Ordentlicher Aufwandsdeckungsgrad	$\frac{(\text{Ordentliche Erträge} + \text{Finanzerträge}) \times 100}{(\text{Ordentliche Aufwendungen} + \text{Finanzaufwendungen})}$
	Steuerquote	$\frac{\text{Erträge aus Steuern} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Zuwendungsquote	$\frac{\text{Ertr. a. Zuweisungen und Zusch. f. lfd. Zwecke} \times 100}{\text{Ordentliche Erträge}}$
	Personalaufwandsquote	$\frac{\text{Personalaufwendungen (inkl. Versorgung)} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$
	Zinslastquote	$\frac{\text{Zinsen und ähnliche Aufwendungen} \times 100}{\text{Ordentliche Aufwendungen}}$

⁵⁵ = Zugänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) Abgänge zu AK/HK des Haushaltsjahres (+/-) Umbuchungen zu AK/HK des Haushaltsjahres (-) Abschreibungen auf Anlagenabgänge und Umbuchungen.

⁵⁶ Aus Gründen der Vergleichbarkeit mit dem Gesamtabchluss finden ab dem Jahresabschluss 2014 die jeweils veröffentlichten Daten des Amtes für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik Verwendung. Dies gilt auch für die Vergangenheitswerte ab dem Jahr 2010.

3. Anhang/ Erläuterungen zum Jahresabschluss

Im Anhang zum Jahresabschluss 2015 werden gemäß Ziffer 4 des § 112 HGO die wesentlichen Positionen erläutert mit Übersichten über das Anlagevermögen, die Forderungen und Verbindlichkeiten.

Die Teilergebnisrechnungen der Dezernate werden für die Teilhaushalte Wiesbaden und die Stadtteile Amöneburg, Kastel und Kostheim⁵⁷ zusammen erstellt und befinden sich im Tabellenteil ab Kapitel 4.9.

Investitionen und Instandhaltung werden im Kapitel 3.4 erläutert.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es bei den Erläuterungen in Tsd. € - durch Rundungen bedingt - geringfügige Differenzen zu den exakten Werten in der Vermögens- und Ergebnisrechnung geben kann.

3.1 Erläuterungen zu Posten der Vermögensrechnung

Das Anlagevermögen als wertmäßig bedeutsamste Position in der Vermögensrechnung erhöhte sich gegenüber 2014 um 5.972 Tsd. € auf nunmehr 2.341.707 Tsd. €. Der Anteil des Anlagevermögens an der Bilanzsumme beträgt 89,4 %.

Ab 2014 werden geringwertige Wirtschaftsgüter⁵⁸ (Anschaffungskosten bis 410,00 € netto) nicht mehr im Anlagevermögen ausgewiesen, sondern direkt über Aufwandskonten abgebildet.

3.2 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	3.348	3.573	-225
Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	74.273	43.586	30.687
Gesamt	77.620	47.158	30.462

⁵⁷ Im Folgenden AKK.

⁵⁸ Im Folgenden GWG.

Jahresabschluss 2015

Der Buchwert der immateriellen Vermögensgegenstände entwickelte sich in 2015 wie folgt:

Immaterielle Vermögensgegenstände (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2015	47.158
Zugänge	22.057
Umbuchungen zu Restbuchwerten	15.880
Abgänge	- 4.745
Abschreibungen des Haushaltsjahres (Wertberichtigungen auf Abgänge)	- 7.474 + 4.745
Stand am 31.12.2015	77.620

Die Zugänge setzen sich zusammen aus der Gewährung von Investitionszuschüssen an Dritte (rd. 21.186 Tsd. €) und der Beschaffung von Software / Lizenzen (rd. 871 Tsd. €).

Bei den geleisteten Zuschüssen wurde die Darstellung im Anlagevermögen zum 01.01.2015 umgestellt. Die geleisteten Zuschüsse an Dritte wurden bisher erst dann in der Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ ausgewiesen, wenn sie aktiviert und abgeschrieben wurden. Wurden geleistete Zuschüsse in Raten gewährt, erfolgte die Aktivierung erst mit der letzten Rate. Bis dahin waren die geleisteten Zuschüsse unter der Bilanzposition „Anlagen im Bau“ ausgewiesen, die jedoch zum Sachanlagevermögen zählt. Um diese in der korrekten Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ abzubilden, werden Ratenzahlungen ab 01.01.2015 bei den „geleisteten Zuschüssen“ sofort aktiviert und abgeschrieben. Eine Ausnahme bilden die geleisteten Zuschüsse an Partnergesellschaften, hier wird das Aktivierungsdatum und der Abschreibungsbeginn mit der Partnergesellschaft abgestimmt. Aus dieser Umstellung ergibt sich die hohe Summe der Umbuchungen.

Bei den geleisteten Investitionszuschüssen an Dritte sind unter anderem ein Investitionszuschuss an die Katholische Kirchengemeinde Wiesbaden für den Ersatz- und Erweiterungsbau der KT St. Gabriel (rd. 1.640 Tsd. €), an die WIM Liegenschaftsfonds GmbH & Co.KG für die Sanierung der Walkmühle (3.000 Tsd. €), an den Turnverein Kostheim 1877 e. V. für den Neubau einer Sporthalle (1.180 Tsd. €) gezahlt worden. Für die Sanierung des Wasserturms und Ausstattungsgegenstände erhielt das Kulturzentrum KuK Schlachthof Wiesbaden e. V. rd. 4.869 Tsd. €. Für den Neubau der Rhein-Main-Halle wurden in 2015 rd. 14.199 Tsd. € gezahlt.

Bereits abgeschriebene Investitionszuschüsse werden aus dem Anlagevermögen ausgebucht. In 2015 wurden daher die im Jahr 2005 gewährten und zwischenzeitlich abgeschriebenen Investitionszuschüsse ausgebucht, daraus resultieren Anlagenabgänge in Höhe von rd. 3.011 Tsd. € sowie die damit zusammenhängenden Wertberichtigungen.

Eine weitere Festlegung bestand darin, auch bereits abgeschriebene Software aus dem Anlagevermögen auszubuchen. In 2015 resultierten daraus Anlagenabgänge in Höhe von rd. 1.734 Tsd. €.

Jahresabschluss 2015

3.2.1 Sachanlagevermögen

Grundstücke (in Tsd. €)	Buchwert Stand 31.12.2015	Buchwert Stand 31.12.2014	Differenz
Unbebaute Grundstücke	156.495	153.714	2.782
Bebaute Grundstücke	314.898	318.188	-3.290
Gesamt	471.394	471.902	- 508

Bei den Grundstücken sind öffentliche Grünflächen und Waldflächen nicht enthalten, sie werden unter dem Infrastrukturvermögen ausgewiesen.

2015 hat die LHW unbebaute Grundstücke für die allgemeine Vorratswirtschaft angekauft. Beispiele sind der Erwerb eines Flurstück für die mögliche Entwicklung eines Gewerbegebietes in Nordenstadt in Höhe von rd. 500 Tsd. € und eines Flurstücks in Bierstadt in Höhe von rd. 325 Tsd. €.

Verkauft wurde z.B. eine Teilfläche des Grundstückes der Comeniuschule für den Bau eines Einkaufsmarktes (rd. 832 Tsd. €) und ein Flurstück in der Schwalbacher Straße für den Neubau/Umbau eines Geschäftshauses (rd. 855 Tsd. €).

Flurstücke, für die ein Erbbaurecht vergeben wurde, werden abgewertet. In 2015 wurde das Flurstück des Parkhauses Coulinstraße in Höhe von rd. 1.548. Tsd. € abgewertet. Der Abriss des Parkhauses Coulinstraße ist ebenfalls in 2015 erfolgt. Das Grundstück wurde deshalb von den bebauten Grundstücken zu den unbebauten Grundstücken umgebucht.

Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken (in Tsd. €)	Buchwert Stand 31.12.2015	Buchwert Stand 31.12.2014	Differenz
Schulbauten	296.499	293.173	3.325
Gebäude der Kinder-, Jugend - und Freizeiteinrichtungen	39.249	33.500	5.749
Bauten der Alten- u. Betreuungseinrichtungen	3.514	3.604	-90
Bauten der Sporteinrichtungen	16.654	15.954	700
Kulturgebäude	21.090	21.514	-424
Gebäude des Brand- u. Katastrophenschutzes	10.786	11.004	-217
Friedhofsgebäude	891	925	-34
sonstige Betriebsgebäude	5.657	7.230	-1.574
Gebäude der Verwaltung	13.779	14.104	-325
Wohn- und Mischgebäude	72.452	73.477	-1.025
Andere Bauten	1.808	1.938	-130
Bauten auf fremden Grundstücken	2.117	341	1.776
Außenanlagen	12.691	11.688	1.003
Gesamt	497.188	488.453	8.734

Jahresabschluss 2015

Der Buchwert der Gebäude und anderen Bauten hat sich in 2015 wie folgt entwickelt:

Gebäude und andere Bauten (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2015	488.453
Zugänge	11.370
Umbuchungen zu Restbuchwerten	10.200
Abgänge	- 617
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 12.771
Stand am 31.12.2015	497.188

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Im Bereich der Schulen wurden unter anderem die Generalsanierung der Comeniussschule (rd. 2.604 Tsd. €), der Umbau der Brückenschule (rd. 3.972 Tsd. €), sowie der Erweiterungsbau der Adalbert-Stifter-Schule (rd. 2.748 Tsd. €) abgeschlossen.

Bei den Kindertagesstätten wurden beispielsweise der Neubau der Kindertagesstätte⁵⁹ Geschwister-Stock-Platz (rd. 5.069 Tsd. €) und die Erweiterung der KT Hellkundweg (rd. 408 Tsd. €) fertiggestellt.

Der Buchwert bei den Sportgebäuden hat sich z.B. durch den Neubau der Funktionsgebäude auf den Sportplätzen Rheinhöhe (rd. 734 Tsd. €) und Sonnenberg (rd. 633 Tsd. €) erhöht.

Als wesentliche Veränderung bei den Bauten auf fremden Grundstücken ist die Generalsanierung und der Anbau der KT im Bürgerhaus Forum (rd. 1.849 Tsd. €) zu nennen.

Die Veränderungen bei den Betriebsgebäuden setzen sich aus den Abschreibungen und der Umbuchung einer Anlage (Buchwert rd. 1.221 Tsd. €) zu den Gebäuden der Kinder-, Jugend- und Freizeiteinrichtungen zusammen.

Im Zusammenhang mit dem Neubau von Gebäuden wurden auch neue Außenanlagen errichtet. Beispielhaft ist hier die Außenanlage der KT Geschwister-Stock-Platz (rd. 314. Tsd. €), die Fertigstellung der Außenanlage der KT Wolfswald (rd. 126 Tsd. €) und die Außenanlage im Zusammenhang mit dem neuen Funktionsgebäude auf dem Sportplatz in Sonnenberg (rd. 124 Tsd. €) zu nennen. Im Sportbereich wurden außerdem z.B. die Außenanlagen der Sportplätze Igstadt (rd. 442 Tsd. €) und Nordenstadt (rd. 157 Tsd. €) im Zusammenhang mit dem Einbau von Kunstrasenplätzen erneuert.

Die Werte setzten sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

⁵⁹ Im Folgenden KT.

Jahresabschluss 2015

Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Straßen	179.593	187.560	-7.968
Wege, Plätze	23.343	24.318	-975
Ingenieurbauten	61.637	61.962	-325
Verkehrslenkungsanlagen	12.493	11.421	1.072
Sonstige Infrastruktureinrichtungen	0	0	0
Denkmäler	3.508	3.553	-46
Öffentliche Grünflächen	43.389	45.047	-1.658
Friedhofsanlagen	15.960	15.968	-8
Gewässerbauten	3.000	367	2.632
Wald	47.758	47.717	42
Gesamt	390.680	397.913	-7.233

Der Buchwert des Infrastrukturvermögens entwickelte sich in 2015 wie folgt:

Infrastrukturvermögen (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2015	397.913
Zugänge	8.581
Umbuchungen zu Restbuchwerten	5.439
Abgänge	- 5.231
Abschreibungen des Haushaltsjahres*	- 18.592
Stand am 31.12.2015	390.680

Beispiele von Investitionsmaßnahmen, die in 2015 aktiviert wurden (Werte der Anschaffungs- und Herstellungskosten⁶⁰ gerundet auf Tsd. €). Die Werte setzten sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Hochwasserschutz Sonnenberg Straßenbau	1.921 Tsd. €
Hochwasserlenkung Entlastungskanal Sonnenberg	2.662 Tsd. €
Grunderneuerung Mühlwiesenstraße	650 Tsd. €
Neubau Fahrbahn-, Rad- und Gehweg Söhnleinstraße K 643	1.564 Tsd. €
Erneuerung Brückenbauwerke Rambach und Belzbach	718 Tsd. €
Umgestaltung Knotenpunkt Luftbrückenstraße B455/K634	276 Tsd. €
Neubau Parkplatz Nerotal	226 Tsd. €
Energiesparleuchten	445 Tsd. €
Verschiedene Fahrbahndeckenerneuerungen	1.932 Tsd. €

⁶⁰ Im Folgenden AHK.

Jahresabschluss 2015

Neue Beleuchtungsanlagen	256 Tsd. €
Neue Lichtsignalanlagen (LSA)	1.040 Tsd. €

Veränderungen durch Abgänge beim Infrastrukturvermögen sind entstanden z.B. durch den Verkauf von Straßenflächen in der US-Siedlung am Hainerberg (rd. 2.520 Tsd. €) und Veränderungen durch die Erfassung der vereinfachten Umlegung Kulturpark Schlachthof.

In einigen Bereichen ergibt sich eine Reduzierung der Buchwerte durch die Abschreibungen des Haushaltsjahres, denen keine oder geringere Investitionen gegenüberstehen.

Weiteres Anlagevermögen (in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	147	158	-12
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	70.950	68.150	2.799
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	52.997	75.183	-22.186

Die Bilanzposition **Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung** ist mit 147 Tsd. € wertmäßig unbedeutend. Der geringere Buchwert gegenüber 2014 resultiert überwiegend aus den Abschreibungen des Haushaltsjahres.

Der Buchwert der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** hat sich in 2015 wie folgt entwickelt:

Betriebs- und Geschäftsausstattung (in Tsd. €)	
Stand am 01.01.2015	68.150
Zugänge	7.065
Umbuchungen zu Restbuchwerten	1.535
Abgänge	- 911
Abschreibungen des Haushaltsjahres	- 5.708
(Wertberichtigungen auf Abgänge*)	+ 825)
Stand am 31.12.2015	70.950

* weitere Wertkorrekturen werden hier nicht dargestellt

Das Anlagevermögen im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung hat sich in 2015 erhöht. Die Werte der AHK, gerundet auf Tsd. €, setzen sich zusammen aus den Zugängen und den Umbuchungen zu Restbuchwerten.

Beispiele in welchen Bereichen sich das Anlagevermögen erhöht hat, sind im Folgenden dargestellt:

Mobiliar/Einbauten	1.861 Tsd. €
Fahrzeugbeschaffungen	2.487 Tsd. €
Büro- und Medientechnik	631 Tsd. €
Computer, Netzwerktechnik und sonstige Hardware	492 Tsd. €
Werkzeuge, Arbeitsgeräte,- Reinigungsgeräte u. Pumpen	302 Tsd. €
Mess- u. Prüfgeräte, med.- u. Laboreinrichtungen	310 Tsd. €
Ausstattung Brand- und Katastrophenschutz	242 Tsd. €
Spiel- und Bolzplatzeinrichtungen, mobile Spielgeräte	404 Tsd. €

Jahresabschluss 2015

Beispiele für Abgangsbuchungen (Wert der AHK, gerundet auf Tsd. €) sind:

Ausbuchen der abbeschriebenen Vermögensgegenstände ⁶¹ im GWG-Bereich 2015	118 Tsd. €
Fahrzeugverkäufe 2015	744 Tsd. €

Die **Anlagen im Bau** sind mit rd. 52.997 Tsd. € ausgewiesen.

Wesentlicher Bestandteil der Anlagen im Bau sind die Umlegungsverfahren Petersweg-Ost und Oberer Wingertsweg mit zusammen rund 28.665 Tsd. €.

Die LHW hat in Nordenstadt noch Flurstücke im Baugebiet Hainweg für rd. 1.948 Tsd. € angekauft. Da der Besitzübergang in 2015 noch nicht erfolgt ist, erfolgt der Ausweis noch bei den Anlagen im Bau.

Beispiele für noch nicht abgeschlossene Baumaßnahmen:
Werte der Anlagen im Bau gerundet auf Tsd. €.

Abtrennung Kesselbach/Wellritzbach	3.987 Tsd. €
Neubau und Umbau der Theodor-Fliedner-Schule	927 Tsd. €
Neubau Rudolf-Dietz-Schule	760 Tsd. €
Erweiterung Blücherschule	1.999 Tsd. €
Erweiterung Friedrich-Ludwig-Jahn-Schule	514 Tsd. €
Beschaffung von Amokalarmierungsanlagen in Schulen	1.014 Tsd. €
Neubau Bürgerhaus Medenbach	601 Tsd. €
Neubau Haus der Vereine Dotzheim	1.688 Tsd. €
Generalsanierung Turm Schläferskopf	525 Tsd. €
Bau Glarusstraße	1.890 Tsd. €
Quartiersplatz Platz der deutschen Einheit	1.359 Tsd. €
Stadtplatz Platz der deutschen Einheit	944 Tsd. €
Neukonzeption Kulturpark Schlachthof	1.140 Tsd. €
Neugestaltung Rheinufer Biebrich	333 Tsd. €

⁶¹ Im Folgenden VG.

Jahresabschluss 2015

3.2.2 Finanzanlagen und sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen	447.275	450.926	-3.652
Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.649	66.476	173
Beteiligungen und Zweckverbände	184	184	0
Ausleihungen an Unternehmen m. Beteiligungsverhältnis	17.009	17.244	-235
Sonst. Ausleihungen	76.381	78.347	-1.966
Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	173.640	0
Gesamt	780.731	786.817	-6.085

Erläuterungen zu veränderten Anteilen an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen

Anteile an verbundenen Unternehmen und Sondervermögen

Unter dem Gliederungspunkt „Risiken“ sind weitere Einzelheiten zu den verbundenen Unternehmen **mattiaqua + TriWiCon** zu entnehmen.

Weitere Informationen zu **Sonstigen Ausleihungen** entnehmen Sie dem Punkt „Weiteres Finanzanlagevermögen“.

Jahresabschluss 2015

Der Anteilsbesitz der LHW stellt sich zum 31.12.2015 wie folgt dar:

	Buchwert in EUR 31.12.2015	Beteiligung in%	Buchwert in EUR 31.12.2014
Anteile an verbundenen Unternehmen			
Sondervermögen			
WLW Wasserversorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden	100.000		100.000
TriWicon(ehemals Kurbetriebe Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	8.728.641		11.111.581
Entsorgungsbetriebe der Landeshauptstadt Wiesbaden, (Eigenbetrieb)	122.608.358		122.608.358
Mattiaqua	5.743.397		7.012.026
Stiftungskapital (Grundkapital)	1.883.961		1.883.961
Summe Sondervermögen	139.064.357		142.715.926
sonstige Anteile an verbundenen Unternehmen			
WV Wiesbaden Holding GmbH	285.353.126	100	285.353.126
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden (vormals HSK Rhein-Main GmbH, Wiesbaden)	2.000.002	100	2.000.002
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH, Wiesbaden (abw.Wirtschaftsjahr 01.08.-31.07.)	9.245.471	100	9.245.471
Altenhilfe Wiesbaden GmbH, Wiesbaden	3.575.456	100	3.575.456
Feierabendheim Siemeonhaus GmbH, Wiesbaden	1	94,9	1
WIM Liegenschaftsfond GmbH & Co.KG	5.467.136	100	5.467.136
Bürgersolaranlagen Wiesbaden GmbH	25.000	100	25.000
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungs-ges. der Stadt Wiesbaden m.b.H., Wiesbaden	1.774.984	5,1	1.774.984
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH, Wiesbaden	195.186	5,13	195.186
SEG Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH, Wiesbaden	556.057	5,1	556.057
Exina GmbH	18.000	67,00	18.000
Summe sonstige verbundene Unternehmen	308.210.419		308.210.419
Summe Anteile an verbundenen Unternehmen	447.274.776		450.926.345
Beteiligungen			
sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen			
NASPA	173.640.000	30	173.640.000
Summe sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640.000		173.640.000
Zweckverbände			
Kommunales Gebietsrechenzentrum Wiesbaden	1		1
Abwasserverband Flörsheim	1	38,5	1
Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Hessen-Süd	1		1
Naturpark Rhein-Taunus	1		1
Hessischer Verwaltungsschulverband	1		1
Summe Zweckverbände	5		5
sonstige Beteiligungen			
Kulturfonds Frankfurt RheinMain GmbH	15.000	12,5	15.000
FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region, Frankfurt am Main	61.072	4,00	61.072
WIVERTIS Gesellschaft für Informations- und Kommunikationsdienstleistungen mbH, Wiesbaden	0	49,9	0
ivm GmbH, Frankfurt am Main	7.471	3,1	7.471
Rhein-Main-Verkehrsverbund GmbH, Hofheim am Taunus	80.431	3,7	80.431
ZVN Finanz GmbH, Wiesbaden	6.150	24,6	6.150
Regionalpark Ballungsraum RheinMain gGmbH	12.500	7,14	12.500
MSW Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co.KG	1.000	0,3	1.000
Summe sonstige Beteiligungen	183.624		183.624
Summe Beteiligungen	183.624		183.624
Sonstige Ausleihungen			
davon Genossenschaftsanteile			
Wiesbadener Volksbank e.G.	1.636		1.636
Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft	320		320
Summe Genossenschaftsanteile	1.956		1.956

Jahresabschluss 2015

Hinweis

Anhaltspunkte für einen über den geschilderten hinausgehenden Abwertungsbedarf von verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sowie des Sondervermögens und der Zweckverbände ergaben sich bis zum Bilanzerstellungszeitpunkt nicht.

Weiteres Finanzanlagevermögen

Bei den **Sondervermögen** handelt es sich neben den beiden Eigenbetrieben um das Stiftungsgrundkapital einer Immobilienstiftung (431 Tsd. €), sowie von neun Bargeldstiftungen (1.453 Tsd. €).

Zu den **sonstigen Ausleihungen** gehört ein Schuldscheindarlehen in Höhe von 35.700 Tsd. € bei der DZ-Bank (Anlage aus den Erlösen des Teilverkaufs der Stadtwerke Wiesbaden AG aus dem Jahre 2001). Die Laufzeit der Anlage beträgt 20 Jahre (sofern keine Kündigung erfolgt) und wird zu 6,02 % p. a. verzinst. Die Zinsen werden jährlich ausgezahlt.

Die Ausleihungen (an verbundene Unternehmen 66.649 Tsd. €, an Unternehmen mit Beteiligungsverhältnis 17.009 Tsd. € und an Sonstige 40.681 Tsd. €, - abzüglich der 35.700 Tsd. € Schuldscheindarlehen) beinhalten im Wesentlichen soziale Wohnungsbaudarlehen. Es handelt sich um niedrig verzinsten Darlehen zur Förderung von preisgünstigem Wohnraum für breite Schichten der Bevölkerung.

Die größten Ausleihungen im Überblick:

Ausleihungen (in Tsd. €)	Stand 30.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
GWW	41.300	40.362	938
GeWeGe ⁶²	19.023	19.211	-188
Nass. Heimstätte	17.009	17.244	-235
Private/ Vereine	14.887	16.200	-1.313
GWH ⁶³	14.145	14.826	-681
Geno50	4.667	4.736	-69
SEG	4.541	4.597	-56
GSWerk	5.675	5.710	-35
mattiaqua	1.680	2.016	-336

⁶² GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der Stadt Wiesbaden mbH.

⁶³ GWH Wohnungsgesellschaft mbH Hessen.

Jahresabschluss 2015

3.2.3 Umlaufvermögen

Vorräte

Da die LHW kein wesentliches Vorratsvermögen in Lagern hält, gelten die Vorräte als verbraucht und werden nicht angesetzt.

Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen / -zuschüssen und Investitionsbeiträgen

Gemäß den Förderrichtlinien zur Umsetzung des Hessischen Sonderinvestitionsprogramms sowie des Zukunftsinvestitionsgesetzes des Bundes wird hier eine Forderung gegenüber dem Land Hessen i. H. v. 37.156 Tsd. € ausgewiesen. In gleicher Höhe wird bei den Kreditverbindlichkeiten gegenüber dem Kreditmarkt ein entsprechender Gegenposten passiviert. Diese Form der Darstellung wurde ausschließlich auf Grund der oben erwähnten Förderrichtlinie vorgenommen.

Die Forderungen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer wurden zu Forderung aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben umgegliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen zum diesjährigen Bilanzstichtag 53 Tsd. € und sind somit im Vergleich zum Vorjahr gesunken.

Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben

Die Forderungen aus Gewerbesteuer erhöhen sich in 2015 auf 85.422 Tsd. €.

Die Forderungen für die Gemeindeanteile Einkommensteuer und Umsatzsteuer betragen zum 31.12.2015 (Bilanzstichtag) 8.716 Tsd. €. Im Vorjahr wurden diese Forderungen noch unter den **Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen / -zuschüssen und Investitionsbeiträgen ausgewiesen.**

Bei den Wertberichtigungen für diese Bilanzpositionen ist ein Anstieg auf 62.702 Tsd. € zu vermerken. Für Gewerbesteuerforderungen waren wie jedes Jahr mehrere hohe Einzelwertberichtigungen notwendig.

Die in 2012 eingeführte Praxis der 100 %igen Wertberichtigung für Gewerbesteuerforderungen, die seit mehr als fünf Jahren überfällig sind, wurde auch in 2015 fortgesetzt.

Umgliederungen von kreditorischen Debitoren wurden in Höhe von 600 Tsd. € vorgenommen.

Jahresabschluss 2015

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Gewerbesteuer	85.422	57.743	27.679
Verwaltungs- und Benutzungsgebühren	3.073	2.590	484
Forderung aus Beiträgen	0	1.251	-1.251
Grundsteuer	858	911	-54
Spielapparatesteuer u.a.	170	117	53
Konzessionsabgabe	665	719	-55
Hundesteuer	199	180	19
Gemeindeanteil a. d. Einkommenssteuer	8.610	0	8.610
Gemeindeanteil a. d. Umsatzsteuer	107	0	107
Sonstige Abgaben	281	82	198
Umgliederungen kreditorischer Debitoren	600	348	252
Wertberichtigungen	-62.702	-45.623	-17.079
Gesamt	37.281	18.319	18.962

Forderungen aus Lieferungen und Leistungen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erhöhen sich auf 833 Tsd. € im Vergleich zu 2014.

Die Umgliederungen von Differenzen aus der Zuordnung von Abstimmkonten zu den Bilanzpositionen sonstige Vermögensgegenstände und Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/ -zuschüssen und Investitionsbeiträgen wurden wie folgt vorgenommen:

- 2.523 Tsd. € Forderungen und 1.546 Tsd. € Wertberichtigungen wurden zu den sonstigen Vermögensgegenständen umgegliedert.

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren wurden in Höhe von 178 Tsd. € vorgenommen.

Insgesamt betragen die Wertberichtigungen von Forderungen aus Lieferungen und Leistungen zum Bilanzstichtag 617 Tsd. €.

Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen

Die gesamten Forderungen gegen verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 11.536 Tsd. € auf 40.115 Tsd. €. Der Grund hierfür ist, dass die Gewinnausschüttung der WVV für 2014/2015 in zwei gleich großen Teilraten erfolgte, von denen eine zum 31.12.2015 noch nicht beglichen wurde.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen erhöhen sich um 96 Tsd. € (122 Tsd. € verb. U und -26 Tsd. € Beteiligungen) auf 477 Tsd. € gegenüber 2014.

Jahresabschluss 2015

Die **Forderungen aus Betriebsmittelkrediten** an verbundene Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen steigen um 1.176 Tsd. € auf nunmehr 18.870 Tsd. €. Die Differenz ergibt sich aus dem Erlass von Tilgungsforderungen an die Feierabendheim Simeonhaus GmbH in Höhe von 2.838 Tsd. € sowie der Neuvergabe an die EGW und HSK-Pflege von insgesamt 4.014 Tsd. €.

Die offenen Zinsforderungen aus diesen Krediten betragen zum 31.12.2015 204 Tsd. €. Der Feierabendheim Simeonhaus GmbH wurden Zinsen in Höhe von 451 Tsd. € erlassen.

Im Detail setzen sich die Forderungen aus Betriebsmittelkrediten wie folgt zusammen:

Schuldner	Tilgungsforderung in Tsd. €	Zinsforderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	13.506	0
EGW Gesellschaft für ein gesundes Wiesbaden mbH (früher HSK Rhein-Main GmbH)	2.700	0
AHW Altenhilfe Wiesbaden GmbH	1.350	204
HSK Pflege	1.314	0
Gesamt	18.870	204

Gegenüber den Wasserversorgungsbetrieben der LHW bestehen im Rahmen des **Cash-Pool-Projekts** zum 31.12.2015 Forderungen i. H. v. 2.400 Tsd. €.

Weiterhin enthält diese Position **sonstige Forderungen** i. H. v. 4.167 Tsd. € an städtische Eigenbetriebe und verbundene Unternehmen, die im Rahmen der **Abwicklung der Personalkosten** entstanden sind:

Name	Forderung in Tsd. €
Entsorgungsbetriebe der LHW	3.124
mattiaqua	358
TriWiCon	356
Wivertis GmbH	166
WVW Wiesbaden Holding GmbH	78
Kurhaus Wiesbaden GmbH	39
Wasserversorgungsbetriebe der LHW	27
WITCOM GmbH	11
Nassauische Heimstätte GmbH	8
Gesamt	4.167

Die Umgliederungen für kreditorische Debitoren betragen 90 Tsd. €.

Jahresabschluss 2015

Sonstige Vermögensgegenstände

Die wesentlichen Posten der sonstigen Vermögensgegenstände bilden die Nebenforderungen (4.576 Tsd. €), Forderungen für Darlehen, die nach dem BSHG⁶⁴, SGB II und SGB XII vergeben wurden (2.318 Tsd. €).

Die Forderungen aus antizipativer Abgrenzung erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr auf 480 Tsd. €.

Der Stand der Wertberichtigungen für die sonstigen Vermögensgegenstände beträgt zum Stichtag 31.12.2015 8.024 Tsd. €. Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 1.132 Tsd. € vorgenommen.

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel enthalten die Guthaben auf städtischen Girokonten i. H. v. 5.743 Tsd. € und Festgelder i. H. v. 112.600 Tsd. € bei diversen Banken und Sparkassen. Weiterhin enthalten sind Bestände von Treuhandkonten i. H. v. 5.139 Tsd. € von der SEG, 320 Tsd. € vom Treuhandkonto Platz der deutschen Einheit und 3 Tsd. € von EGW GmbH (früher HSK-Rhein-Main GmbH) sowie der Bestand der städtischen Handvorschüsse i. H. v. 5 Tsd. €.

3.2.4 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten beinhalten u. a. Anspar- und Sonderbeiträge von Landesdarlehen (4.889 Tsd. €) sowie im Dezember 2015 gezahlte Transferaufwendungen (18.060 Tsd. €) und Beamtenbezüge (4.742 Tsd. €) für den Januar des Folgejahres.

Sonstige aktive Rechnungsabgrenzungsposten wurden i. H. v. 222 Tsd. € gebildet.

⁶⁴ Bundessozialhilfegesetz.

Jahresabschluss 2015

3.2.5 Eigenkapital

Die Nettoposition entspricht dem nicht angreifbaren „Eigenkapitalstock“ i. H. v. 1.259.090 Tsd. €. Die Nettoposition blieb unverändert.

Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses

Zum 01.01.2015 wurde der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses 2014 (13.857 Tsd. €), der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses entnommen, sodass sich der Bestand der Rücklage auf 65.727 Tsd. € verringert hat. Ebenfalls wurde der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses 2014 (2.550 Tsd. €) der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses entnommen, sodass sich der Bestand der Rücklage des außerordentlichen Ergebnisses auf 8.674 Tsd. € verringert hat.

Sonderrücklagen

Bei dem **Stiftungskapital** handelt es sich um das auf der Aktivseite unter Sondervermögen (zum Finanzanlagevermögen gehörend) in gleicher Höhe ausgewiesene Stiftungsgrundkapital.

3.2.6 Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge

Als eigenkapitalähnliche Position weist die LHW 276.491 Tsd. € als Sonderposten aus. Diese gliedern sich wie folgt auf:

Sonderposten für erhaltene Investitionszuweisungen, -zuschüsse und Investitionsbeiträge (in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Zuweisungen vom öffentlichen Bereich	-236.083	-236.975	891
Zuweisungen vom nicht öffentlichen Bereich	-8.798	-8.610	-188
Investitionsbeiträge (Straßen, Wege, Plätze)	-31.469	-33.869	2.399
Gesamt	-276.351	-279.454	3.103

nachrichtlich SoPo Gebührenausgleichsrücklage	-140	-163	23
Gesamt	-276.491	-279.617	3.126

Jahresabschluss 2015

3.2.7 Rückstellungen

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die LHW verzinst die Pensionsrückstellungen derzeit mit einem Zinssatz in Höhe von 4,5 %. Unter Anwendung des siebenjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (3,89 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 34.500 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Unter den Rückstellungen für **Pensionen** werden Verpflichtungen der LHW für Versorgungsansprüche von Beamtinnen/Beamten und ihren Hinterbliebenen ausgewiesen. Insgesamt bestehen zum 31.12.2015 Pensionsverpflichtungen i. H. v. 427.705 Tsd. € gegenüber 1.917 Berechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.148 Anwärter/-innen (196.112 Tsd. €) und 769 Pensionsbezieher/-innen (231.593 Tsd. €), d. h. Pensionärinnen, Pensionäre, Witwen/Witwer und Waisen.

Gemäß der Hessischen Beihilfenverordnung wird aktiven und ausgeschiedenen Beamtinnen/ Beamten und deren beihilfeberechtigten Angehörigen **Beihilfe** als Zuschuss im Krankheitsfall gewährt. Zum 31.12.2015 bestehen Beihilfeverpflichtungen i. H. v. insgesamt 56.247 Tsd. € gegenüber 1.917 Beihilfeberechtigten. Hierbei handelt es sich um 1.148 Anwärter/-innen (24.273 Tsd. €) und 769 Pensionsbezieher/-innen (31.974 Tsd. €).

Die **Rückstellung für Altersteilzeit** beträgt insgesamt 264 Tsd. € und wurde für 8 Altersteilzeitfälle, für die bereits eine Altersteilzeitvereinbarung abgeschlossen wurde, gebildet. Dies bedeutet eine Auflösung der Rückstellung in 2015 in Höhe von 187 Tsd. €. Die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Beamtinnen/Beamten betragen zum 31.12.2015 25 Tsd. €, die Altersteilzeitverpflichtungen gegenüber Tarifbeschäftigten 239 Tsd. €.

Die **Rückstellung für Steuern und Finanzausgleich** beinhaltet eine Umsatzsteuernachzahlung für den BgA⁶⁵ Personalgestellung. In 2015 konnte der Restbetrag der Rückstellung in Höhe von 76. Tsd. € aufgelöst werden. In 2014 wurden drei weitere Rückstellungen gebildet; Eine Rückstellung für Vorsteuerkorrekturen für Bürgerhäuser 2014 mit 33 Tsd. €, diese Rückstellung konnte in 2015 komplett aufgelöst werden. Im Gegenzug musste eine neue Rückstellung für Vorsteuerkorrekturen der Bürgerhäuser für die Jahre 2010-2012 in Höhe von 119 Tsd. € gebildet werden. Die Rückstellung für Vorsteuerkorrekturen Sportstätten mit 22 Tsd. € konnte in 2015 Vollständig aufgelöst werden. Als drittes wurde in 2014 eine Rückstellung für die Versteuerung des geldwerten Vorteils der Mitarbeitenden durch den Besuch von Maßnahmen im Rahmen des IGM⁶⁶ in Höhe von 290 Tsd. € gebildet, dieser Rückstellung wurden in 2015 weitere 116 Tsd. € zugeführt.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich i. d. R. um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die den ermittelten Wert des Grund und Bodens übersteigen. Im Jahre 2015 bleibt die Rückstellung für die Sanierung von Altlasten in Höhe von 580 Tsd. € unverändert.

⁶⁵ Betrieb gewerblicher Art.

⁶⁶ Integriertes Gesundheitsmanagement.

Jahresabschluss 2015

Gemäß der Hessischen GemHVO ist für im Haushaltsjahr unterlassene Instandhaltungen, die im Folgejahr nachgeholt werden sollen, eine **Instandhaltungsrückstellung** zu bilden. Das Verfahren zur Ermittlung der Höhe der zu bildenden Instandhaltungsrückstellung wurde zum Jahresabschluss 2014 geändert. Auf Basis der Rückstellungshöhe des Jahres 2012 wird ein Quotient von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen festgelegt. Damit ergibt sich eine Rückstellungshöhe zum 31.12.2015 von 1.199 Tsd. €.

Die Instandhaltungsrückstellung aus 2014 wurde zweckentsprechend i. H. v. 968 Tsd. € verwendet.

Sonstige Rückstellungen

Aus **Rückstellung für die nicht ausgezahlten Leistungsentgelte nach dem TVöD** wurden 3.844 Tsd. € in Anspruch genommen und gleichzeitig 2.086 Tsd. € zugeführt. Dies ergibt eine Gesamthöhe der Rückstellung zum 31.12.2015 von 2.086 Tsd. €.

Die Rückstellung für das Lebensarbeitszeitkonto hat sich um 219 Tsd. € auf 4.880 Tsd. € erhöht.

Bei der Bemessung der **Rückstellungen für andere Aufwendungen** wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Der Gesamtbetrag dieser Rückstellungen hat sich von 4.333 Tsd. € auf 2.194 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- 44 Tsd. € konnten in 2015 aus der Rückstellung zur **Deckung des negativen Eigenkapitals des Kommunalen Gebietsrechenzentrums (KGRZ)** aufgelöst werden. Der Gesamtbetrag der Rückstellung beträgt zum 31.12.2015 1.196 Tsd. €.
- Die Rückforderung zu viel erhaltener **Eingliederungsleistungen SGB II** konnte in 2015 in voller Höhe von 2.941 Tsd. € ertragswirksam aufgelöst werden.
- Die Rückstellung **Rückbau Bauernbrücke** bleibt mit 47 Tsd. € unverändert.
- Durch vorzeitigen Abruf von Mitteln bei der WI-Bank für die Programme **Soziale Stadt Biebrich und Westend** werden der Stadtverwaltung Zinsen in Höhe von ca. 385 Tsd. € berechnet. Über diesen Betrag wurde eine Rückstellung gebildet. Hier musste die Rückstellung in 2015 um 47 Tsd. € auf 432 Tsd. € erhöht werden.
- Die Rückstellung für **Offene Nebenkostenforderungen Luisenforum** bleibt mit 198 Tsd. € unverändert.
- Für ausstehende Betriebskostenabrechnungen der Gebäude am Schillerplatz (2013) und Hasengartenstraße 25 (2011-2013) wurden für den **Schillerplatz** eine Rückstellung in Höhe 132 Tsd. € und für die **Hasengartenstraße 25** in Höhe von 114 Tsd. € gebildet. Die Rückstellung für die Betriebskostenabrechnung für die **Hasengartenstraße 25** konnte in 2015 komplett aufgelöst werden. In Anspruch genommen wurde die komplette Rückstellung für die Betriebskostenabrechnung **Schillerplatz**.

Jahresabschluss 2015

- Die Rückstellung **Rückerstattung Gebühren Ausländerbehörde** die in 2014 in Höhe von 180 Tsd. € gebildet, wurde im Jahr 2015 mit 35.743 € in Anspruch genommen. Der Restbetrag von 144.257 € wurde nicht benötigt und konnte aufgelöst werden.
- Das Land Hessen hat 240 Tsd. € aus Mitteln des KFA⁶⁷ der Stadt Wiesbaden für die Durchführung der Hessischen **Theatertage** 2015 zur Verfügung gestellt. Nicht benötigte Mittel müssen in 2016 an das Land zurückgezahlt werden. Hier wurde eine Rückstellung in Höhe von 44 Tsd. € gebildet.
- Für strittige Rechnungen der Firma **T-Systems** im Bereich eAkte wurde eine Rückstellung in Höhe von 86 Tsd. € gebildet.
- Für nicht geprüfte Nebenkostenabrechnungen mehrerer Verwaltungsstandorte wurde eine Rückstellung **Nebenkostenabrechnung Verwaltungsgebäude** in Höhe von 190.300 Tsd. € gebildet.

Andere Rückstellungen im Sinne des § 39 Abs. 2 GemHVO wurden in Ausübung des Wahlrechts nicht gebildet.

3.2.8 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeitspiegel zum 31. Dezember 2015

Die Restlaufzeiten der Verbindlichkeiten sind im Verbindlichkeitspiegel dargestellt (Kapitel 4.3).

Die Verbindlichkeiten verringern sich um 8.403 Tsd. € auf 457.371 Tsd. €. Im Folgenden werden nun die wesentlichen Veränderungen bei den einzelnen Bilanzpositionen erläutert.

Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen

Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen haben sich insgesamt um 7.929 Tsd. € auf 378.117 Tsd. € verringert.

Die Veränderungen im Einzelnen:

- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber Kreditinstituten haben sich um 9.482 Tsd. € auf 291.864 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen gegenüber öffentlichen Kreditgebern haben sich um 1.450 Tsd. € auf 32.846 Tsd. € verringert.
- Die Verbindlichkeiten aus Krediten für Liquiditätssicherung betragen zum Bilanzstichtag 5.000 Tsd. €.
- In der Jahresschuldenstatistik werden die durch das Land zu tilgenden Anteile der „Altlasten-Darlehen“ mit aufgenommen. Dadurch sind die Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dort um 1.178 Tsd. € höher.
- Die Verbindlichkeiten aus dem Sonderkonjunkturprogramm (Eigen- und Landesanteil) sind wie auch im Jahr 2014 um 411 Tsd. € (Eigenanteil) und 1.531 Tsd. € (Landesanteil) auf nunmehr 10.003 Tsd. € (Eigenanteil) und 37.156 Tsd. € (Landesanteil) gesunken. Die Höhe des Landes-

⁶⁷ Kommunaler Finanzausgleich.

Jahresabschluss 2015

anteils entspricht der Höhe der Forderung gegenüber dem Land Hessen, die bei der Bilanzposition „Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen/-zuschüssen und Investitionsbeiträgen“ gegenüber dem Land Hessen ausgewiesen wird.

Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften

Diese Position beinhaltet Verbindlichkeiten aus zwei Leibrenten, zu deren Zahlung sich die LHW verpflichtet hat. Leibrenten sind von der Lebensdauer einer oder mehrerer bestimmter Personen (des Rentenberechtigten, des Rentenverpflichteten oder auch dritter Personen) abhängende Leistungen, die nur solange erfolgen, solange die versicherte Person lebt.

Solche Leibrenten vereinbart die LHW aktuell nicht mehr. Die bisherigen Verbindlichkeiten resultierten aus früheren Zahlungsverpflichtungen des Amtes für Wirtschaft und Liegenschaften sowie des Kulturamtes.

Zum Jahresabschluss 2015 erfolge die letzte und vollständige Auflösung der Leibrentenverbindlichkeiten. Künftige noch ausstehende Leibrentenzahlungen werden somit ergebniswirksam gebucht.

Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen und Transferleistungen

Die Transferverbindlichkeiten gegenüber Bund, Land, Gemeindeverbänden und sonstigen Dritten sowie Verbindlichkeiten aus Zuweisungen, Zuschüssen haben sich um 4.966 Tsd. € erhöht.

Die Zunahme resultiert zum größten Teil aus einer in 2016 fälligen Verbindlichkeit gegenüber der Evangelischen Regionalverwaltung Wiesbaden-Rheingau.

Die Verbindlichkeiten aus Investitionsbeiträgen verringerten sich gegenüber 2014 um 70 Tsd. € und betragen nunmehr 218 Tsd. €.

Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen haben sich um 671 Tsd. € verringert und betragen nun 9.713 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden im Jahr 2015 i. H. v. 792 Tsd. € vorgenommen.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen haben sich um 8.784 Tsd. € auf nunmehr 14.309 Tsd. € verringert. Der Rückgang resultiert vor allem daraus, dass im Gegensatz zum Vorjahr keine Verbindlichkeit für einen Verlustausgleich an ein verbundenes Unternehmen ausgewiesen wird.

Jahresabschluss 2015

Die Verbindlichkeiten gegenüber den Stiftungen, die als Grundkapital ausgewiesen werden, bleiben bei 881 Tsd. € unverändert. Das verwendbare Stiftungskapital hat sich gegenüber 2014 um 126 Tsd. € auf 4.360 Tsd. € verringert.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen gegenüber verbundenen Unternehmen und Beteiligungen betragen insgesamt 5.444 Tsd. € und sonstige Verbindlichkeiten i. H. v. 3.334 Tsd. €.

Umgliederungen für debitorische Kreditoren wurden i. H. v. 90 Tsd. € vorgenommen.

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten haben sich um 4.153 Tsd. € auf nunmehr 44.182 Tsd. € erhöht.

Den größten Anteil an den sonstigen Verbindlichkeiten nehmen zweckgebundene Einnahmen, die noch nicht dem Zweck entsprechend verwendet wurden, ein.

(in Tsd. €)	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Differenz
Garagenfonds	10.743	10.095	648
Offensive für Kinderbetreuung	7.622	4.824	2.798
LHW Anteil Sanierungsförderung	2.410	2.410	0
Biotopausgleich	996	1.049	-53
Nachlässe	1.442	1.316	126
Schönheitsreparaturen Altenwohnanlagen	161	135	25
Grundwasserüberwachungsprogramm	197	200	-3
Spenden	184	124	60
Ökokonto	122	90	32
Fehlbelegungsabgabe, kommunaler Anteil	13	28	-15
Ablösesumme Stellflächen	2.301	2.301	0
Zuweisungen Soziale Stadt	1.566	2.241	-675
Zuweisungen Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)	21	4	17
Gesamt	27.778	24.817	2.960

Weitere wesentliche Positionen der sonstigen Verbindlichkeiten:

- 2.113 Tsd. € aus der antizipativen Abgrenzung für noch nicht ausgezahlte Darlehenszinsen
- 2.413 Tsd. € Transferverbindlichkeiten für den Dezember 2015, die über das Vorverfahren Prosoz erst im Januar 2016 zur Auszahlung kommen,
- 800 Tsd. € für einen Mietkostenzuschuss im Rahmen der Ansiedlung eines weiteren Standorts der European Business School in Wiesbaden.

Jahresabschluss 2015

- Die Verbindlichkeiten aus dem Landesanteil Fehlbelegungsabgabe beinhalten die noch nicht ausgeglichenen Forderungen in Höhe von 3 Tsd. €.

Für nicht ausgeglichene Verrechnungskonten erfolgt der Ausgleich im Folgejahr.

3.2.9 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Dieser Posten enthält u. a. Einnahmen für Grabnutzungsrechte i. H. v. 35.310 Tsd. €, die ertragsmäßig zukünftige Jahre betreffen. Die LHW ist Trägerin von Friedhöfen in verschiedenen Ortsteilen und mit unterschiedlichen Leistungsangeboten. Die Leistungsangebote umfassen i. d. R. alle gängigen Friedhofsleistungen inkl. Einäscherung sowie Sonderformen von Grabnutzungsrechten. Entsprechend der jeweils geltenden Friedhofsgebührenordnung erhebt die LHW Gebühren für den Erwerb eines Grabnutzungsrechtes über einen bestimmten Zeitraum, ggf. einschließlich der Pflege, sowie Gebühren für Nutzung der Trauerhalle und die Beisetzung. Die für Grabnutzungsrechte eingenommenen Gebühren werden über den Nutzungszeitraum zeitanteilig aufgelöst.

Ebenfalls enthalten sind mehrjährige Abgrenzungsposten für die Einnahmen aus der Legatgrabpflege (995 Tsd. €) sowie aus der Grundwasserabgabe (124 Tsd. €). Die sonstigen Abgrenzungsposten wurden in Höhe von 224 Tsd. € gebildet. Der passive Rechnungsabgrenzungsposten für DB Bahn AG beträgt zum Bilanzstichtag 2 Tsd. €.

Jahresabschluss 2015

3.3 Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

3.3.1 Allgemeine Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

Die Teilergebnisrechnungen spiegeln immer die in dem Haushaltsjahr jeweils gültige Organisationsstruktur ab. Bei Verschiebungen von Ämtern oder Ämterbereichen von einem Dezernat in ein anderes ändern sich dadurch automatisch auch die Werte des Vorjahres, so dass diese Spalte in den Teilergebnisrechnungen von den Teilergebnisrechnungen des Vorjahres abweichen kann.

Organisatorische Änderungen mit Auswirkungen auf die Teilergebnisse ergaben sich im Jahr 2015 nicht.

Die Sonderposten aus Investitionszuschüssen werden nicht mehr, wie in den Jahren bis 2012, in die Kostenstellen der Fachbereiche aufgelöst, sondern gemäß Ziff. 3 der Hinweise zu § 38 GemHVO in das Teilergebnis „Allgemeine Finanzwirtschaft“ gebucht. Da die Planung noch auf der Ebene der Fachdezernate erfolgte ergeben sich dementsprechende Plan-Ist-Abweichungen.

Eine Analyse des Ergebnisses und der Plan-Ist- sowie Ist-Ist-Abweichungen sind im Rechenschaftsbericht (Kap. 2) zu finden.

3.3.2 Restmittel und Überleitungen

Die Plan-Ist-Abweichungen der budgetwirksamen Bestandteile bilden gemäß den geltenden Budgetrichtlinien auf Dezernatsebene die maximale Überleitungssumme.

Die Überleitungen erfolgen weiterhin, trotz angespannter Haushaltslage, um einen wirtschaftlichen Umgang der Ämter mit ihrem Budget zu gewährleisten. Dezernate, die ihr Budget überschritten haben, erhalten in der Regel einen negativen Budgetvortrag im nächsten Jahr.

Aus dem Jahr 2014 wurden 33.001 Tsd. € in das Jahr 2015 übergeleitet, die Überleitungen nach 2016 belaufen sich auf ca. 32.085 Tsd. €.

3.3.3 Ergebnisverwendung

Der Überschuss des ordentlichen Ergebnisses 2015 in Höhe von 15.546 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt. Der Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses 2015 in Höhe von 3.000 Tsd. € wird der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Damit erhöht sich die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses auf 81.273 Tsd. € und die Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses auf 11.674 Tsd. €. Insgesamt beträgt der Stand der Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und außerordentlichen Ergebnisses somit noch 92.947 Tsd. € nach der Buchung der Ergebnisverwendung.

Jahresabschluss 2015

3.4 Erläuterungen zur Finanzrechnung

3.4.1 Einleitung

Die Finanzrechnung wurde im Zahlungsmittelfluss aus Verwaltungstätigkeit mit der indirekten Methode, das heißt, sie wurde aus den Zahlen der Vermögensrechnung und der Ergebnisrechnung ermittelt. Im Übrigen erfolgte die Aufstellung nach der direkten Methode. Sie liefert Informationen über die Zahlungsströme des betrachteten Geschäftsjahres sowie über die Veränderungen des Zahlungsmittelbestandes. Hierbei wird zwischen Zahlungsmittelzuflüssen und -abflüssen aus laufender Verwaltungstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit unterschieden.

Die Finanzrechnung weist für das Jahr 2015 einen Finanzmittelbedarf i. H. v. 18.380 Tsd. € aus. Die flüssigen Mittel haben sich somit verringert und betragen zum Ende des Geschäftsjahres 123.810 Tsd. €.

Bezeichnung	Ergebnis des Haushaltsjahres 2014	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Differenz
	in Tsd. €		
Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	23.020	25.549	2.529
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	-96.746	-37.179	59.567
Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	40.058	-11.750	-51.809
Überschuss / Bedarf aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0	5.000	5.000
Zahlungsmittelüberschuss/-fehlbetrag d. Haushaltsjahres	-33.668	-18.380	15.288
Zahlungsmittelbestand am Beginn des Haushaltsjahres	175.858	142.190	-33.668
Zahlungsmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres	142.190	123.810	-18.380

3.4.2 Erläuterungen der erheblichen Unterschiede

Die Erklärungen zur Mehrzahl der Abweichungen erfolgten bereits in den Kapiteln zur Vermögensrechnung, Ergebnisrechnung und im Rechenschaftsbericht, so dass an dieser Stelle nur kurz darauf verwiesen wird.

Der Überschuss beim Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit hat sich trotz eines deutlich besseren Jahresergebnisses (Überschuss i. H. v. 18.545 Tsd. € statt Verlust i. H. v. 16.407 Tsd. €) im Vergleich zum Vorjahr nur um 2.529 Tsd. € erhöht. Die wesentliche Ursache dafür ist der starke Anstieg der Gewerbesteueranlagen zum Jahresende/Bilanzstichtag (Gewerbesteueranlagen 12/2014: 490 Tsd. €, 12/2015: 32.788 Tsd. €).

Dies wirkte sich positiv auf die Ergebnisrechnung aus und war ein wesentlicher Faktor für das verbesserte Jahresergebnis. Da allerdings ein großer Teil der Forderungen aus diesen

Jahresabschluss 2015

Veranlagungen nicht mehr im Haushaltsjahr 2015 bezahlt wurde, fiel die Wirkung auf den Zahlungsmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit entsprechend gering aus.

Der Fehlbetrag im Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit ist stark zurückgegangen (-59.567 Tsd. €) auf nunmehr 37 179 Tsd. €. Die Hauptursache für diesen Rückgang ist, dass im Haushaltsjahr 2014 die Sporthalle am Platz der deutschen Einheit den 2014er Fehlbetrag wesentlich beeinflusste (Auszahlung i. H. v. 51.170 Tsd. €). Eine entsprechend große Investition wurde in 2015 nicht getätigt.

Trotz des starken Rückgangs im Vergleich zu dem durch den Einmaleffekt beeinflussten 2014er-Fehlbetrag liegt der 2015er Fehlbetrag immer noch deutlich über den Fehlbeträgen aus den Jahren 2011-2013. Darin spiegelt sich somit auch der Anstieg der Investitionstätigkeit der LHW im betrachteten Fünfjahreszeitraum wieder.

Im Gegensatz zum Haushaltsjahr 2014 (Überschuss i. H. v. 40.058 Tsd. €) weist der Zahlungsmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit im Haushaltsjahr 2015 einen Fehlbetrag i. H. v. 11.750 Tsd. € aus. Dies bedeutet, dass im Haushaltsjahr 2015 die Auszahlungen für Tilgungen von Investitionskrediten die Einzahlungen aus der Neuaufnahme von Investitionskrediten überstiegen.

Der Unterschied zu 2014 ist auch hier auf die Investition für die Sporthalle am Platz der deutschen Einheit zurückzuführen, da für diese im Haushaltsjahr 2014 ein entsprechend hoher Investitionskredit aufgenommen wurde, der die Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten wesentlich erhöhte.

Der Finanzmittelbestand am Ende des Haushaltsjahres 2015 hat sich somit gegenüber 2014 um weitere 18.380 Tsd. € verringert und liegt nun bei 123.810 Tsd. €.

Jahresabschluss 2015

3.5 Übersicht über die Investitionen und Instandhaltungen inkl. Überleitungen

Die Werte in diesem Kapitel basieren auf dem Datenstand Ende Mai 2016.

Investitionen (in Tsd. €)	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung ⁶⁸
	Ist 2014	2015	2015	Ist 2015	
Dez. I	54.616	8.764	14.209	7.804	15.141
Dez. II	21.017	18.978	31.961	21.017	35.851
Dez. III ⁶⁹	5.829	59	18.251	17.854	456
Dez. IV	11.385	19.352	5.557	9.556	14.925
Dez. V / Schule	5.907	31.872	6.542	12.751	25.662
Dez. V / Kultur	3.288	1.412	22.618	1.054	22.969
Dez. VI	1.838	796	1.079	796	892
Dez. VII	2.059	1.457	5.218	3.379	3.295
Summe	105.939	82.690	105.435	74.211	119.191

Instandhaltung (in Tsd. €)	Ausgaben	Ansatz	Budget- veränderung	Ausgaben	Restbudget bzw. Überleitung ⁷⁰
	Ist 2014	2015	2015	Ist 2015	
Dez. I	4.373	5.265	8.709	5.786	8.188
Dez. II	4.724	4.964	24.784	8.131	2.503
Dez. III	440	336	1.255	477	1.114
Dez. IV	8.908	8.668	4.280	9.689	0
Dez. V / Schule	7.624	5.769	8.215	7.648	6.334
Dez. V / Kultur	967	231	1.267	674	823
Dez. VI	262	238	381	149	470
Dez. VII	1.494	1.108	2.857	2.041	1.923
Summe	28.792	26.579	51.746	34.595	21.355

Gesamt	134.731	109.269	157.181	108.806	140.546
---------------	----------------	----------------	----------------	----------------	----------------

(Stand 08/2016)

⁶⁸ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

⁶⁹ Darstellung Dezernat III ohne Grundstücksfonds.

⁷⁰ Die Höhe der tatsächlichen Überleitungen kann durch evtl. Einsparungen abweichen.

Jahresabschluss 2015

Allgemeine Erläuterungen zur Tabelle (Stand 05/2015):

- Das Instandhaltungsbudget umfasst neben den Instandhaltungen von Bauwerken im eigentlichen Sinne auch Mittel für weitere nicht-aktivierungsfähige Vorhaben, wie z. B. Zuschüsse zu Instandhaltungen Dritter.
- Die Spalte Budgetveränderungen enthält die Summe aller Budgetveränderungen (Übertrag aus dem Vorjahr, Üpl/Apl⁷¹-Genehmigungen, Deckungen und (soweit zum Zeitpunkt der Erstellung gebucht) Überträge ins Folgejahr.
- Die Darstellung erfolgt auf Basis der Dezernatzuschnitte zum Zeitpunkt 31.12.2015.
- Der Grundstücksfonds (Dezernat III) ist nicht berücksichtigt.
- Die Arbeiten im Budgetabschluss waren zum Zeitpunkt der Erstellung noch nicht vollständig abgeschlossen. Es waren noch einzelne Genehmigungen überplanmäßiger Ausgaben offen, so dass sich noch Änderungen an der Höhe der tatsächlichen Überleitung ergeben können.

3.5.1 Übersicht über die fünf größten Investitionsmaßnahmen

Investitionen (in Tsd. €)		Rest aus 2014	Ansatz 2015	Akt. Ansatz 2015	Ausgaben 2015	Rest-budget bzw. max. Überleitung
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	14.199	0	14.199	14.199	0
I.04226	40 Brückenschule Sanierung	1.268	0	3.692	3.407	284
I.02802	80 Invest. Zuschuss Walkmühle	3.000	0	3.000	3.000	0
I.04144	40 Betreuung A-Stifterschule Erweiterung	2.547	0	2.847	2.480	367
I.00255	40 Comeniuschule Ersatzneubau	1.529	360	1.829	1.829	0

(Stand: 07/2016)

Eine ausführliche Liste über alle größeren Investitionsmaßnahmen befindet sich im Kapitel 4.10.

3.5.2 Erläuterungen zu Investitionen und Instandhaltungen

Die in Vorjahren an dieser Stelle veröffentlichten Erläuterungen der wesentlichen Positionen aus dem Investitions- und Instandhaltungsprogramm sind aufgeteilt nach Dezernaten im Rechenschaftsbericht aufgeführt.

⁷¹ Überplanmäßige / außerplanmäßige Aufwendungen / Ausgaben.

3.6 Rechtliche Grundlagen

Gemäß § 1 der Hessischen Gemeindeordnung⁷² hat eine Gemeinde das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe zu fördern. Dabei sind Gemeinden in ihrem Gebiet, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen, ausschließliche und eigenverantwortliche Träger der öffentlichen Verwaltung (§ 2 HGO).

Jede Gemeinde hat gemäß § 19 HGO die Aufgabe, in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohner erforderlichen wirtschaftlichen, sozialen, sportlichen und kulturellen öffentlichen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen.

⁷² Im Folgenden HGO.

3.7 Organe und Vertretungsbefugnis

Die Bürgerinnen und Bürger der LHW nehmen durch die Wahl der Stadtverordnetenversammlung, der Ortsbeiräte und des Oberbürgermeisters sowie durch Bürgerentscheide an der Verwaltung der Stadt teil.

Die Stadtverordnetenversammlung ist das oberste Organ der LHW.

Die Zahl der Stadtverordneten in der Stadtverordnetenversammlung der LHW beträgt nach § 38 Abs. 1 HGO für die Städte über 250.000 Einwohner 81. Die Gemeindevertreter können sich zu einer Fraktion zusammenschließen (§ 36 a Abs. 1 HGO).

Die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung beträgt fünf Jahre. Im März 2011 fand die letzte Kommunalwahl statt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt über die wichtigen Angelegenheiten der Stadt. Sie kann die Beschlussfassung über bestimmte Angelegenheiten oder bestimmte Arten von Angelegenheiten auf den Magistrat oder einen der Ausschüsse übertragen. Dies gilt nicht für die in § 51 HGO aufgeführten ausschließlichen Zuständigkeiten der Stadtverordnetenversammlung.

Im Einzelnen gliederte sich die Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2015 in die folgenden **Fraktionen**

	Stand: 31.12.2015
Christlich Demokratische Union (CDU)	27 Sitze
Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD)	24 Sitze
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)	16 Sitze
Linke&Piraten	3 Sitze
FDP	3 Sitze
Bürgerliste Wiesbaden (BLW)	0 Sitze
Unabhängige & Freie Wähler (UFW)	3 Sitze
Fraktionslos	5 Sitze

Nach der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung muss eine Fraktion aus mindestens drei Stadtverordneten bestehen.

Der Stadtverordnete Seipel-Rotter war bis zum 06.07.2015 Mitglied der Fraktion Linke&Piraten und wechselte am 07.07.2015 zur Fraktion Bündnis90/Die Grünen.

Die Fraktion BLW ging durch Austritt zweier Mitglieder am 10.11.2015 unter, da sie die Mindeststärke von drei Stadtverordneten unterschritt; sie wurde zum 31.12.2015 endgültig abgewickelt. Ab dem 10.11.2015 waren die drei ehemaligen Mitglieder der BLW fraktionslos.

Jahresabschluss 2015

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung:

Stadtverordnetenvorsteher:	Stellvertreter/innen:
Nickel, Wolfgang	Göttenauer, Michael (Linke & Piraten), bis 16.04.2015 Schon, Manuela (Linke & Piraten), seit 16.04.2015 Große, Claus-Peter (GRÜNE) Queck, Katharina (CDU) Schickel, Hans Peter (SPD)
Weitere Stadtverordnete in 2015:	
Abt, Richard Altz, Richard Andes-Müller Dipl.Ing., Dorothee Angor, Dorothea Apel, Michaela Bachmann, Christian Becker, Jürgen Belz, Stephan Bilir, Suayip Bohrer, Hartmut Braun, Karl Brenneisen Dr., Helga Breuer, Stefan David, Michael Delbasteh Dr., Rashid Denne, Heike Diers, Christian Dogan, Salih Düe, Barbara Dumont du Voitel, Sabine Egert, Urban Freund, Renate Frommann, Hans-Jörg Gaedeke, Sabine Gölz, Roland (seit 29.06.2015) Göttenauer, Michael (bis 16.04.2015) Gretz-Roth Dr., Vera Güler, Sibel Hagenmüller, Axel Hasemann-Trutzel, Hans-Joachim Hebenstreit, Anita Hinninger, Christiane Karipidou, Sofia Kessler, Hans-Martin Kienast-Dittrich, Renate Kisseler, Felix Koch, Simone Lerschmacher Dr., Karin Lorenz, Bernhard Manjura, Christoph Maritzen, Ronny	Michna Dr., Hans-Achim Mucha, Monika Oschmann, Petermartin Päßler, Mathias (seit 26.01.2015) Paffe, Sandra Pfeifer, Rainer Pöpel, Brigitte Susanne Reiß, Ingrid Reitz, Peter Röck-Knüttel, Nicole Rottloff, Simon Ruf, Nadine Sahin-Öztürk Dipl. Ing., Gülden Schadt, Peter Schäfer; Hans-Georg (seit 03.03.2015) Schlempp, Michael Schmehl, Hendrik Schmitz Dr., Sven-Uwe Schnaus, Eleonore Schon, Manuela Schuchalter-Eicke, Gabriele Seidensticker, Eberhard Seipel-Rotter, Hendrik Sohn, Axel Wolfgang Spallek, Stefan Spruch, Claudia Ünlü, Ümran (bis 26.01.2015) Uebersohn Dr., Gerhard Volk-Borowski, Dennis Völker Dr., Reinhard Vollkammer, Jan von Poser und Groß-Naedlitz Dr., Michael (bis 03.03.2015) Waldeck, Andreas Wallmann, Astrid Weck, André Weinerth, Ulrich (bis 29.06.2015) Wild, Volker Wilhelmy, Veit Wittkowski Dr., Bernd Zerbe, Kristof (seit 16.04.2015)

Jahresabschluss 2015

Für die Wahlperiode 2011 bis 2016 wurden folgende Ausschüsse gebildet:

- Ältestenausschuss,
- Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration,
- Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung,
- Ausschuss für Frauenangelegenheiten,
- Ausschuss für Freizeit und Sport,
- Ausschuss für Planung, Bau und Verkehr,
- Ausschuss für Schule und Kultur,
- Ausschuss für Soziales und Gesundheit,
- Ausschuss für Umwelt, Energie und Sauberkeit,
- Revisionsausschuss.

Für die restliche Wahlperiode ab dem Jahr 2014 wurde ein Beteiligungsausschuss gebildet.

Die Stadtverordnetenversammlung überwacht die Verwaltung der Stadt und die Geschäftsführung des Magistrats.

Der Magistrat hat die Stadtverordnetenversammlung über die wichtigsten Verwaltungsangelegenheiten laufend zu unterrichten und ihr wichtige Anordnungen der Aufsichtsbehörde mitzuteilen.

Der Magistrat besteht aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister, dem hauptamtlichen Bürgermeister, fünf hauptamtlichen Stadträtinnen/Stadträten (Dezernentinnen/Dezernenten) sowie weiteren 13 ehrenamtlichen Stadträtinnen/Stadträten.

Jahresabschluss 2015

Die Mitglieder des Magistrats in 2015 waren:

Oberbürgermeister	
Gerich, Sven	
Bürgermeister	
Goßmann, Arno	
hauptamtliche Magistratsmitglieder:	ehrenamtliche Magistratsmitglieder:
Bendel, Detlev Franz Dr., Oliver Möricke, Sigrid Scholz, Rose-Lore Imholz, Axel (Stadtkämmerer)	Coigné, Mechthild Gores, Wolfgang Jentsch Dr., Doris Knauer, Christa Kornmüller-Bolte, Daniela Nehrbaß, Helmut Reinhardt Dr., Tilli-Charlotte Reiß, Thorsten Schlempp, Dieter Schuster, Rainer Skolik, Helga von Scheidt, Helmut Wolf, Gabriele

Der Oberbürgermeister wird von den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt direkt gewählt. Die Amtszeit des Oberbürgermeisters beträgt sechs Jahre. Die nächste Wahl findet im Jahr 2019 statt.

Die hauptamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung gewählt. Deren Amtszeit beträgt ebenfalls sechs Jahre.

Die ehrenamtlichen Stadträte werden von der Stadtverordnetenversammlung für die Wahlzeit der Stadtverordnetenversammlung gewählt.

Der Magistrat vertritt die Stadt. Er ist deren Verwaltungsbehörde und besorgt nach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen der bereitgestellten Mittel die laufende Verwaltung der LHW.

3.8 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen

Im Haushaltsjahr 2015 standen durchschnittlich 4.335 Personen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis. Im Einzelnen waren dies 996 Personen in einem Dienstverhältnis (Beamtinnen/ Beamte) sowie 3.339 Personen in einem Arbeitsverhältnis (Arbeitnehmerinnen/ Arbeitnehmer).

Jahresabschluss 2015

3.9 Haftungsverhältnisse

Die LHW ist Mitglied im Sparkassenzweckverband Nassau (ZVN) neben der Stadt Frankfurt sowie vier Landkreisen in Hessen und zwei Landkreisen in Rheinland-Pfalz. Der Verband ist Mitglied im Sparkassen- und Giroverband Hessen-Thüringen. Er ist ein Zweckverband im Sinne des Gesetzes über die kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 16.12.1969 und damit eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 1 der Satzung des Sparkassenzweckverbandes Nassau vom 13.12.1990, zuletzt geändert am 09.03.2011). Der Zweckverband ist Gewährträger der Nassauischen Sparkasse. Nach dem grundsätzlichen Wegfall der Gewährträgerhaftung in 2005 haftet ein Träger nur noch unter ganz bestimmten Bedingungen für Verbindlichkeiten seiner Sparkasse nach dem 31.12.2015 (z. B. bezüglich der Altersvorsorge).

Für die Verbindlichkeiten des Verbandes haften die Mitglieder untereinander nach dem Verhältnis der Gesamtbeträge der aus dem Gebiet der einzelnen Mitglieder stammenden Verbindlichkeiten aus dem Sparkassengeschäft gegenüber Kunden und aus den Schuldverschreibungen der Sparkasse und aus den Forderungen an Kunden mit Ausnahme der Forderungen aus Schuldscheindarlehen untereinander. Der Anteil der LHW beträgt aktuell 30 %. Ausgeschiedene Mitglieder können insoweit mit herangezogen werden, als die Ursache für ihre Haftung in der Zeit vor ihrem Ausscheiden liegt (§ 2 Abs. 4 der o.g. Satzung).

Die LHW hat diverse Ausfallbürgschaften übernommen. Die Höhe des Bürgschaftsrisikos zum 31.12.2015 betrug insgesamt 603.415 Tsd. €. Da diese Bürgschaften Eventualverbindlichkeiten darstellen, sind sie gemäß § 251 HGB hier aufgeführt:

	in Tsd. €
Bürgschaften für Außenstehende	6.609
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar unter 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
Bürgschaften für Kapitalgesellschaften, deren Grund- bzw. Stammkapital sich unmittelbar oder mittelbar mindestens zu 50 % im Besitz der LH Wiesbaden befindet:	
WV Wiesbaden Holding GmbH	198.619
GWW Wiesbadener Wohnbaugesellschaft mbH	126.079
ESWE Versorgungs AG	69.231
Dr. Horst Schmidt Kliniken GmbH	59.679
GeWeGe Gemeinnützige Wohnungsgesellschaft der LH Wiesbaden mbH	75.070
ESWE Verkehrsgesellschaft mbH	26.759
SEG für Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH	15.049
AltenHilfe Wiesbaden GmbH	3.909
WIM Wiesbadener Immobilien Management GmbH	3.231
WIM Liegenschaftsfonds GmbH Co. KG	7.968
Wiesbadener Jugendwerkstatt GmbH	2.075
WI-Bau GmbH	9.137
Gesamt	603.415

Gegenüber der ELW wurde im Zusammenhang mit dem Bau einer Schlammdruckleitung sowie einer Zentrifugenstation eine Erklärung abgegeben. Danach wird die LHW im Falle eines Ausfalls der Firma InfraServ und, sofern dann für die o. a. getätigten Investitionen keine

Jahresabschluss 2015

andere Nutzungsalternativen vorhanden sind, in eine mögliche Sonderabschreibung der ELW in Höhe des bis zu diesem Zeitpunkt nicht abgeschrieben Restwertes eintreten.

Vor Eintritt durch die LHW sind allerdings möglicherweise vorhandene Erträge aus den nichtgebührenrelevanten Bereichen der ELW anzurechnen. Die LHW trägt dann lediglich die verbleibende Differenz.

Die LHW hat sich bei zahlreichen Grundstücksgeschäften dazu verpflichtet, eventuell anfallende Kosten für die Beseitigung von Altlasten (u. a. Bodenverunreinigung, Kampfmittelräumung) zu übernehmen.

Beim Amt für Wirtschaft und Liegenschaften wird eine Aufstellung über diese Verpflichtungen geführt. Diese Liste der Haftungsverhältnisse ist nicht abschließend, da in einigen Fällen eine Altlastenübernahme ohne konkrete Summenbeschränkungen oder Laufzeiten vereinbart wurden.

3.10 Sachverhalte über erhebliche finanzielle Verpflichtungen

Größere Mietverhältnisse der LH Wiesbaden:

Gebäude	Vertragslaufzeit bis	Mietfläche in m ²	jährlicher Mietzins inkl. NK-Vorausz. in Tsd. €
Europaviertel (ohne Lagerflächen)	28.02.2020	7.247	1.097
Hasengartenstraße 21	30.11.2019	7.438	1.410
Schillerplatz 1-2	31.12.2016	8.288	1.582
Konradinallee 11	30.09.2039	16.721	3.797
Gustav-Stresemann- Ring 15	31.12.2027	22.628	4.779

Jahresabschluss 2015

Weitere finanzielle jährliche Verpflichtungen von erheblicher Bedeutung (> 1.000 Tsd. € p. a.):

Vertragliche Verpflichtung	Laufzeit	Kosten in 2015	Kosten 2016 ff
IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS*	01.01.2005-31.12.2014, danach jährliche Kündigung möglich	mind. 8.488 Tsd. €	Derzeit Verlängerung jeweils um ein Jahr
Betriebskostenzuschüsse an Kindertagesstätten der freien Träger**	Unterschiedlich - je nach Träger	48.967 Tsd. €	mind. 41.150.250. € p.a.
Straßenbeleuchtungsvertrag mit ESWE	01.01.2016-31.12.2035	1.600 Tsd. €	mind. 1.666 Tsd. €

* Zusätzlich zum IT-Dienstleistungsvertrag mit WIVERTIS nehmen die Ämter Zusatzausstattungen bei WIVERTIS in Anspruch. Für diese Zusatzausstattungen belaufen sich die jährlichen Kosten im Durchschnitt der letzten 5 Jahre auf 4.857 Tsd. €.

** durch den Krippenausbau ist mit weiteren Kostensteigerungen durch höhere Betriebskostenzuschüsse in 2015 ff. zu rechnen.

Jahresabschluss 2015

3.11 Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die vorliegende Vermögensrechnung ist in Euro aufgestellt. Die in der Eröffnungsbilanz sowie in den vergangenen Jahresabschlüssen dargestellten Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften werden grundsätzlich fortgeführt (Grundsatz der Bilanzkontinuität). Auf die Angabe von Posten, für die in zwei aufeinanderfolgenden Jahren kein Betrag auszuweisen ist, wird verzichtet.

Alle Investitionen des **Anlagevermögens** der LHW wurden grundsätzlich mit den AHK aktiviert. Nicht entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände unterliegen dem Aktivierungsverbot. Investitionszuschüsse an Dritte sind als immaterielle Vermögensgegenstände ausgewiesen. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen ausschließlich linear. Die Nutzungsdauer für die einzelnen Wirtschaftsgüter orientiert sich im Allgemeinen an der kommunalen Abschreibungstabelle Hessen.

Außerplanmäßige Abschreibungen werden vorgenommen, sofern von einer dauerhaften Wertminderung auszugehen ist. Bei der Bewertung der **Finanzanlagen** kommen dabei in der Regel die fortgeführten AHK zur Anwendung. Ausnahme bilden die Eigenbetriebe, welche mit der fortgeführten Eigenkapitalspiegelbildmethode bewertet werden.

Seit 2013 werden Grundstücke, für die ein Erbbaurecht vergeben wurde, analog zur Bewertung in der Eröffnungsbilanz abgewertet.

Für **Vorräte** wird aufgrund ihres wertmäßig geringen Bestandes bei der LHW eine Verbrauchsfiktion unterstellt und folglich kein Wert angesetzt.

Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** werden mit ihrem Nennwert ausgewiesen. Dabei werden, differenziert nach Forderungsarten, angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt.

Die Forderungen wurden entsprechend ihrer Art und des Alters in verschiedene Klassen eingeteilt, für die dann pauschale Berichtigungsraaster definiert wurden. Forderungen an andere Behörden werden nicht wertberichtigt, Forderungen bei denen sich die Schuldner in einem laufenden Insolvenzverfahren befinden, werden generell i. H. v. 98 % bzw. 95 % (Gewerbesteuerforderungen) wertberichtigt.

Gewerbesteuerforderungen über 100 Tsd. € werden unabhängig von ihrem Alter zum Bilanzstichtag auf Werthaltigkeit überprüft und falls notwendig mit bis zu 100 % einzelwertberichtigt.

Die Forderungen und Verbindlichkeiten werden nicht saldiert ausgewiesen. Debitorische Kreditoren oder kreditorische Debitoren werden entsprechend zu den sonstigen Forderungen bzw. sonstigen Verbindlichkeiten umgegliedert.

Jahresabschluss 2015

Flüssige Mittel

Die flüssigen Mittel werden zum Nominalbetrag bilanziert.

Aktive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10.000 € übersteigen.

Eigenkapital

Die **Nettoposition** (Basiskapital) ergibt sich als Saldo durch den Vergleich von Vermögen mit (zweckgebundenen) Rücklagen, Sonderrücklagen und Schulden in der Eröffnungsbilanz. Sie verändert sich lediglich, wenn ein Verlustvortrag durch die Ergebnisse der folgenden fünf Jahre nicht ausgeglichen werden kann (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO-Doppik).

Sonderposten

Erhaltene investive Zuschüsse, Zuweisungen und Beiträge sind als Sonderposten ausgewiesen und werden, soweit sie einem einzelnen Vermögensgegenstand zuzuordnen sind, grundsätzlich ertragswirksam über den gleichen Zeitraum wie der „bezuschusste“ Vermögensgegenstand aufgelöst. In allen anderen Fällen erfolgt die Auflösung linear über die durchschnittliche Nutzungsdauer der entsprechenden Vermögenskategorie. Pauschale Investitionszuwendungen werden über 20 Jahre aufgelöst (z. B. Schulbaupauschale, allgemeine Investitionspauschale).

Rückstellungen

Die Bildung der **Rückstellung für die Pensionsverpflichtungen** aufgrund von beamtenrechtlichen oder vertraglichen Ansprüchen ergibt sich aus § 39 Abs. 1 GemHVO-Doppik, Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen ergeben sich aus dem Hessischen Beamtenversorgungsgesetz (HBeamtVG).

Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2015 zugrunde.

Die Berechnung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren gemäß § 6a Einkommenssteuergesetz⁷³. Den nach versicherungs-mathematischen Grundsätzen ermittelten Teilwerten liegt unter Verwendung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck ein Rechnungszinsfuß von 4,5 % zugrunde. Unter Anwendung des siebenjährigen Durchschnittszinses nach § 253 Abs. 2 HGB (3,89 %) ergeben sich stille Lasten in Höhe von ca. 34.500 Tsd. €. Real sind diese stillen Lasten höher, da sich auch diese Verzinsung derzeit am Markt mündelsicher kaum erreichen lässt.

Die Bewertung unterstellt eine monatlich vorschüssige Zahlungsweise. Die Berücksichtigung der Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld erfolgte nach der kollektiven Methode. Dabei wurde generell eine Anwartschaft auf Witwen- bzw. Witwergeld in Höhe von 60 % des Ruhegehalts angesetzt, das der / die Verstorbene erhalten hat oder hätte erhalten können, wenn

⁷³ Im Folgenden EStG.

Jahresabschluss 2015

er / sie am Todestag in den Ruhestand getreten wäre. Die Anwartschaft auf Waisengeld wurde nicht berücksichtigt.

Bei der Bewertung der Pensionsverpflichtungen wurden mangels exakter Datenbasis folgende Näherungen angesetzt:

Als Eintrittsdatum für den Finanzierungsbeginn gemäß § 6a EStG sowie als Beginn der Dienstzeit zur Erfüllung der Wartezeit gemäß § 4 HBeamtVG wurde bei den Beamtinnen / Beamten der gemeldete Beginn der ruhegehaltstfähigen Dienstzeit zugrunde gelegt.

Zur Vermeidung des unverhältnismäßig hohen Aufwands, der bei der Ermittlung des durchschnittlichen Beschäftigungsgrades in jedem Einzelfall entstanden wäre, wurden pauschale Annahmen zum Arbeitszeitverhalten nach den Erfahrungswerten des Personal- und Organisationsamtes zugrunde gelegt. Die Beamtinnen und Beamten in Altersteilzeit wurden dabei gesondert betrachtet.

Die Zuschüsse nach der Hessischen Beihilfenverordnung stellen eine unmittelbare Verpflichtung der LHW dar. Für die Beihilfeverpflichtungen gegenüber Anspruchsberechtigten ist eine **Rückstellung** zu bilden. Bei der Bewertung der **Beihilfeverpflichtungen** zum Stichtag 31.12.2015 wurde eine durchschnittliche Beihilfezahlung in Höhe von 3.946 € p. a. in Ansatz gebracht. Dafür wurde zum ersten Mal die durchschnittliche Beihilfezahlung pro Versorgungsempfänger über die letzten drei Vorjahre für die Prognose angesetzt. In den Vorjahren wurde der Durchschnitt nur eines Vorjahres angenommen. Mit der Änderung der Vorgehensweise soll dem mittelfristigen Trend besser Rechnung getragen werden.

Die Ermittlung der **Rückstellung für Altersteilzeit** erfolgte auf Basis der Stellungnahme des IDW vom 18.11.1998 zur Rechnungslegung (IDW RS HFA 3). Sie wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen unter Anwendung eines Rechnungszinses von 4,5 % ermittelt. Der Bewertung der Altersteilzeitverpflichtungen liegt der Datenbestand zum 01.10.2015 zugrunde. Art und Umfang der zu gewährenden Leistungen sind für Beamtinnen / Beamte dem § 85 b des Hessischen Beamtengesetzes in Verbindung mit der „Verordnung über die Gewährung eines Zuschlags bei Altersteilzeit (Altersteilzeitzuschlagsverordnung - ATZV)“ in der am 31.08.2006 geltenden Fassung zu entnehmen. Für Tarifbeschäftigte sind Art und Umfang der Leistungen in dem „Tarifvertrag zur Regelung der Altersteilzeitarbeit (TV ATZ)“ vom 05.05.1998 in der Fassung des Änderungstarifvertrages Nr. 2 vom 30.06.2000 festgelegt.

Die **Rückstellung für das Leistungsentgelt** nach § 18 TVöD errechnet sich aus der Differenz zwischen dem Gesamtvolumen für das Leistungsentgelt (2 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres aller unter den TVöD fallenden Beschäftigten) und dem Teilbetrag i. H. v. 6 % des Tabellenentgelts des Monats Septembers, der im Dezember an die Beschäftigten ausgezahlt wird. Dieser Differenzbetrag wird entsprechend der Dienstvereinbarung jeweils im Juni des Folgejahres nach Leistungsgesichtspunkten ausgezahlt.

Bei den **Rückstellungen für die Sanierung von Altlasten** handelt es sich überwiegend um Altlastenentsorgungsverpflichtungen, die über den ermittelten Wert des Grund und Bodens hinausgehen, deswegen nicht aktivisch abgesetzt werden können und auf der Passivseite als Rückstellungen ausgewiesen werden.

Jahresabschluss 2015

Die **sonstigen Rückstellungen** berücksichtigen ungewisse Verbindlichkeiten z. B. für einen Anteil von ca. 30 % des negativen Eigenkapitals eines Zweckverbandes.

Die **Rückstellungen für Instandhaltungen** werden seit dem Jahresabschluss 2013 auf Basis des Quotienten in Höhe von 3,5 % der Instandhaltungsaufwendungen gebildet. Frühere Verfahren haben sich bei der Vielzahl der Objekte als nicht praktikabel erwiesen.

Verbindlichkeiten sind zum voraussichtlichen Rückzahlungsbetrag angesetzt. Leibrenten wurden mit ihrem Barwert (Kapitalwert) bilanziert.

Passive Rechnungsabgrenzungsposten werden nur gebildet, wenn ihre Werte mit vertretbarem Aufwand ermittelbar sind und sie einen Betrag von 10 Tsd. € im Einzelfall übersteigen.

Jahresabschluss 2015

4. Tabellenteil

Jahresabschluss 2015

4.1 Anlagenspiegel (in Tsd. €)

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten					Kumulierte Abschreibungen						Buchwert	
	Gesamte AK/HK am Beginn des Haushaltsjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushaltsjahr	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Gesamte AK/HK am Ende des Haushaltsjahres	Kumulierte Abschreibungen am Beginn des Haushaltsjahres	Zuschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen im Haushaltsjahr	Abschreibungen auf Abgänge	Umbuchungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschreibungen am Ende des Haushaltsjahres	am 31.12. des Haushaltsjahres	am 31.12. des Vorjahres
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14
1. Immaterielle Vermögensgegenstände													
1.1 Konzessionen, Lizenzen und ähnliche Rechte	9.352	871	1.734	105	8.594	5.779	0	1.200	1.734	0	5.246	3.348	3.573
1.2 Geleistete Investitionszuweisungen und -zuschüsse	70.482	21.186	3.011	15.776	104.432	26.896	0	6.274	3.011	0	30.159	74.273	43.586
Summe 1.	79.833	22.057	4.745	15.880	113.026	32.675	0	7.474	4.745	0	35.405	77.620	47.158
2. Sachanlagevermögen													
2.1 Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	474.033	3.607	3.988	1.442	475.094	2.131	0	1.574	4	0	3.701	471.394	471.902
2.2 Bauten, einschließlich Bauten auf fremden Grundstücken	725.456	11.370	617	10.200	746.409	237.003	0	12.771	547	0	249.222	497.188	488.453
2.3 Sachanlagen im Gemeingebrauch, Infrastrukturvermögen	1.128.767	8.581	5.231	5.439	1.137.555	730.854	0	18.592	2.571	0	746.875	390.680	397.913
2.4 Anlagen und Maschinen zur Leistungserstellung	208	0	0	0	208	50	0	12	0	0	61	147	158
2.5 Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	108.192	7.065	911	1.535	115.880	40.042	0	5.708	825	0	44.931	70.950	68.150
2.6 Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	75.183	12.783	473	-34.496	52.997	0	0	0	0	0	0	52.997	75.183
Summe 2.	2.511.839	43.405	11.220	-15.880	2.528.144	1.010.078	0	38.657	3.947	0	1.044.789	1.483.355	1.501.760
3. Finanzanlagevermögen													
3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen	467.303	0	0	0	467.303	16.377	39	3.691	0	0	20.029	447.275	450.926
3.2 Ausleihungen an verbundene Unternehmen	66.476	1.670	1.497	0	66.649	0	0	0	0	0	0	66.649	66.476
3.3 Beteiligungen	184	0	0	0	184	0	0	0	0	0	0	184	184
3.4 Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	17.244	0	235	0	17.009	0	0	0	0	0	0	17.009	17.244
3.5 Wertpapiere des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
3.6 Sonstige Finanzanlagen	78.347	46	2.012	0	76.381	0	0	406	0	0	406	75.975	78.347
Summe 3.	629.554	1.716	3.744	0	627.526	16.377	39	4.097	0	0	20.435	607.091	613.177
4. Sparkassenrechtliche Sonderbeziehungen	173.640	0	0	0	173.640	0	0	0	0	0	0	173.640	173.640
Gesamtsumme (1. bis 4.)	3.394.866	67.178	19.708	0	3.442.336	1.059.131	39	50.229	8.691	0	1.100.629	2.341.707	2.335.735

Jahresabschluss 2015

4.2 Forderungsspiegel

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2016) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.17 - 31.12.20) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2021) Tsd. €
1. Forderungen aus Zuweisungen, Zuschüssen, Transferleistungen, Investitionszuweisungen und -zuschüssen und Investitionsbeiträgen	46.227	38.903	3.277	6.123	29.503
2. Forderungen aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	18.319	37.281	37.251	29	1
3. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	633	832	811	18	3
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	28.579	40.115	40.115		
5. Sonstige Vermögensgegenstände	13.307	9.556	8.977	506	73
Summe	107.065	126.687	90.431	6.676	29.580

4.3 Verbindlichkeitspiegel

Verbindlichkeiten	Zu Beginn des Haushaltsjahres Tsd. €	Zum Ende des Haushaltsjahres Tsd. €	Restlaufzeiten		
			bis zu einem Jahr (bis 31.12.2016) Tsd. €	ein bis fünf Jahren (01.01.17 - 31.12.20) Tsd. €	über fünf Jahre (ab 01.01.2021) Tsd. €
1. Anleihen					
2. Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen					
2.1 Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten <i>davon Kassenkredite: 5.000 Tsd. €</i>	350.447	344.024	21.571	70.823	251.630
2.2 Verbindlichkeiten gegenüber öffentlichen Kreditgebern	34.296	32.846	3.305	11.312	18.229
2.3 Sonstige Verbindlichkeiten aus Krediten	1.303	1.248	-	36	1.212
3. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften	46	-	-	-	-
4. Verbindlichkeiten aus Zuweisungen und Zuschüssen, Transferleistungen und Investitionszuweisungen und -zuschüssen sowie Investitionsbeiträgen	2.688	7.654	7.654	-	-
5. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	10.384	9.713	9.713	-	-
6. Verbindlichkeiten aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben	3.488	3.396	3.396	-	-
7. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen und gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und Sondervermögen	23.093	14.309	14.309	-	-
8. Sonstige Verbindlichkeiten	40.029	44.182	44.182	-	-
Summe	465.774	457.372	104.130	82.171	271.071

Jahresabschluss 2015

4.4 Eigenkapitalpiegel

Eigenkapital	Anfangsstand	Verwendung des Jahresergebnis aus dem Vorjahr	Veränderungen aus dem laufenden Jahr	Endstand
	01.01.2015 EUR	2015 EUR	2015 EUR	31.12.2015 EUR
I. Nettosition	1.259.089.688			1.259.089.688
II. Rücklagen	92.692.681	-16.407.288		76.285.393
Rücklagen aus Überschüssen des ordentl. Ergebnisses	79.584.229	-13.857.121		65.727.107
Rücklagen aus Überschüssen des außerordentl. Ergebnisses	11.224.491	-2.550.167		8.674.325
<u>Sonderrücklage</u> Stiftungskapital	1.883.961			1.883.961
III. Verluste aus Vorjahren	0			0
IV. Jahresergebnis	-16.407.288			18.545.421
Eigenkapital inkl. Jahresergebnis	1.335.375.081			1.353.920.502

Jahresabschluss 2015

4.5 Rückstellungsspiegel

	Anfangsstand 01.01.2015 EUR	Verbrauch 2015 EUR	Auflösung 2015 EUR	Zuführung 2015 EUR	Endstand 31.12.2015 EUR
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	481.114.550		1.909.737	5.011.168	484.215.981
Pensionsrückstellung	422.694.022			5.011.168	427.705.190
Rückstellung Altersteilzeit	450.780		187.004		263.776
Rückstellung Beihilfe					
Versorgungsempfänger	57.969.748		1.722.733		56.247.015
Rückstellung für Finanzausgleich und Steuern	422.046		132.046	235.355	525.355
Rückstellung für die Sanierung von Altlasten	579.986				579.986
sonstige Rückstellungen	13.806.414	4.980.312	2.338.759	3.871.521	10.358.864
Rückstellung für Leistungsentgelt	3.844.449	3.844.449		2.085.942	2.085.942
Rückstellung Lebensarbeitszeitkonto	4.661.134			218.905	4.880.039
Rückstellung für unterlassene Instandhaltungen	967.652	967.652		1.198.699	1.198.699
Sonstige Rückstellungen	4.333.180	168.211	2.338.759	367.974	2.194.184
Theatertage				44.185	44.185
Deckung neg. Eigenkapital KGRZ	1.240.169		43.874		1.196.295
Offene NK-Forderung Luisenforum	197.658				197.658
T-Systems				86.000	86.000
Rückforderung zuviel erhaltener Eingliederungsleistungen SGB II	2.036.716		2.036.716		
Rückbau Bauernbrücke	47.257				47.257
Rückerst. Gebühren Ausländerbehörde	180.000	35.743	144.257		
Zinsverpflicht. Soz. Stadt.	385.000			47.489	432.489
Nebenkostenabrechnung Verwaltungsgebäude				190.300	190.300
Betriebskosten Hasengartenstr. 25 (2011-2013)	113.912		113.912		
Betriebskosten Schillerplatz 1-3 (2013)	132.469	132.469			
Gesamt	495.922.996	4.980.312	4.380.542	9.118.044	495.680.186

Jahresabschluss 2015

4.6 Übersicht über die fremden Finanzmittel

Forderungen	Anfangsstand 2015 EUR	Endstand 2015 EUR
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	1.000,00	2.624,60
Summe Forderungen ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	1.000,00	2.624,60
Vorverkauf Caligari	1.121,42	2.401,99
Bundesanteile Gebühren	10.841,99	1.868,10
sonst. Forderung aus Personalkostenabwicklung für sonstige Dritte	326,50	458.100,54
Summe sonstige Vermögensgegenstände	12.289,91	462.370,63

Verbindlichkeiten	Anfangsstand 2015 EUR	Endstand 2015 EUR
sonst. Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	19.883,86	7.689,76
sonst. Verbindlichkeiten aus Umsatzsteuerabwicklung für verbundene Unternehmen und Beteiligungen	0,00	0,57
Grundkapital Stiftungen	880.958,36	880.958,36
Verwendbares Kapital Stiftungen	4.486.335,18	4.360.452,37
Summe Verbindlichkeiten ggü. verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen	5.387.177,40	5.249.101,06
sonstige Verbindlichkeiten aus Personalkostenabwicklung für Dritte	81.825,37	1.854,34
Erich-Haub-Zais-Stiftung	34.619,68	78.582,87
Georg-Konell-Preis	14.506,95	14.043,19
Christian-Zais-Preis	14.026,48	14.061,55
Gebühren für Kraftfahrtbundesamt	14.299,82	14.120,72
sonstige durchlaufende Gelder	185.801,87	35.983,03
sonstige Verbindlichkeiten Great Spas of Europe	127.123,80	234.588,38
Erbschaft Kubis	141.444,60	146.724,82
Verbindlichk. a. Bambini-Landesprogramm	4.823.649,21	7.622.122,50
Verbindlichkeiten ggü. Land komm. soziale Hilfen	36.159,07	263.543,04
Landesanteil Fehlbelegungsabgabe	4.178,00	3.302,46
sonstige Verbindlichkeiten	5.477.634,85	8.428.926,90

Jahresabschluss 2015

4.7 Teilergebnisrechnung Wiesbaden

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-14.201.753	-16.139.060	-13.440.331	-2.698.729
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-38.394.555	-34.571.555	-41.938.908	7.367.353
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-18.640.197	-17.084.672	-22.830.301	5.745.630
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-1.086.846	-1.630.000	-891.823	-738.177
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-459.296.803	-473.777.530	-510.962.005	37.184.475
6	Erträge aus Transferleistungen	-163.425.086	-160.349.370	-169.792.675	9.443.305
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-182.672.321	-194.943.923	-210.817.939	15.874.016
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-13.338.706	-16.832.476	-12.260.394	-4.572.083
9	Sonstige ordentliche Erträge	-53.772.614	-23.812.458	-30.359.332	6.546.874
10	Summe der ordentlichen Erträge	-944.828.880	-939.141.044	-1.013.293.708	74.152.664
11	Personalaufwendungen	208.551.973	214.559.780	217.249.057	-2.689.277
12	Versorgungsaufwendungen	38.508.460	47.104.704	30.381.860	16.722.844
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	144.184.525	146.771.032	157.187.686	-10.416.654
14	Abschreibungen	61.950.072	55.673.038	61.931.152	-6.258.114
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	103.560.651	109.597.520	113.522.144	-3.924.624
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	95.416.722	99.955.610	103.017.395	-3.061.785
17	Transferaufwendungen	344.889.527	331.059.266	360.281.006	-29.221.740
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-25.394.162	-24.148.400	-27.842.037	3.693.637
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	971.667.767	980.572.550	1.015.728.264	-35.155.714
20	Verwaltungsergebnis	26.838.887	41.431.506	2.434.556	38.996.950
21	Finanzerträge	-37.379.754	-47.247.780	-41.729.831	-5.517.949
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	20.272.545	19.886.300	16.772.150	3.114.150
23	Finanzergebnis	-17.107.208	-27.361.480	-24.957.681	-2.403.799
24	Ordentliches Ergebnis	9.731.678	14.070.026	-22.523.125	36.593.151
25	Außerordentliche Erträge	-3.837.071	-45.782	-13.421.744	13.375.962
26	Außerordentliche Aufwendungen	6.812.486	5.880	12.185.212	-12.179.332
27	Außerordentliches Ergebnis	2.975.415	-39.902	-1.236.531	1.196.630
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	12.707.093	14.030.125	-23.759.656	37.789.781

Jahresabschluss 2015

4.8 Teilergebnisrechnung AKK

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-777.213	-695.330	-802.500	107.170
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-1.814.153	-1.837.370	-1.941.811	104.441
3	Kostensersatzleistungen und -erstattungen	-190.521	-73.190	-327.055	253.865
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	-116.940	0	-83.848	83.848
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-40.890.019	-45.688.220	-36.761.062	-8.927.158
6	Erträge aus Transferleistungen	-334.160	-302.820	-324.332	21.512
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-12.033.302	-13.448.884	-14.129.382	680.498
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-2.601.729	-2.921.491	-1.932.044	-989.447
9	Sonstige ordentliche Erträge	327.441,70-	-1.890.083	-2.079.769	189.686
10	Summe der ordentlichen Erträge	-59.085.478	-66.857.388	-58.381.804	-8.475.583
11	Personalaufwendungen	5.678.856	5.391.644	5.601.534	-209.890
12	Versorgungsaufwendungen	53.268	72.400	71.036	1.364
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.410.077	7.348.934	9.720.393	-2.371.459
14	Abschreibungen	4.933.312	4.457.402	5.140.000	-682.599
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	4.137.827	5.367.125	4.358.302	1.008.823
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	10.657.097	10.087.100	9.075.900	1.011.200
17	Transferaufwendungen	902.120	1.041.575	778.526	263.049
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	27.706.471	27.564.740	28.364.046	-799.306
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	62.479.027	61.330.919	63.109.738	-1.778.818
20	Verwaltungsergebnis	3.393.549	-5.526.468	4.727.933	-10.254.402
21	Finanzerträge	-532.421	-678.450	-141.556	-536.894
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.264.315	2.085.000	2.391.230	-306.230
23	Finanzergebnis	731.894	1.406.550	2.249.673	-843.123
24	Ordentliches Ergebnis	4.125.443	-4.119.918	6.977.607	-11.097.525
25	Außerordentliche Erträge	-1.308.073	0	-1.800.487	1.800.487
26	Außerordentliche Aufwendungen	882.825	0	37.115	-37.115
27	Außerordentliches Ergebnis	-425.248	0	-1.763.372	1.763.372
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	3.700.195	-4.119.918	5.214.235	-9.334.154

Jahresabschluss 2015

4.9 Teilergebnisrechnungen der Dezernate Wiesbaden und AKK

Dezernat I

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-752	-1.506	-786	-719
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-2.729	-2.726	-2.900	174
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-636	-689	-4.941	4.252
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-27	-22	-27	5
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-37	0	-23	23
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-189	0	-189
9	Sonstige ordentliche Erträge	-829	-142	-1.024	882
10	Summe der ordentlichen Erträge	-5.010	-5.274	-9.702	4.428
11	Personalaufwendungen	29.416	30.660	31.194	-533
12	Versorgungsaufwendungen	8.571	9.028	8.698	331
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	19.795	20.141	25.331	-5.190
14	Abschreibungen	4.244	4.908	5.002	-94
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	2.508	1.638	2.997	-1.358
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	50	0	50
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	69	48	66	-18
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	64.603	66.474	73.286	-6.812
20	Verwaltungsergebnis	59.593	61.200	63.584	-2.384
21	Finanzerträge	0	0	-10	10
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	2	-2
23	Finanzergebnis	0	0	-8	8
24	Ordentliches Ergebnis	59.593	61.200	63.577	-2.376
25	Außerordentliche Erträge	-34	-14	-1.006	992
26	Außerordentliche Aufwendungen	34	1	446	-445
27	Außerordentliches Ergebnis	0	-13	-560	547
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	59.593	61.187	63.017	-1.830
29	Ergebnis aus dLV	-1.198	-222	-1.134	912
30	Ergebnis aus Umlagen	-11.275	-9.662	-10.944	1.282
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-12.472	-9.884	-12.078	2.194
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	47.121	51.303	50.939	365

Jahresabschluss 2015

Dezernat II

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-859	-810	-741	-70
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-7.037	-7.272	-7.322	50
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-7.125	-6.272	-7.205	933
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	-58	58
6	Erträge aus Transferleistungen	-163.430	-160.427	-169.849	9.423
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-62.260	-60.208	-70.675	10.466
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-368	0	-368
9	Sonstige ordentliche Erträge	-3.179	-4.098	-4.031	-68
10	Summe der ordentlichen Erträge	-243.889	-239.456	-259.880	20.424
11	Personalaufwendungen	85.552	86.045	90.074	-4.029
12	Versorgungsaufwendungen	5.927	6.748	6.086	662
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	27.612	28.386	31.817	-3.431
14	Abschreibungen	6.069	4.940	6.803	-1.863
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	54.597	55.240	62.327	-7.086
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	345.720	332.101	360.926	-28.825
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	21	20	-39	60
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	525.497	513.479	557.993	-44.513
20	Verwaltungsergebnis	281.608	274.023	298.113	-24.090
21	Finanzerträge	-10	-7	-7	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	315	0	367	-367
23	Finanzergebnis	305	-7	360	-367
24	Ordentliches Ergebnis	281.914	274.016	298.473	-24.457
25	Außerordentliche Erträge	-321	-9	-3.019	3.010
26	Außerordentliche Aufwendungen	436	1	1.003	-1.002
27	Außerordentliches Ergebnis	114	-8	-2.016	2.008
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	282.028	274.009	296.458	-22.449
29	Ergebnis aus dLV	749	884	953	-69
30	Ergebnis aus Umlagen	26.331	20.761	22.983	-2.222
31	Ergebnis aus internen Leistungen	27.080	21.646	23.936	-2.291
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	309.108	295.654	320.394	-24.740

Jahresabschluss 2015

Dezernat III

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-9.186	-8.539	-8.750	211
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-3.572	-3.319	-3.460	141
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-208	-79	-166	87
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-11	0	-37	37
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-93	0	-93
9	Sonstige ordentliche Erträge	-837	-726	-1.306	580
10	Summe der ordentlichen Erträge	-13.815	-12.757	-13.720	962
11	Personalaufwendungen	18.246	18.523	18.445	78
12	Versorgungsaufwendungen	3.641	4.188	3.688	500
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8.328	6.671	10.183	-3.512
14	Abschreibungen	1.440	1.435	1.477	-42
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	1.181	1.489	1.342	147
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	78	0	128	-128
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.557	817	288	529
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	34.471	33.124	35.552	-2.428
20	Verwaltungsergebnis	20.656	20.366	21.832	-1.466
21	Finanzerträge	-5	0	-31	31
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	38	6	11	-5
23	Finanzergebnis	33	6	-20	26
24	Ordentliches Ergebnis	20.689	20.373	21.812	-1.440
25	Außerordentliche Erträge	-3.855	0	-7.382	7.382
26	Außerordentliche Aufwendungen	1.513	0	3.466	-3.466
27	Außerordentliches Ergebnis	-2.342	0	-3.916	3.916
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	18.347	20.373	17.896	2.477
29	Ergebnis aus dLV	126	71	130	-59
30	Ergebnis aus Umlagen	-14.925	-15.898	-15.288	-610
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-14.798	-15.827	-15.159	-668
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	3.548	4.546	2.737	1.808

Jahresabschluss 2015

Dezernat IV

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-60	-3.589	-66	-3.522
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-9.046	-5.063	-11.675	6.612
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-1.470	-1.279	-1.868	589
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-312	-61	-175	114
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	-1	1
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-497	-2.116	-565	-1.551
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-5.588	0	-5.588
9	Sonstige ordentliche Erträge	-329	-2.642	-243	-2.398
10	Summe der ordentlichen Erträge	-11.713	-20.338	-14.594	-5.744
11	Personalaufwendungen	21.440	22.584	22.496	88
12	Versorgungsaufwendungen	1.684	1.622	1.826	-203
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	21.825	22.895	24.106	-1.212
14	Abschreibungen	19.624	20.574	18.407	2.167
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	116	-122	292	-414
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	100	2.431	22	2.409
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	64.789	69.983	67.148	2.836
20	Verwaltungsergebnis	53.076	49.646	52.554	-2.908
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	70	0	1	-1
23	Finanzergebnis	70	0	1	-1
24	Ordentliches Ergebnis	53.146	49.646	52.555	-2.910
25	Außerordentliche Erträge	-661	-7	-496	489
26	Außerordentliche Aufwendungen	302	2	1.359	-1.357
27	Außerordentliches Ergebnis	-359	-5	863	-868
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	52.786	49.641	53.418	-3.777
29	Ergebnis aus dLV	-2.855	-3.608	-2.878	-729
30	Ergebnis aus Umlagen	1.866	3.605	1.761	1.845
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-989	-2	-1.117	1.115
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	51.798	49.639	52.301	-2.662

Jahresabschluss 2015

Dezernat V

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 ./ Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-2.046	-1.012	-2.163	1.151
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-762	-1.204	-672	-532
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-2.150	-2.532	-2.144	-388
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-5	-4	-7	4
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-10.549	-10.075	-10.748	673
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-4.079	0	-4.079
9	Sonstige ordentliche Erträge	-1.072	-1.098	-1.318	219
10	Summe der ordentlichen Erträge	-16.584	-20.004	-17.052	-2.952
11	Personalaufwendungen	21.129	22.083	21.616	467
12	Versorgungsaufwendungen	1.471	1.312	1.559	-247
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	41.458	36.388	41.031	-4.643
14	Abschreibungen	10.488	12.632	10.604	2.028
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	28.837	28.775	29.969	-1.194
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	-7	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	19	55	16	39
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	103.394	101.244	104.795	-3.551
20	Verwaltungsergebnis	86.810	81.240	87.743	-6.503
21	Finanzerträge	0	0	0	0
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	6	-6
23	Finanzergebnis	0	0	6	-6
24	Ordentliches Ergebnis	86.810	81.240	87.748	-6.509
25	Außerordentliche Erträge	-4	0	-1.678	1.678
26	Außerordentliche Aufwendungen	418	0	175	-175
27	Außerordentliches Ergebnis	413	0	-1.503	1.503
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	87.223	81.240	86.246	-5.006
29	Ergebnis aus dLV	1.305	677	1.357	-680
30	Ergebnis aus Umlagen	5.147	5.098	5.583	-485
31	Ergebnis aus internen Leistungen	6.453	5.776	6.941	-1.165
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	93.676	87.016	93.187	-6.171

Jahresabschluss 2015

Dezernat VI

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-316	-190	-266	76
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-777	-716	-854	138
3	Kostenersatzleistungen und -erstattungen	-281	-239	-219	-19
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-950	-932	-931	-1
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-314	0	-314
9	Sonstige ordentliche Erträge	-16.710	-15.563	-16.305	742
10	Summe der ordentlichen Erträge	-19.034	-17.954	-18.575	621
11	Personalaufwendungen	7.749	8.031	7.815	216
12	Versorgungsaufwendungen	1.170	1.341	1.177	164
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.013	6.169	5.718	451
14	Abschreibungen	675	844	847	-3
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	12.788	11.674	13.378	-1.705
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	6	-6
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	496	1	130	-130
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	29.890	28.059	29.072	-1.013
20	Verwaltungsergebnis	10.857	10.105	10.497	-392
21	Finanzerträge	-3.702	-3.355	-3.941	586
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1	0	2	-2
23	Finanzergebnis	-3.701	-3.355	-3.939	584
24	Ordentliches Ergebnis	7.156	6.750	6.558	192
25	Außerordentliche Erträge	-127	0	-39	39
26	Außerordentliche Aufwendungen	4.880	0	3.712	-3.712
27	Außerordentliches Ergebnis	4.754	0	3.673	-3.673
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	11.909	6.750	10.231	-3.481
29	Ergebnis aus dLV	-17	-86	-64	-22
30	Ergebnis aus Umlagen	-3.822	-675	-1.413	737
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-3.838	-761	-1.477	716
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	8.071	5.989	8.754	-2.765

Jahresabschluss 2015

Dezernat VII

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 J. Sp. 6)
1	3	4	5	6	7
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	-1.761	-1.189	-1.471	282
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	-19.857	-19.427	-20.457	1.030
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-1.011	-281	-706	425
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	0	0	0
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	0	0	0	0
6	Erträge aus Transferleistungen	-89	-120	-66	-54
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-119	-61	-44	-17
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	0	-57	0	-57
9	Sonstige ordentliche Erträge	-2.557	-1.433	-1.796	363
10	Summe der ordentlichen Erträge	-25.393	-22.569	-24.540	1.972
11	Personalaufwendungen	30.282	31.288	31.380	-91
12	Versorgungsaufwendungen	2.267	2.438	2.409	29
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	26.476	25.826	28.331	-2.505
14	Abschreibungen	3.906	1.636	2.397	-760
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	57	224	76	148
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	0	0	0	0
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	51	45	40	5
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	63.040	61.458	64.633	-3.175
20	Verwaltungsergebnis	37.647	38.890	40.093	-1.203
21	Finanzerträge	-2.310	-3.343	-2.450	-892
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	1	-1
23	Finanzergebnis	-2.310	-3.343	-2.449	-893
24	Ordentliches Ergebnis	35.337	35.547	37.644	-2.097
25	Außerordentliche Erträge	-143	-17	-1.583	1.567
26	Außerordentliche Aufwendungen	114	2	1.654	-1.652
27	Außerordentliches Ergebnis	-30	-14	71	-86
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	35.307	35.533	37.715	-2.182
29	Ergebnis aus dLV	685	505	660	-155
30	Ergebnis aus Umlagen	-3.323	-3.229	-2.682	-548
31	Ergebnis aus internen Leistungen	-2.639	-2.724	-2.021	-703
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	32.668	32.809	35.694	-2.885

Jahresabschluss 2015

Allgemeine Finanzwirtschaft

Position	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres 2014	Fortgeschriebener Ansatz des Haushaltsjahres 2015	Ergebnis des Haushaltsjahres 2015	Vergleich fortgeschriebener Ansatz / Ergebnis des Haushaltsjahres (Sp. 5 / Sp. 6)
1	2	3	4	5	6
		EUR	EUR	EUR	EUR
1	Privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
2	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0	0	0	0
3	Kostensatzleistungen und -erstattungen	-2.586	-2.548	-2.614	67
4	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0	-1.630	0	-1.630
5	Steuern und steuerähnliche Erträge einschließlich Erträge aus gesetzlichen Umlagen	-499.875	-519.405	-547.491	28.086
6	Erträge aus Transferleistungen	0	0	0	0
7	Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen	-120.282	-135.000	-141.924	6.924
8	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträge	-15.940	-9.064	-14.192	5.128
9	Sonstige ordentliche Erträge	-28.587	0	-6.416	6.416
10	Summe der ordentlichen Erträge	-667.271	-667.647	-712.638	44.991
11	Personalaufwendungen	417	984	-169	1.153
12	Versorgungsaufwendungen	13.830	20.500	5.011	15.489
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	87	7.644	391	7.254
14	Abschreibungen	20.438	13.161	21.534	-8.373
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen	7.615	15.799	7.499	8.300
16	Steueraufwendungen einschließlich Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen	106.074	109.993	112.093	-2.101
17	Transferaufwendungen	0	0	0	0
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1	0	0	0
19	Summe der ordentlichen Aufwendungen	148.461	168.081	146.360	21.721
20	Verwaltungsergebnis	-518.810	-499.566	-566.277	66.712
21	Finanzerträge	-31.885	-41.221	-35.433	-5.789
22	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	21.113	21.965	18.773	3.192
23	Finanzergebnis	-10.773	-19.256	-16.660	-2.597
24	Ordentliches Ergebnis	-529.582	-518.822	-582.937	64.115
25	Außerordentliche Erträge	0	0	-19	19
26	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	406	-406
27	Außerordentliches Ergebnis	0	0	387	-387
28	Jahresergebnis vor direkter Leistungsverrechnung	-529.582	-518.822	-582.550	63.728
29	Ergebnis aus dLV	0	0	0	0
30	Ergebnis aus Umlagen	0	0	0	0
31	Ergebnis aus internen Leistungen	0	0	0	0
32	Jahresergebnis nach direkter Leistungsverrechnung	-529.582	-518.822	-582.550	63.728

Jahresabschluss 2015

4.10 Budgetabschluss Investitionsmaßnahmen

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat I						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		8.776	4.993	14.916	7.157	7.759
I.03547	10 BGH Haus der Vereine Dotzheim Neubau	764	1.245	2.009	1.276	733
I.03499	10 BGH Naurod Generalsanierung/Erweiterung	189	755	959	856	103
I.02697	37 Beschaffung von Fahrzeugen	398	652	2.033	701	1.332
I.03692	52 SP - Rheinhöhe, Neubau Funktionsgebäude	725	0	725	512	212
I.03716	52 INV-Zuschuss - TuS Medenbach	625	0	625	499	126
I.03998	52 SP - Sonnenberg, Neubau Funktionsgebäude	558	0	558	487	71
I.02260	52 SP Nordenstadt - Sanierung Kunstrasen	0	0	448	447	1
I.02259	52 SP Sonnenberg - Sanierung Kunstrase	440	0	440	373	67
I.04078	52 TV Kostheim - Ankauf Anwesen	300	0	323	320	3
I.01840	52 INV-Zuschuss - TV Kostheim	280	0	280	280	0
I.02985	10 BGH Medenbach Neubau	2.092	1.845	3.937	204	3.732
I.04041	52 INV-Zuschuss - WTHC, Neubau 2. Kuns	200	0	220	190	30
I.04306	37 Invest Beschaffungen Feuerwehr WI	0	0	903	182	721

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat I						
I.01497	10 Fahrzeugbeschaffung Ortsverwaltungen	70	90	171	171	0
I.02256	10 BGH Delkenheim Generalsanierung	760	0	760	156	604
I.00294	37 Beschaffungen für die Feuerwehr	1.245	366	149	149	0
I.04440	52 SP Helmut-Schön-SP. Ern. Flutlicht	0	0	160	136	24
I.00311	52 SP - Beschaffungen INV - WI	43	40	114	114	0
I.03981	10 OV Schierstein Anbau Außenaufzug	87	0	103	103	0
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		6.710	3.420	7.312	359	6.883
Beschaffungen		502	351	815	288	527
Gesamt		15.988	8.764	23.042	7.804	15.169

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat II						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		3.726	3.247	5.078	5.058	20
I.03246	510203 Ersatzneubau M.Krippe St.Gabriel	1.311	0	1.640	1.640	0
I.03086	51 Ersatzneubau Kita Geschwister-Stock-Platz	0	2.219	1.139	1.139	0
I.01455	36 HWL Hofgartenplatz 2.BA	0	900	764	764	0
I.02627	36 Kessel/Wellritzbach Abtr. Umsetzung	2.379	0	601	601	0
I.03885	510203 Ev.KT Auferstehung 2. Krippengruppe	0	0	284	284	0
I.01642	51 Kita Hellkund Erweiterung um eine Gruppe	0	0	200	200	0
I.03255	510203 Ev.KT Dotzheim Ersatzn. + Erweiterung	22	0	172	172	0
I.01909	51 Investiv städt. KTs Freiflächen WI	14	128	165	145	20
I.03252	510203 Ausstattung KT Xenia Schachtstraße	0	0	115	115	0
Programme		16.585	8.265	24.850	2.036	22.814
Wohnungsbau Dez. II Wiesbaden+ AKK		16.585	8.265	24.850	2.036	22.814
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		13.600	8.346	13.433	733	12.740
Beschaffungen		774	505	1.354	742	611
Gesamt		34.685	20.363	44.715	8.569	36.185

(Stand Mitte August 2016)

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat III						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		17.810	0	17.810	17.629	182
I.03414	93 Investitionszuschuss Neubau RMH	14.199	0	14.199	14.199	0
I.02802	80 Invest. Zuschuss Walkmühle	3.000	0	3.000	3.000	0
I.04253	80 Generalsanierung Schläferskopf	611	0	611	430	182
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		133	0	133	100	33
Beschaffungen		292	59	367	126	241
Gesamt		18.235	59	18.310	17.855	456

(Stand Ende Mai 2016)

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat IV						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		3.322	4.395	7.903	4.786	3.118
I.01845	66 WIN Glarusstraße	820	3.735	4.316	1.541	2.775
I.02388	66 WIN HWS Sonnenberg Straßenbau 2.BA	294	660	1.116	1.116	0
I.01488	66 WIN KP Äppelallee-Friedrich-Bergius	1.055	0	1.055	757	298
I.01521	66 WIN Söhnleinstraße K648	604	0	699	667	33
I.03466	66 05 Baulanduml. Östl. Anna-Birle-Straße	0	0	382	382	0
I.02732	66 WIN Stadtplatz / Platz der deutschen Einheit	300	0	206	206	0
I.04049	66 WIN Mainzer Str. / Gartenfeldstr.	248	0	128	116	12

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung	Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter Ansatz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat IV					
Programme	4.083	3.064	7.523	3.912	3.614
Fahrbahndeckenprogramm INV WI	515	700	1.250	963	287
Grundhafte Erneuerung INV WI	2.463	1.300	3.745	824	2.921
Straßenbeleuchtungsanlagen INV WI	1.494	95	1.614	652	961
Sonstige Programme INV Dez IV	1.394	432	1.963	568	1.395
Ingenieurbauwerke INV WI	576	240	1.212	455	756
Lichtsignalanlagen INV WI	238	150	458	370	89
Verkehrssicherung Fahr- /Gehwege INV	6	115	289	289	0
Parkplatzprogramm INV WI	324	500	324	239	85
Verkehrsmanagement INV	194	50	229	156	74
Verkehrssicherung Fahr- / Gehwege INV	0	150	144	144	0
Wirtschaftswege INV WI	5	100	145	125	19
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	6.233	11.645	5.005	339	4.763
Beschaffungen	1.021	0	1.221	30	1.191
Gesamt	17.785	19.872	25.502	9.940	15.659

Jahresabschluss 2015

	Bezeichnung	Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015/ max. Überleitung
Dezernat V Schulen u. a.						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		11.556	360	17.331	10.629	6.701
I.04226	40 Brückenschule Sanierung	1.268	0	3.692	3.407	284
I.04144	40 Betreuung A-Stifter-Schule Erweiterung	2.547	0	2.847	2.480	367
I.00255	40 Comeniuschule Ersatzneubau	1.529	360	1.829	1.829	0
I.04031	40 Betreuung Blücherschule Erweiterung	4.881	0	4.881	1.762	3.119
I.03758	40 Betreuung Friedrich-Ludwig-Jahn-Schul	84	0	2.304	416	1.888
I.03588	40 Fritz-Gansberg-Schule Neubau	567	0	567	229	338
I.03905	40 Betreuung Diesterwegschule	288	0	288	190	97
I.03722	40 Albert-Schweitzer-Schule Neubau	318	0	708	162	546
I.03728	40 Betreuung Justus-von-Liebig-Schule	75	0	215	154	62
Programme		1.042	14.238	4.092	1.726	2.366
Sonstige Programme Schulen		874	13.247	2.175	765	1.409
Schulbudget Beschaffungen		57	192	389	294	96
Ersatzinventar Schulen		111	799	1.528	667	861
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		5.519	17.253	16.823	352	16.473
Beschaffungen (ohne Schulbudget)		36	21	166	43	123
Gesamt		18.153	31.872	38.412	12.750	25.663

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter An- satz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat V Kultur						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		851	1.000	1.954	281	1.673
I.03757	41 Kunsthaus Generalsanierung	745	1.000	1.848	178	1.670
I.01834	41 Zuschuss an Kuk Ersatzneubau	106	0	106	102	3
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		21.351	105	20.141	107	20.041
Beschaffungen		1.035	307	1.928	667	1.262
Gesamt		23.237	1.412	24.023	1.055	22.976

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung	Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter Ansatz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015 / max. Überleitung
Dezernat VI					
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)	0	0	0	0	0
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)	355	0	50	0	50
Beschaffungen	992	609	1.638	796	842
Gesamt	1.347	609	1.688	796	892

Jahresabschluss 2015

Bezeichnung		Überleitung aus 2014	Ansatz 2015	aktualisierter Ansatz 2015	Ist 2015	Restbudget 2015/ max. Überleitung
Dezernat VII.						
Maßnahmen (Ist > 100 Tsd. €)		2.713	0	2.715	1.893	822
I.03472	67 G Quartiersplatz Platz dt. Einheit	1.254	0	1.254	1.113	141
I.03264	67 Neukonzeption Kulturpark	1.459	0	1.461	780	681
Programme		1.849	1.304	3.383	1.208	2.175
Sonstige Investitionsprogramme Dez. VII		1.385	868	2.392	884	1.508
Kinderspielplatzprogramm Dez. VII		464	436	991	324	667
Maßnahmen (Ist < 100 Tsd. €)		346	93	462	164	299
Beschaffungen		60	60	114	114	0
Gesamt		4.968	1.457	6.674	3.379	3.296

Herausgeber:
Landeshauptstadt Wiesbaden
Dezernat VI - Dezernat für Finanzen, Gesundheit und Kliniken
Schillerplatz 1 - 2
65185 Wiesbaden
dezernat.VI@wiesbaden.de

Bildrechte des Titelbildes: @HHVISION

Jahresabschluss 2015

Änderungen gegenüber der Fassung vom 26.09.2016 (Abgegeben an Revision)

Seite	Was	Wann
Seite 12	Grafik BIP aktualisiert	20.10.2016
Seite 13 / 14	Seitenumbruch geändert	20.10.2016
Seite 13	Veränderung Bruttoinlandsprodukt	20.10.2016 Sim